

Ausgabe 03 | 24

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit



[IM FOKUS]

Am Abgrund einer alten Welt?
Interview mit Prof. Dr. Heinrich Oberreuter

[ERINNERUNGSKULTUR]

Wem gehört
Dietrich Bonhoeffer?

[IM FOKUS]

Waffenruhe endlich in Sicht?
Der Krieg gegen die Ukraine im dritten Jahr

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser,

wenn Sie Einsichten+Perspektiven schon länger kennen, wissen Sie, dass es bei der Auswahl der Titel eine Rolle spielt, ob das Bild eine gewisse Symbolkraft aufweist. Die Cover der letzten Ausgaben hatten schon mit dem Krieg, dem dominierenden Thema unserer Zeit, zu tun.

Im Jahr 2024 erlebten wir eine weitere Ausbreitung und Eskalation militärischer Konflikte wie in der Ukraine oder im Nahen Osten; zugleich Zäsuren wie den Sturz des Assad-Regimes in Syrien sowie ernsthafte innenpolitische Regierungskrisen etwa in Frankreich oder in Deutschland mit dem Scheitern der Ampel-Regierung.

Unser Schwerpunkt „Multiple Krisen“ beschäftigt sich mit diesem sich zuspitzenden Krisengeschehen und damit, wie man doch konstruktiv damit umgehen kann.

Das aktuelle Cover zeigt das Foto eines Hochhauskomplexes in Kyjiw, das symbolisch für die gegenwärtige Situation steht: die Düsternis der Kyjiwer Nacht, erhellt durch drei erleuchtete Fenster. Mögliche Botschaft: Auch im Dunkeln leuchtet das Licht der Hoffnung.

Ganz in diesem Sinne sprach die Redaktion unter der Leitfrage „Die alte Welt am Rande des Abgrunds“ mit Heinrich Oberreuter über den in Teilen desaströsen Zustand der Welt und wie die Politik damit umgehen könne. Stephan Bierling und Heike Paul erläutern, welche Politik von den Vereinigten Staaten nach dem doch deutlichen Wahlsieg Donald Trumps zu erwarten ist und welche Folgen das für den Rest der Welt hat. Der Direktor der Landeszentrale, Rupert Gröbl, erklärt, wie es nach der verlorenen Vertrauensfrage von Bundeskanzler Olaf Scholz bis zu den Neuwahlen weitergeht.

Weitere Themen sind die Erinnerung von Udo Hahn an Dietrich Bonhoeffer, in denen aufgezeigt wird, wie der Widerstandskämpfer von den unterschiedlichsten Seiten instrumentalisiert wird. Und die historische Entwicklung der Bayerischen Staatskanzlei zur „Hüterin des Freistaates“ von Rick Tazelaar.

Zum Abschluss unserer Fußball-und-Gesellschaft-Serie untersucht Lars Riedl die Fußball-Europameisterschaft 2024 unter soziologischen Gesichtspunkten, während Tim Frohwein und Jana Wiske die Effekte der EURO einer wissenschaftlichen Analyse unterziehen.

Optimismus ist laut Karl Popper Pflicht! In diesem Sinne wünschen wir trotz der Thematik eine ertragreiche und im besten Fall unterhaltsame Lektüre.

Die Redaktion

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Stephan Bierling leitet die Professur für Internationale Politik und transatlantische Beziehungen an der Universität Regensburg.

Tim Frohwein veröffentlicht als freiberuflicher Journalist und Wissenschaftler und ist Lehrbeauftragter an der LMU.

Prof. Dr. Klaus Gestwa ist Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen.

Direktor Rupert Gröbl leitet die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Udo Hahn ist Pfarrer und Publizist und seit 2011 Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing.

Prof. Dr. Heike Paul hat den Lehrstuhl für Amerikanistik, insbesondere nordamerikanische Literatur- und Kulturwissenschaft an der FAU Erlangen-Nürnberg inne.

Dr. Lars Riedl arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent für Sportsoziologie an der Universität Paderborn.

Dr. Rick Tazelaar ist Dozent für Internationale Beziehungen an der Universität Utrecht und war wissenschaftlicher Mitarbeiter des IfZ.

Prof. Dr. Jana Wiske ist Professorin für PR/Unternehmenskommunikation und Ressortjournalismus an der Hochschule Ansbach.



INFO

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@blz.bayern.de
Stichwort: *Einsichten und Perspektiven.*

Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

INHALTSVERZEICHNIS



IM FOKUS

Am Abgrund einer alten Welt?	4
Ein Interview mit Heinrich Oberreuter	
Die Krise der amerikanischen Demokratie	10
von <i>Stephan Bierling</i>	
Trumps Wiederwahl – und nun?	18
von <i>Heike Paul</i>	
Waffenruhe endlich in Sicht?	25
Der russische Krieg gegen die Ukraine im dritten Jahr	
von <i>Klaus Gestwa</i>	

MUSIK UND POLITIK

Der Sound der Zeit – Krisen	44
------------------------------------	----

ZUR BUNDESTAGSWAHL AM 23. FEBRUAR 2025

Vertrauensfrage und Misstrauensvotum	46
von <i>Rupert Gröbl</i>	

NEUES GAME DER LANDESZENTRALE

„Deine Stimme“	50
– politische Bildung (spielerisch) neu gedacht	

LESESTOFF

Lektüreprüfungen der Redaktion	53
---------------------------------------	----

FUSSBALL

Die gesellschaftliche Bedeutung von Fussball-Großereignissen: Eine soziologische Analyse am Beispiel der UEFA Euro 2024	54
von <i>Lars Riedl</i>	

Die EURO 2024 – eine Analyse: Kein zweites Sommermärchen, aber positive Effekte	66
von <i>Tim Frohwein und Jana Wiske</i>	

ERINNERUNGSKULTUR

Wem gehört Dietrich Bonhoeffer?	71
von <i>Udo Hahn</i>	

POLITISCHE ANFÄNGE IN BAYERN NACH 1945

Föderalismus, Führungspersonal und NS-Vergangenheit in der bayerischen Staatskanzlei nach dem Nationalsozialismus	79
von <i>Rick Tazelaar</i>	

AUS DER WERKSTATT

Meeting in No Man's Land	95
Die BLZ am <i>Remembrance Day</i> in London	
von <i>Christina Gibbs</i>	

AM ABGRUND EINER ALTEN WELT?

EIN INTERVIEW MIT HEINRICH OBERREUTER

Zur Person

**PROF. DR. PHIL.
DR. H.C.
HEINRICH
OBERREUTER**

Prof. Dr. phil. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter war von 1993 bis 2011 Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und von 1980 bis zu seiner Emeritierung 2010 zugleich Ordinarius für Politikwissenschaft an der Universität in Passau. Zuvor war er von 1978 bis 1980 Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Von 1991 bis 1993 leitete er als Gründungsdekan maßgeblich den Aufbau der Geistes- und Sozialwissenschaften an der TU Dresden. Zu seinen zentralen Forschungsfeldern gehören die Parlamentsforschung, die Kommunikationspolitik, Verfassungsgeschichte und politische Systeme. Von 2012 bis 2022 hatte er die Leitung der Redaktion der 8. Auflage des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft inne und seit 2022 leitet er das Projekt „Staatslexikon online“. Professor Oberreuter ist Mitglied in zahlreichen Akademien und Gremien und erhielt für seine Tätigkeit zahlreiche Preise und Anerkennungen.



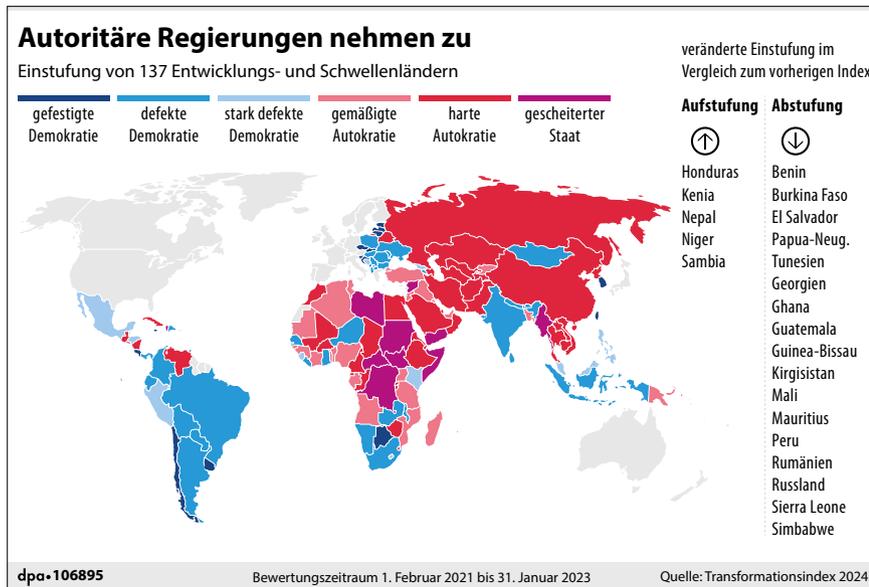
„Am Abgrund einer alten Welt“. So zitierte die E+P in ihrer letzten Ausgabe im Oktober 2024 die Einschätzung des deutschen Politikwissenschaftlers Ingolfur Blühdorn bezüglich der gegenwärtigen globalen Entwicklungen. Angesichts der sich fortentwickelnden Situation in nationaler und internationaler Politik hat sich die Redaktion mit Prof. Dr. Heinrich Oberreuter über den Umgang mit der multiplen Krise unterhalten.

Herr Prof. Oberreuter, für wie ernst halten Sie die derzeitige Situation?

Heinrich Oberreuter: Allein die um sich greifende Verunsicherung der Bevölkerung wie der politischen Führung belegt den Ernst der aktuellen politischen und ökonomischen Situation. Ihre Komplexität ist herausfordernd, ihr zu begegnen ebenso. Zukunftsfähige Lösungen zu finden, scheint fast die Grenzen der Überforderung zu streifen. Wenn es je eine „Weltordnung“ gegeben hat, dann stellen sich in der Phase der gegenwärtig offensichtlichen Neuordnung Fragen nach der Gestaltung alternativer Einfluss-sphären, die auf unterschiedlichen Wertkonzepten, Machtoptionen und Wirtschaftsinteressen beruhen. Besonders beunruhigend sind dabei der – sogar militärisch gestützte – Aufschwung imperialistischer, ideologisch antiliberaler bis totalitärer Ansprüche wie das Wachstum kooperationsfeindlicher nationalistischer politischer wie ökonomischer Positionen. Im Grunde sind die meisten der positiven Entwicklungen der Nachkriegszeit seit 1945 wie aktuell insbesondere des weltpolitischen Umbruchs 1989/1990 betroffen – wobei das Positive ohnehin nie für sich alleine stand.

Welche Entwicklung halten Sie für die gefährlichste?

Heinrich Oberreuter: Am gefährlichsten ist dabei aus meiner Sicht zweifellos die ideologisch und historisch begründete und „gerechtfertigte“ Bereitschaft zu militärischer Aggressivität. Allerdings beruht sie letztlich auch auf der grundsätzlichen Feindschaft gegenüber einer menschenwürdigen und freiheitlichen Herrschaftsordnung. Insofern dürfen auch beginnende Tendenzen ihrer inneren Relativierung dort, wo sie gilt, nicht übersehen werden. Weltweit nimmt ja nicht nur die Herrschaft der Demokratie ab. Es nehmen auch defekte Demokratien zu, selbst in der EU. Unter Trump richten sich sorgenvolle Blicke auf die USA, deren Verfassungsgeschichte der „Westen“ doch viel zu verdanken hat. Frankreichs Krise hinzugenommen liegt die These nahe, dass die Realität an den politisch-kulturellen Wurzeln zehrt, welche die Amerikanische wie die Französische Revolution



einst wirkmächtig geprägt haben. Es geht um die Gefährdung grundlegender normativer Orientierung, die offensichtlich auch zurücktritt bei sozialpolitischer Schwächung: Klimaziele z.B. büßen vielfach an Relevanz ein. Individuelles Wohlergehen erscheint dann wichtiger als das Wohl der Welt.

Wie greifen verschiedene Krisenherde ineinander?

Heinrich Oberreuter: Klimakrise, Energiebedarf, Wirtschaftskraft, Wohlstandsbedürfnis, Migrationsbewegung, Militärpolitik greifen erheblich ineinander. Putins Krieg z.B. fordert uns in allen Dimensionen heraus, z.B. auf den Gebieten der Sicherheit, der Energieversorgung, der Wirtschaft und Industriestruktur, des Umgangs mit Migration, Arbeitsplätzen und den Chancen auf Sozialleistungen. Politische Entscheidungen berühren Gesellschaftsbilder und Lebensvorstellungen. Sie führen zu Kontroversen – auch zu normativen. Der Staatshaushalt ist ebenso endlich wie die Problemverarbeitungskapazität der Gesellschaft. Ergo können aus den übergreifenden Krisenherden auch innere Krisen entstehen – wie derzeit nicht nur in Deutschland zu sehen. Eine multidimensionale Überforderung?

Bewertungszeitraum 1. Februar 2021 bis 31. Januar 2023
Bild: Picture Alliance/dpa/dpa Grafik | dpa-infografik GmbH

Hat die Politik Instrumentarien, mit multiplen Krisen professionell umzugehen?

Heinrich Oberreuter: Ich würde sagen, die Rationalität – aber das ist kein Instrument, sondern eine Befähigung. Auch Anlehnung an Sachverstand führt zu Instrumenten und Maßnahmen, die umstritten, aber notwendig sein mögen. Durchsetzbar sind sie am ehesten durch kommunikative Klarheit und politische Führung – auch gegen die Demoskopie. Aber „den“ professionellen Instrumentenkasten gibt es nicht.

Sind die entsprechenden Akteure auf solche Lagen wie die gegenwärtige vorbereitet? Welche Rolle spielen dabei historische Vorbilder?

Heinrich Oberreuter: Offensichtlich sind und waren sie es nicht, zumindest nicht komplex. Am ehesten noch in der Umwelt- und Klimapolitik, trotz fortbestehender Defizite in der Sache und politischer Ungeschicklichkeiten im Umgang mit ihr. Außenpolitisch sind Fehleinschätzungen und Realitätsverkennungen bezüglich der Moskauer Interessen seit eineinhalb Jahrzehnten unübersehbar. Angesichts von Konflikten in der EU wäre an die Vorbilder ihrer Gründerzeit, der Wirtschafts- und Währungsunion und der gemeinsamen Sicherheitseinschätzung (auch im Rahmen der NATO) zu erinnern. Derzeit sind partiell mehr historische Wiederholungen zu diagnostizieren angesichts der Diskurse zwischen realpolitischen und pazifistischen Positionen, die denen in den Achtzigerjahren („Nachrüstung“) gleichen.

Vor und zu Beginn des Krieges gegen die Ukraine 2022 war viel die Rede von Christopher Clarks Beschreibung der politisch Verantwortlichen vor dem Ersten Weltkrieg, die – ohne es zu beabsichtigen – durch extrem ungeschicktes Taktieren einen Weltkrieg ausgelöst hätten. Nun scheinen angesichts der Härte des russischen Vorgehens in der Ukraine mit dem Ziel, die Landkarte in Europa zu ändern, die „Falken“ im Westen lauter zu werden. Wie erleben Sie die Entwicklung der strategischen Haltung des Westens angesichts des russischen Angriffskriegs?

Heinrich Oberreuter: Clarks Beschreibung dient einer anderen Zeit. Die heutige geht wenigstens in unserer Hemisphäre differenzierter mit Machtfragen um, selbst in der Konfrontation mit einem Akteur, der keine Differenzierung kennt und zur Wiederherstellung, wenn nicht Ausweitung eines vergangenen Imperiums auch Gewalt nicht ausschließt und bei Gegenwehr sogar mit deren Eskalation

droht. Die Idee, dass Putin Grenzen einhält, wenn man ihn jetzt gewähren ließe, ist angesichts des Bündels kriegerischer Aktionen seit Jahren grotesk. Die in der Frage apostrophierten „Falken“ wollen militärisch effektive Verteidigung gegen militärische Aggressionen, welche die Auslöschung der ukrainischen nationalen und kulturellen Identität zum Ziel hat – zunächst. Als historisches Vorbild fällt das alte Rom ein: *Si vis pacem para bellum* (Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor; die Red.). Nichts anderes hat Pistorius gesagt und damit auch das Fundament diplomatischer Lösungen formuliert.

Der Krieg gegen die Ukraine scheint das Werden der vielfach apostrophierten „Neuen multipolaren Weltordnung“ zu beschleunigen – stimmen Sie dem zu? Wie wird aller Voraussicht nach die Weltordnung der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts aussehen?

Heinrich Oberreuter: Ja, merkwürdigerweise, weil diese kriegerische Aggression im Kern auf alles andere als Kooperation und Rücksichtnahme als politische Maximen setzt. Faktisch geht es ja auch um eine Gegenbewegung gegen „den Westen“ als ein Konglomerat politisch wie ökonomisch erfolgreicher Systeme, nicht zuletzt als ein Geflecht, das sich grundsätzlich die Deklaration der Menschenrechte als normative Basis zu eigen macht. Russland, China und Nordkorea erstreben das Gegenteil und verdichten durch kriegerische Kooperation ihre supranationale Interessengemeinschaft. Zu dem sie umschließenden Kreis der BRICS-Staaten gehören im Wesentlichen demokratiefeindliche oder demokratiedefekte Systeme, die nicht nur die globale Wirtschaftsordnung reformieren wollen. Doch sie werden ein Element der neuen multipolaren Weltordnung der Zukunft sein, wobei China mehr als Russland als eigenständige Kraft herausragen wird – China, das seine „neue Seidenstraße“ längst mit ökonomischen Abhängigkeiten über Afrika bis zu europäischen Vorposten vorangetrieben hat. Die Krise der deutschen Autoindustrie mit ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Folgen hat damit zu tun. Dynamisch gewonnen wird zudem um Einfluss in Afrika und Südamerika. Nachdem Trump nicht ewig regieren wird, könnte „der Westen“ in gelockerter Form, aber sicherheitspolitisch verklammert, in die Zukunft gehen und dabei auf eine BRICS-Gruppierung unter chinesischer Dominanz mit russischer Assistenz stoßen. Die anderen werden sich dorthin orientieren, wo sie die meisten Vorteile sehen, nicht zuletzt ökonomisch. Die Realisierung von Mercosur soeben zeigt die Absicht, Südamerika an Europa zu binden.



Blackout
in Kyjiw,
22. November
2024

Foto:
Picture Alliance/
ZUMAPRESS.
com/Fotograf:
Andreas Stroh

Wie wirkt sich die wachsende Verunsicherung Ihrer Meinung nach auf die politischen Verhältnisse aus? Teilen Sie die Einschätzung, dass demokratische Regierungsformen noch mehr unter Druck geraten und dass autoritäre Systeme noch weiter auf dem Vormarsch sind?

Heinrich Oberreuter: Diese Tendenz ist seit längerem unterwegs und längst beim klassischen Monitor von Chatham House registriert. Francis Fukuyamas These (1992) vom historisch endgültigen Sieg der liberalen Demokratie ist erledigt. „Siege“ aus den Neunzigerjahren haben sich relativiert oder gar zurückgewandelt, gesteuert von illiberalen Akteuren. Die einen haben ihre Macht legal, die anderen manipulativ errungen. Auf sehr unterschiedliche Weise sind in diesem Kontext z.B. Polen (zeitweise), Ungarn und Georgien zu nennen, ehemals Mitinitiatoren des Umbruchs. Zugleich überfordern die erwähnten komplexen Prozesse des technologischen und gesellschaftlichen Wandels in ihren Konsequenzen für die alltäglichen Lebensumstände die Folgebereitschaft

wie die Folgefähigkeit keineswegs geringer Segmente in bislang eigentlich doch eher stabilen Gesellschaften. Die Verbreiterung der rechten und linken Ränder in Parteiensystemen ist in der Wählerschaft weniger ideologisch bestimmt als eben durch das komplexe Krisenphänomen und seine emotionalen, intellektuellen wie sozialen und – Beispiel Migration – kulturellen Überforderungen; begleitet vom Gefühl ausbleibender Problemlösungsfähigkeit der Politik. Mehrheiten schätzen hierzulande zwar die Demokratie als Staatsform, misstrauen aber der gegenwärtigen Praxis. In Unsicherheit und Zukunftsskepsis versprechen die unterkomplexen und daher leichter nachvollziehbaren Angebote der Ränder mehr Gewissheit. Und der individuelle soziale Komfort wird zum bestimmenden politischen Maßstab jenseits normativer Kriterien. Faktisch rückt auch in Deutschland der Sozialstaat in die Mitte der Interessen der Wählerschaft, in der Legitimität zu gewinnen ist. Anderswo ist traditionelle autoritäre Herrschaft an substantieller Legitimität nicht

interessiert und sucht ihre Absicherung durch Wirtschaftsleistung. Soweit Autoritäre legal oder manipulativ an die Macht kommen, suchen sie Liberalität und Pluralismus auszuschalten. In der Tat: Es besteht global ein erheblicher Druck auf die Demokratie.

Wie lässt sich aus Ihrer Sicht die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation Deutschlands beschreiben?

Heinrich Oberreuter: Die Rezession schleicht nicht. Sie ist sichtbar. Deutschland wird zum Schlusslicht Europas im Wachstum. Individuelle problematische wirtschafts- und energiepolitische Entscheidungen, auch das Verharren im Gewohnten tragen dafür Verantwortung. Hinzu tritt die verteidigungspolitische Belastung durch den russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine und die desaströse Ausstattung der Bundeswehr. Der Etat jedoch ist endlich und unfreundlich gegenüber sozialen Erwartungen. Daran und an wirtschaftspolitischen Differenzen ist die Koalition zerbrochen, woran offensichtlich alle Beteiligten interessiert waren, ohne am Ende einen Konsens finden zu können. Wirtschaft und Politik sind gleich instabil. Gesellschaftlichen Verunsicherungen treten sie nicht entgegen. Im Gegenteil, wie die jüngsten Wahlergebnisse aber auch die Demoskopie im Vorfeld der Bundestagswahl beweisen: Das Parteiensystem fragmentiert sich gemäß der gesellschaftlichen Segmentierung. Handlungsfähige Regierungsbildung ist gefährdet und damit auch Stabilität. Dass die radikalen Vereinfacher mit ihren Scheinlösungen daraus weiteren Nutzen ziehen, lässt sich prognostizieren.

Welche Konfliktlinien/Themenfelder waren bei den Landtagswahlen 2024 in drei östlichen Ländern der Bundesrepublik entscheidend und inwiefern haben diese das Ende der Bundesregierung beschleunigt?

Heinrich Oberreuter: Soziale wie innere Sicherheit und Migration waren die bestimmenden Faktoren, mehr als der Ukrainekrieg oder die Situation Ostdeutschlands – laut Infratest: also gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Konfliktlinien. Weniger diese ohnehin omnipräsent desintegrierend wirksamen Themenfelder als ihre dramatische Manifestation in den Wahlurnen mögen in Berlin beschleunigend gewirkt haben. Aber dass diese Koalition das Ende der Wahlperiode nicht erreichen werde, war schon seit Monaten vorherzusehen.

Laut einer Anfang Oktober 2024 veröffentlichten Umfrage des MDR nervt viele Menschen in Deutschland mittlerweile die sog. „Ost-West-Debatte“ – gleichwohl halten sie viele nach wie vor für notwendig. Insbesondere jüngere Menschen sind laut MDR der Meinung, dass sich beide Teile Deutschlands mehr voneinander entfernen als endlich zusammenzuwachsen.

Was ist Ihr Standpunkt bei dieser Thematik? Inwiefern gibt es nach wie vor markante Unterschiede zwischen den sog. alten und neuen Ländern und inwieweit macht es Sinn, diese Debatte immer wieder aufs Neue zu führen?

Heinrich Oberreuter: Es wäre zunächst nötig, den Realitäten ins Auge zu sehen. Die wirtschaftliche Situation der DDR war in jeder Hinsicht desaströs. Sie jenseits der manipulierten Daten zur Kenntnis nehmen zu müssen, hat am bitteren Ende zu revolutionären Ausbrüchen im Politbüro der SED geführt. Private Vermögensunterschiede erklären sich angesichts der Jahrzehnte wirksamen Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme von selbst. Kein anderes Transformationsland vermochte vergleichbare Fortschritte zu erzielen. Der Westen half in drei Jahrzehnten dabei mit 2.500 Milliarden Euro. Zwischen 1991 und 1997 wuchs das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf um 60 Prozent, ebenso stark wie beim „Wirtschaftswunder“ im Westen zwischen 1950 und 1956. Die politisch-kulturellen Prozesse des Wandels einer von fast sechs Jahrzehnten unterschiedlicher Diktaturen geprägten Gesellschaft sind individuell fast herausfordernder. Es war naiv zu verkennen, dass sie sich über Jahrzehnte hinziehen angesichts der generationellen Ausstrahlung. Und im Übrigen ist von der Bundespolitik die Auseinandersetzung mit dem Charakter des überwundenen Regimes bewusst zurückgehalten worden, um den Vereinigungsprozess nicht zu belasten. Der Interpretation des Systems, seines Sturzes und dessen Folgen nahmen sich umso mehr die Ehemaligen an. Deren Opponenten wollten den Wandel zur liberalen Wirtschaft und Gesellschaft. Ohne westlichen Know-how wäre er nicht erreichbar gewesen. Freilich ist damals über Nacht das Leben gewandelt worden, und ich habe mich in meiner Dresdener Zeit als Gründungsdekan 1991 bis 1993 öfter gefragt, ob die westliche Gesellschaft Ähnliches verkraftet hätte. Aber die Erfahrung historisch-politisch geprägter unterschiedlicher Perspektiven und Kompetenzen gehört auch dazu. Insofern die früheren Zustände keiner realistischen Analyse unterzogen werden, wie gelegentlich auch in der

jüngeren Literatur, sollte dieser Diskurs kritisch geführt werden. In einem aber war der Osten dem Westen von Beginn an voraus: Schon bei der ersten gemeinsamen Bundestagswahl zeigte sich die moderne, ziemlich milieufrei an den eigenen Interessen orientierte Einstellung der Wähler. Sie gaben die Mehrheit denen, von denen sie sich soziale ökonomische Verbesserungen erwarteten. Diese sich von Traditionen und Milieus absetzende Egotendenz entfaltete sich im Westen in ähnlicher Dynamik etwas später. Heute herrscht sie im Wesentlichen gleich.

Glauben Sie, dass es trotz der schwierigen Situation und dem unrühmlichen Ende der Regierung den etablierten Parteien (der Mitte) dennoch gelingen kann, bei der kommenden Bundestagswahl einen großen Teil der Stimmen „konstruktiv“ zu binden?

Heinrich Oberreuter: Das Wählerverhalten ist inzwischen höchst fluide. Wir wissen nicht, welche Stimmungen noch erzeugt und dynamisiert werden. Sozialleistungen, Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik, Ukraine und Migration werden eine große Rolle spielen – eigentlich die Krisenthemen. Dass Sozialleistungen Stimmentreiber sind, war 2021 deutlich zu sehen. Wie auch immer: für eine konstruktive Regierungsbildung wird es reichen, zumindest in einer großen Koalition, mit welcher Effizienz auch immer sie funktionieren wird. Schwarz-grün deutet sich als Möglichkeit an, zumal 10 bis 15 Prozent der abgegebenen Stimmen durch das Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde bei der Mandatsverteilung unter den Tisch fallen. Diese Mandate werden unter den Parteien verteilt, die die Hürde übersprungen haben und in den Bundestag einziehen.

Kann sich die Bundesrepublik auf die klassischen deutschen Tugenden besinnen oder müssen wir uns neu erfinden?

Heinrich Oberreuter: Ob im sozialen Wandel traditionelle Tugenden, denen wir viel verdanken, noch als klassisch gelten, ist eine offene Frage. Das Leistungsprinzip ist gesellschaftlich höchst umstritten, *work-life-balance* hat Hochkonjunktur. Die „sozialen“ Medien tragen auch zur Erosion der Toleranz und des Respekts vor Pluralität bei. Auf diese Klassiker sollten wir uns besinnen. Denn sie bleiben auch dann eine integrierende gesellschaftliche Basis, wenn wir uns im Blick auf die unvergleichlich gewordene Dynamik vielfachen Wandels „neu erfinden“ müssen.

Von Karl Popper stammt die Parole: Optimismus ist Pflicht. Wolfgang Schäuble hat sie auch seinen Erinnerungen vorangestellt – gibt es dafür nun Anlass?

Heinrich Oberreuter: Zum gesellschaftlichen Wandel gehört auch, dass Pflichten kaum mehr als sonderlich attraktiv gelten. Aber realitätsbezogener Optimismus ist eine Voraussetzung dafür, es mit der Vielfalt der Herausforderungen aufzunehmen. Mit Gleichgültigkeit und Verzweiflung wird es nicht gelingen. ▲

Interview: Monika Franz und Manfred Fischl

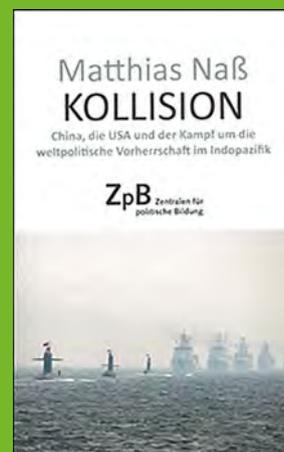


LESESTOFF

Matthias Naß: Kollision

Während die Welt gebannt auf die Ukraine schaut, formiert sich viele tausend Kilometer entfernt ein noch viel größerer Konflikt – China und die USA sind im Indopazifik auf Kollisionskurs. Im neuen Epizentrum der globalisierten Weltwirtschaft entscheidet sich, wer im 21. Jahrhundert tonangebend sein wird, der kapitalistisch-demokratische Westen oder das staatskapitalistisch-autokratische Regime Chinas. Die Insel Taiwan, auf die China Anspruch erhebt, ist der Dominostein, dessen Fall die ganze Sicherheitsarchitektur Asiens zum Einsturz bringen würde. Matthias Naß, der

seit vielen Jahrzehnten für die ZEIT über Asien und den Pazifik berichtet, schildert Ursachen und Verlauf des Konflikts und porträtiert eindringlich die beteiligten Akteure und ihre sehr unterschiedlichen Interessen.



DIE KRISE DER AMERIKANISCHEN DEMOKRATIE

von Stephan Bierling

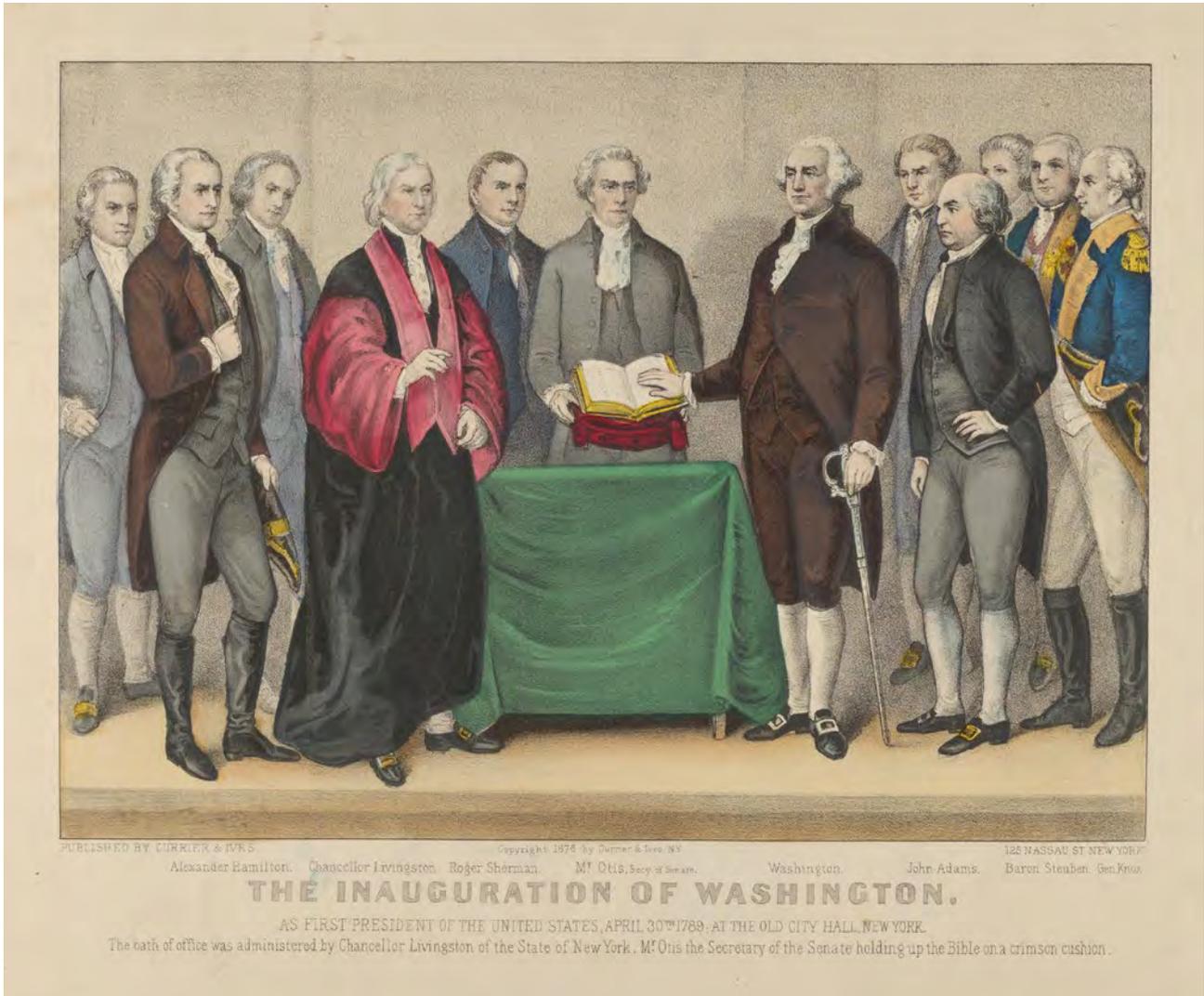
„Alle glücklichen Familien gleichen einander, jede unglückliche Familie ist auf ihre eigene Weise unglücklich“, begann Leo Tolstoi seinen Roman Anna Karenina. Dies trifft auch auf Demokratien zu. Funktionieren sie, stimmen alle Faktoren: allgemeine, freie und gleiche Wahlen und die Akzeptanz ihrer Ergebnisse, Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative, garantierte Grundrechte, unabhängige Medien, die Bereitschaft der Bürger und Politiker, das Regierungssystem nur schrittweise und entsprechend der Verfassung zu reformieren, sich in der öffentlichen Debatte zu mäßigen und den Kompromiss zu suchen. Bedroht sind Demokratien, wenn einer dieser Pfeiler wankt.¹

Dass die USA einmal zu den bedrohten Demokratien zählen würden, hätte noch vor wenigen Jahren kaum ein Beobachter prophezeit. Sie feiern am 4. Juli 2026 ihren 250. Geburtstag. Ihre Verfassung, die älteste noch gültige der Welt, stammt aus dem Jahr 1788. Sie durchlebten einen blutigen Bürgerkrieg, zwei Weltkriege, eine Depression – und hielten an ihrer Demokratie fest. Sie überwand den schlimmsten Makel ihrer Gründung, die Sklaverei, obwohl es die Nation fast zerriss und Schwarze in den Südstaaten erst während der 1960er Jahre alle Freiheitsrechte erhielten. Sie dämmten unter Präsident Theodore Roosevelt zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Herrschaft von Oligarchen, Monopolen und Kartellen in Wirtschaft und Politik ein. Während die Deutschen die Weimarer Republik am 30. Januar 1933 Hitler und den Nazis nahezu widerstandslos auslieferten, kam in den USA wenige

Wochen später mit Franklin Delano Roosevelt ein Präsident ins Amt, der Sozialstaat und Demokratie stärkte und das Land mit sicherer Hand durch eine der schwierigsten Phasen seiner Existenz steuerte. Und im Kalten Krieg siegte die individualistische und dynamische amerikanische Demokratie über die kollektivistische und reformunfähige sowjetische Diktatur.

Zwar geriet Amerika immer wieder auf innen- und außenpolitische Abwege: Es diskriminierte Ureinwohner und asiatische Einwanderer, internierte im Zweiten Weltkrieg 120 000 Bürger japanischer Herkunft, hetzte während der McCarthy-Jahre paranoid gegen Kommunisten, destabilisierte oder stürzte ausländische Regierungen, die ihm zu links erschienen, verstrickte sich in Vietnam- und Irakkrieg, verletzte im Anti-Terror-Kampf nach 9/11 die Menschenrechte in den Gefängnissen von Abu Ghraib und Guantánamo. Aber jedes Mal schafften es die USA, oft freilich erst nach langer Zeit, solche kapitalen Fehler zu korrigieren. Das Wort von der *more perfect union* in der Präambel der Verfassung war zum einen Zustandsbeschreibung, zum anderen Dauerauftrag an die Politik.

1 Der Text basiert auf dem gerade erschienenen Buch Stephan Bierling: Die Unvereinigten Staaten. Das politische System der USA und die Zukunft der Demokratie, München 2024.



Inzwischen stockt jene von den Gründervätern eingeforderte Optimierung des Gemeinwesens, mehr noch: Die Deformationen nehmen zu. Das internationale Forschungsinstitut Varieties of Democracy (V-Dem) zählte in seiner *Democracy Report 2022* die USA zu den 33 Staaten, in denen die Demokratie zwischen 2016 und 2021 am meisten Schaden nahm. Sie fielen von Platz 17 auf 29 bei insgesamt 179 untersuchten Ländern und sind nur einen Hauch davon entfernt, ihren Status als liberale Demokratie zu verlieren. Laut V-Dem liegt das primär an der systematischen Desinformationspolitik der Trump-Regierung sowie der gesellschaftlichen und politischen Polarisierung. Beides kulminierte am 6. Januar 2021 im Versuch eines abgewählten Präsidenten, das kostbarste Gut jedes demokratischen Prozesses zu sabotieren: nach verlorenen Wahlen die Macht

friedlich einem Nachfolger zu übergeben. Donald Trump rief militante Unterstützer in die Hauptstadt Washington und stachelte sie auf, die Zertifizierung des Wahlergebnisses durch den Kongress zu verhindern. So etwas war in 245 Jahren amerikanischer Demokratie noch nie geschehen.²

Der Coup scheiterte, aber Trump vergiftete mit seiner Lüge von der „gestohlenen Wahl“ auch als Ex-Präsident weiter das politische Klima. Es wäre indes falsch, ihn allein für die Spaltung der

2 Vertiefend dazu empfehlen sich die Artikel Lars Rensmann: Angriff auf die Demokratie: Autoritäre Umsturzversuche vom Hitlerputsch bis zum Sturm auf das US-Kapitol, in: *Einsichten und Perspektive* 03/23; Alexander Stulpe: Nachhaltigkeitspolitik und Demokratie, in: *Einsichten und Perspektiven* 02/24.

Die Amtseinführung George Washingtons als erster Präsident der Vereinigten Staaten am 30. April 1789
 Bild: *Picture Alliance/Heritage Art/Heritage Images/Fotograf: Nathaniel Currier*

Donald Trump während der Beratungen der Geschworenen in seinem Schweigegeldprozess in New York vor dem Strafgericht in Manhattan am 30. Mai 2024
Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Steven Hirsch



Nation verantwortlich zu machen – obwohl kein Präsident in der US-Geschichte weniger Respekt vor der Verfassungsordnung und mehr autoritäre Tendenzen zeigte als Trump. Doch er traf auf eine Wählerschaft, die das zu einem erstaunlich hohen Anteil attraktiv fand, und eine politische Kultur, die sich über Jahrzehnte an Konfrontation, Diffamierung und Skandalisierung gewöhnt hatte. Trotz der Anklageerhebung in *United States of America v. Donald Trump* am 1. August 2023 wegen Demokratieverrats und drei anderen Strafverfahren dominierte er die republikanischen Vorwahlen, holte sich locker zum dritten Mal die Nominierung seiner Partei und eroberte am 5. November 2024 erneut das Weiße Haus.

Die parteipolitische Polarisierung kontaminiert mittlerweile alle Träger, Verfahren und Institutionen der amerikanischen Demokratie: Gesellschaft, Interessengruppen, Think Tanks und Medien, Parteien, Wahlen, Legislative und Exekutive, Föderalismus, Gerichtsbarkeit, selbst die Interpretation der Verfassung. Sie hat die Funktionsmechanismen des Regierens grundlegend verändert. Ältere Einführungswerke ins politische System der USA besitzen heute nur mehr historischen Wert, weil zentrale Erkenntnisse überholt sind: Dass Amerikaner pragmatisch agieren und es viele Wechselwähler gibt. Dass den Parteien eine geschlossene Programmatik fehlt und sie regional sehr unterschiedlich

aufzutreten. Dass das Mehrheitswahlrecht moderate Politiker bevorzugt. Dass Präsident und Kongress über Parteigrenzen hinweg zusammenarbeiten können. Dass Bundesrichter überparteilich bestellt werden oder dass der Föderalismus als Labor der Demokratie fungiert.

Republikaner und Demokraten stehen sich im Bund und in den Einzelstaaten wie verfeindete Stämme gegenüber, unwillig zum Kompromiss, dem Herzstück des politischen Systems. Beide Parteien können sich nur noch darauf einigen, dass die Nation in Gefahr schwebt. 69 Prozent der Demokraten und der Republikaner stimmen laut einer Umfrage der Aussage zu, „die Demokratie droht zu kollabieren“. Aber die eine Seite macht Trump und seine radikalen *Make-America-Great-Again*-Anhänger dafür verantwortlich, die andere Präsident Joe Biden und die „sozialistischen Demokraten“. *Gridlock*, Lähmung, dominiert Washington. Die Folge: Das Regierungssystem gerät aus dem Lot, die Gesetzgebung stockt, das Weiße Haus regiert über Direktiven zunehmend am Parlament vorbei, formale Abläufe werden hemmungslos politisiert. Es passt in dieses Bild des permanenten Grabenkampfs, dass drei der vier Amtsenthebungsverfahren gegen einen Präsidenten in der US-Geschichte seit 1996 stattfanden – einmal gegen den Demokraten Bill Clinton, zweimal gegen den Republikaner Trump.

Diese neuen Dynamiken sind für das politische System und die Mechanik des Regierens von eminenter Bedeutung. Über allem schwebt die auch für Europa und Deutschland bedeutsame Frage: Verfügt die Demokratie in Amerika über genügend Selbstheilungskräfte, ihre schwere Krise zu überwinden und in absehbarer Zeit wieder als Vorbild in die Welt hineinzuwirken? Denn als älteste und machtpolitisch mit großem Abstand wichtigste Demokratie der Welt prägt Amerika seit bald zweieinhalb Jahrhunderten deren demokratische Entwicklung: durch Unabhängigkeitserklärung, Verfassung und *Bill of Rights*, durch Woodrow Wilsons 14-Punkte für ein Friedenssystem nach dem Ersten Weltkrieg, durch die *Atlantic Charter*, die Vereinten Nationen und das Errichten einer liberalen internationalen Ordnung, durch die Förderung der europäischen Integration und wertebasierter Zusammenarbeit, hauptsächlich allerdings durch ihre gelebte Praxis, die Bevölkerung alle zwei beziehungsweise vier Jahre entscheiden zu lassen, wer sie regiert. Die USA boten Europäern und insbesondere Deutschen Zuflucht und Schutz vor Monarchen und Nazis, ihr egalitäres und meritokratisches System versprach Aufstiegschancen und Freiheit. Das enorme Interesse, mit dem die Europäer das Phänomen Trump und die politischen Turbulenzen in Amerika verfolgen, ist deshalb nur zum Teil Ausdruck einer tiefen Faszination für dieses

Land. Es entspringt vor allem dem Bewusstsein, dass viele seiner demokratischen Deformationen auch in der Alten Welt zu beobachten sind und man mit einem Blick über den Atlantik die eigene Gegenwart und Zukunft erkennen kann.

Machtpolitisch sieht sich Europa nach der Wiederwahl des Nationalisten und Isolationisten Trump wahrscheinlich mit der Herausforderung konfrontiert, ohne politische Führung und materielle Unterstützung der USA die Versuche autoritärer Großmächte abwehren zu müssen, das westliche Politik- und Lebensmodell zu zerstören. Ohne Amerika hätten die europäischen Demokratien wahrscheinlich weder den Ersten und Zweiten Weltkrieg noch den Kalten Krieg überdauert, ohne sie wären Bosnien und der Kosovo der serbischen Aggression in den 1990er Jahren schutzlos ausgeliefert gewesen. Und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt: Wären die Europäer bei der Hilfe für Kyjiv auf sich allein gestellt, stünden Moskaus Invasionstruppen wohl bereits an der Grenze von EU und NATO. Die Entwicklung der Demokratie in Amerika ist deshalb nicht nur von theoretischem Interesse, sondern auch essenziell für das Überleben und Gedeihen der Demokratien in Europa und der Welt. In seiner zweiten Amtszeit wird Trump versuchen, das Regierungssystem ganz auf die Präsidentschaft und damit auf sich selbst zuzuschneiden und die *checks and balances*, die

US-Präsident Joe Biden umarmt den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij bei seinem Besuch in Kyjiv am 20. Februar 2023 und sichert ihm Unterstützung zu.

Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Sven Simon-
The Presidential OfficeU



Kontrollen der Macht, graduell zurückzudrängen. Zur Diktatur werden die USA unter ihm wohl nicht, das wird selbst er in den kommenden vier Jahren nicht schaffen – und eine erneute Kandidatur verbietet ihm der 22. Verfassungszusatz. Eine auf Personenkult gedrillte Ein-Mann-Demokratie indes ist eine realistische Möglichkeit, entscheidend dafür sind die Mehrheiten im Kongress. Das dürfte die Nationalpopulisten überall in der Welt bestärken, wie schon sein Wahlkampf 2016 und sein erster Wahlsieg den Brexit-Anhängern und Geistesverwandten wie Jair Bolsonaro in Brasilien und Victor Orbán in Ungarn Auftrieb verliehen hatte.

Wege aus der Krise

Aber die parteipolitische Spaltung der USA ist nicht gottgegeben, sondern von Menschen gemacht und damit umkehrbar. Die meisten Beobachter sehen die Lösung für die Krise der amerikanischen Demokratie in einer Änderung von Verfassung, Wahlsystem oder Gesetzen und hoffen auf eine neue Politikergeneration, die weniger polarisiert ist, nicht länger Konflikte anheizt und die alte Tugend der Kompromissbereitschaft wiederentdeckt. Keiner der Vorschläge lässt sich jedoch leicht umsetzen und kann die Defekte der Demokratie und die Spaltung des Landes alleine überwinden, zumal die Verfassung der USA die am schwierigsten zu ändernde aller Demokratien ist. Im Letzten kommt es auf die Bürger an, die „Flut wütender und böstiger Leidenschaften“ zurückzudrängen, was schon der schon Gründervater Alexander Hamilton forderte.

So prognostizieren die Politikwissenschaftler Devin Caughey vom MIT und Christopher Warshaw von der George Washington University, dass Kulturkämpfe Demokraten und Republikaner nicht dauerhaft spalten würde. Das mag in der Anfangszeit, wenn solche Themen politisch virulent sind und Polarisierungsunternehmer sie ausschlichten, durchaus so sein. Langfristig allerdings, so die beiden Forscher, setze sich eine gemäßigte Mitte über Wahlen oder Volksabstimmungen durch. Als Beispiel nennen sie das Programm *Obamacare*, die viele republikanische Einzelstaaten zunächst zurückwiesen, ja als sozialistisch verteufelten, obwohl ihnen der Bund hohe Zuschüsse für eine erweiterte Krankenversicherung in Aussicht stellte. Ende 2014 hatten erst 26, meist von Demokraten regierte Staaten das Programm akzeptiert; fast jeder republikanische Staat sperrte sich gegen die

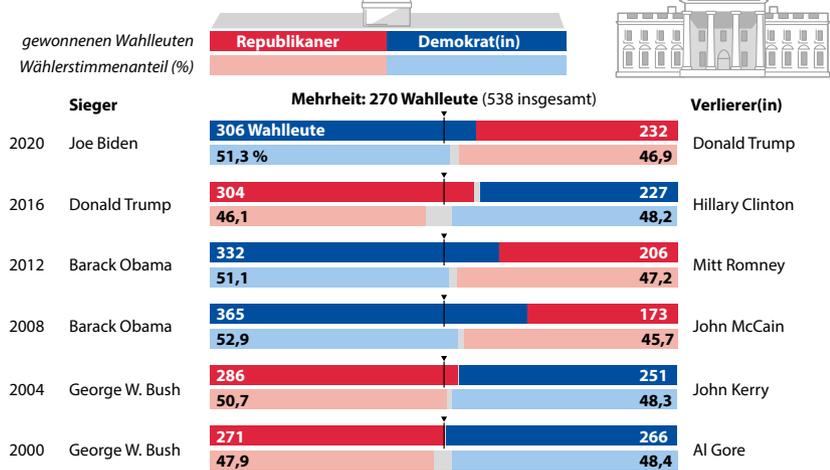
Teilnahme. Weil sich *Obamacare* aber bei den Bürgern als populär erwies, traten bis Anfang 2024 zusätzliche 14 Staaten bei. Damit schrumpfte die Ablehnungsfront auf zehn Staaten im Süden und Mittleren Westen. Genauso verflüchtigten sich früher schon Streitthemen wie Alkoholverbot oder Homosexuellenrechte, als sich ein Konsens unter den Wählern herausbildete und sich somit das Befeuern des Konflikts für Politiker nicht mehr lohnte.

Für Abtreibung, Todesstrafe, Waffenkontrolle, illegale Einwanderung und Klimaschutz könnte in Zukunft Ähnliches gelten. „Das Amerika von heute ist in fast allen Fragen sozialliberaler, säkularer, weniger heteronormativ, vielfältiger in Bezug auf Rasse und persönliche Identität als das Amerika von George W. Bush“, konstatierte New-York-Times-Kolumnist Ross Douthat im Frühjahr 2023. Selbst jüngere Republikaner bewegen sich bei einigen dieser Fragen hin zum Mainstream. Die Rebellion gegen die gesellschaftliche Modernisierung mobilisierte zwar zwei Jahrzehnte lang die ideologische Rechte, die ihren größten Erfolg feierte, als der Supreme Court 2022 das landesweite Recht auf Schwangerschaftsabbruch beendete. Aber das Urteil erwies sich als Pyrrhussieg, wie die Niederlagenserie der Abtreibungsgegner bei Plebisziten seither dokumentiert. Selbst Trump mit seinem ausgeprägten Instinkt für Stimmungen rückte im Wahlkampf 2024 von seiner harten Haltung in dieser Frage ab.

Grafik: Picture Alliance

Ergebnisse der US-Präsidentschaftswahlen

Wahlen in den Jahren 2000 bis 2020 nach ...



Hinweis: Zu 100 Prozent/538 Wahlleuten fehlende Werte sind Stimmen für andere Kandidaten bzw. Enthaltungen.
Quelle: US-Kongress, US-Wahlkommission FEC, CNN

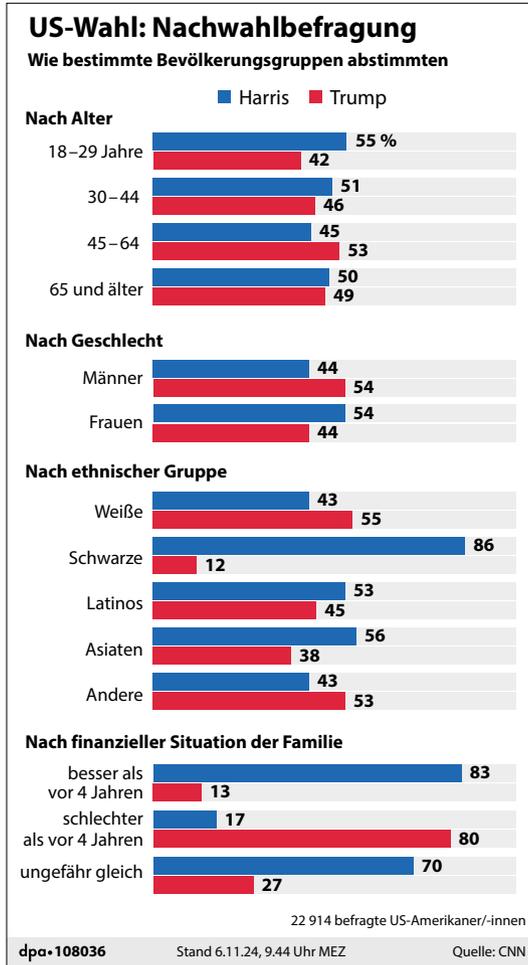
2024 wird jedoch nicht als ein Wendepunkt bei der Spaltung der Gesellschaft der USA entlang parteipolitischer Linien in die Geschichte eingehen.

Die Wahlen am 5. November zeigten die unverminderte Attraktivität der Botschaften Trumps. Obwohl er noch radikaler auftrat als bei seinen Kandidaturen 2016 und 2020, holte er mit gut 50 Prozent das zweitbeste Ergebnis eines republikanischen Präsidentschaftsbewerbers seit 1992.

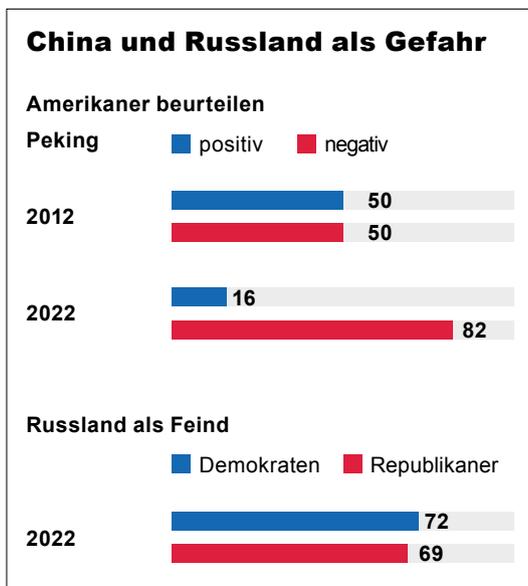
Mehr noch: Er gewann stark bei Latinos und Schwarzen hinzu, vor allem bei den jungen Männern unter ihnen. Die USA leben im Trump-Zeitalter. Trump ist ein transformativer Präsident, kein Präsident seit Franklin Roosevelt (1933-45) hat der Politik so sehr seinen Stempel aufgedrückt. Steht er seine zweite Amtszeit durch, wird er das Land vierzehn Jahre lang, von 2015 bis 2029, in seinen Bann geschlagen haben. Ob sich danach Mäßigung und Kompromiss, die von den Verfassungsvätern am höchsten verehrten Tugenden, wieder stärker Geltung verschaffen können in der amerikanischen Politik, ist keineswegs garantiert.

Bei aller Konfrontation kristallisieren sich jedoch Bereiche heraus, die Wähler und Parteien ähnlich einschätzen. Weitgehender Konsens herrscht etwa bei gleichem Lohn für Mann und Frau, bezahltem Mutterschaftsurlaub, Ausbau von Straßen und Stromnetzen, Wiederansiedlung von Industrieunternehmen, Erhöhung des Renteneintrittsalters oder schärferen Energieeffizienz-Standards bei Gebäuden, Kraftwerken und Autos. Auch in der Außenpolitik gibt es Gemeinsamkeiten. Globalisierungskritik und Protektionismus sind bei Demokraten wie Republikanern mehrheitsfähig, keine Seite strebt noch nach Freihandelsabkommen oder einer Wiederbelebung der Welthandelsorganisation. China wird zunehmend als Gefahr betrachtet: 2012 beurteilten ebenso viele Amerikaner Peking negativ wie positiv, 2022 waren es 82 zu 16 Prozent. Russland sahen 72 Prozent der Demokraten und 69 Prozent der Republikaner 2022 als Feind. Beide Parteien stehen Militärinterventionen skeptisch gegenüber. Das mögen nicht immer ökonomisch oder außenpolitisch vernünftige, zum Teil gar widersprüchliche Positionen sein, doch finden sie über die Parteigrenzen hinweg Zustimmung.

Last but not least sind sich beide Seiten einig, Medien und Politiker übertrieben die Unterschiede zwischen ihnen. Besonders schlecht kommt das Internet weg. 79 Prozent der Amerikaner glauben, Soziale Medien hätten das Land politisch polarisiert, 64 Prozent (74% der Republikaner und 57% der Demokraten) sehen sie als schlechte Sache für die Demokratie. Politische Debatten emigrieren zunehmend in Gruppen-Chats wie Whatsapp, wo die anderen Mitglieder bekannt sind und die



Grafik: Picture Alliance/CNN





Am 22. Februar 1980 treffen beim olympischen Eishockeyturnier in Lake Placid die USA und die Sowjetunion aufeinander. Die USA gewann das Spiel, welches als *Miracle on Ice* in die Geschichte einging, mit 4:3. Die Spieler beider Mannschaften geben sich die Hand.
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Heinz Wieseler

Auseinandersetzung deshalb ziviler verläuft als auf offenen Plattformen. 92 Prozent der Republikaner und 96 Prozent der Demokraten halten es für wichtig die Spaltung zu mildern und zwei Drittel wollen die jeweils andere Seite besser verstehen. Das sind, wenn auch in kleinem Maße, positive Trends.

Eine funktionierende Demokratie fußt auf verlässlichen Informationen, die die parteipolitische Polarisierung dämpfen. Die meisten Bürger, allen voran progressive und konservative Aktivisten, nehmen etwa die Parteien stereotyp wahr. Ein Beispiel: Demokraten schneiden bei Wahlen in der Regel überdurchschnittlich gut ab bei Jungen, Minoritäten und Großstädtern, die Republikaner bei Älteren, Landbewohnern, Reichen und Evangelikalen. Doch Anhänger beider Seiten überschätzen die Bedeutung dieser Gruppen für die jeweils andere Partei. Denn nach wie vor ist der Wähler beider Parteien im Mittel ein weißer, nicht-evangelikaler Christ durchschnittlichen Alters und Einkommens.

Weist man Anhänger einer Partei darauf hin, dass sie sich gar nicht so sehr von denen der anderen unterscheiden, nimmt ihre Animosität ab. Selbst ein Ortswechsel trägt dazu bei.

Republikaner und Demokraten, die in eine von der jeweils anderen Partei dominierte Region zogen, veränderten ihre Präferenzen stärker als Wähler, die in ihrem gewohnten Umfeld blieben. Matthew Levendusky von der University of Pennsylvania und Polarisierungsexperte argumentierte in *Our Common Bond 2023*, die Bürger teilten nach wie vor Vieles: ihre Identität als Amerikaner, eine enge Beziehung zu einem Freund, Verwandten, Nachbarn oder Arbeitskollegen von der anderen politischen Seite und eine ähnliche Sichtweise von Werte- und Sachfragen. Er rät: „Wenn wir die Gemeinsamkeiten zwischen Demokraten und Republikanern betonen und nicht das, was sie trennt, können wir Brücken über die politischen Gräben hinweg bauen.“ Levendusky hofft, dass die persönliche Ebene politische Differenzen überwinden hilft.

Deshalb ist es entscheidend, Gemeinschaftserfahrungen zu verankern und zu wiederholen. Gerade die Lokalpolitik, in der konkrete Probleme pragmatische Lösungen erfordern und wenig Platz für ideologische Gefechte bleibt, vermag das gegenseitige Verständnis zu erhöhen. Zugleich gilt es, Symbole nationaler Zusammengehörigkeit wie

den Unabhängigkeitstag, die Verfassung und den Exzeptionalismus zu feiern. Selbst apolitische kollektive Erlebnisse können die Identität stärken und Brüche kitten. Personen, die sich Filme wie „Miracle“ (2004) über den Sieg des US-Eishockeyteams gegen die hochfavorisierte UdSSR im Halbfinale der Olympischen Winterspiele 1980 ansahen, zeigten danach ein starkes Gemeinschaftsempfinden. Der Pop- und Country-Musik-Megastar Taylor Swift dürfte gegenwärtig mehr zum Einheitsgefühl der Nation beitragen als so manche Politikerrede, weil ihre gut hundert Millionen amerikanischen Fans aus allen Schichten und Regionen stammen.

Das gewichtigste Argument, dass sich die USA nicht dauerhaft in Kulturkriegen verstricken müssen, freilich lautet: Die Mehrheit der Bevölkerung ist gemäßiger, als Polarisierungsunternehmer und Parteiaktivisten annehmen. Eine Rekordzahl von 43 Prozent der Amerikaner identifizierte sich 2023 laut Gallup als „Unabhängige“, nur jeweils 27 Prozent als Anhänger einer der beiden großen Parteien. Sogar bei Demokraten und Republikanern überwiegen die Moderaten. Fast drei Viertel von ihnen zählen nicht zu den Zeloten, sondern zu den Zentristen, für die es auf politische Positionen und Erfahrung der Kandidaten ankommt.

Das Bild einer unrettbar gespaltenen Gesellschaft, die sich in kommunikativen Echokammern verschanzt und geschlossene radikale Weltbilder propagiert, trifft primär auf gut ausgebildete Weiße zu. Von allen demografischen Gruppen sind nur weiße Collegeabsolventen an beiden Enden des Spektrums extrem polarisiert, 34 Prozent von ihnen vertreten sehr linke, 28 Prozent sehr rechte Positionen. Ähnlich radikal sind am konservativ-fundamentalistischen Ende des Spektrums allerdings auch Weiße ohne College-Abschluss (31 Prozent). Schwarze, Hispanics und Asien-Amerikaner hingegen finden sich zu 84 und 69 Prozent in der politischen Mitte und haben moderate Ansichten.

Ihr gesellschaftlicher Anteil wächst schnell. Bereits seit 2020 sind die Minderheiten bei den Unter-18-Jährigen die Mehrheit, von 2045 an dürfte das bei der Gesamtbevölkerung und von 2060 an auch bei den Wahlberechtigten der Fall sein. Das sollte einen mäßigenden Einfluss auf die Politik ausüben. Demokraten wie Republikaner werden die nicht-weißen ethnischen Gruppen verstärkt umwerben und ihnen attraktive Inhalte anbieten müssen, wollen sie bei Präsidentschaftswahlen mehrheitsfähig bleiben. Dies entbehrt nicht der Ironie: Die Angst vor einem ethnischen Wandel der USA durch Einwanderung auf der radikalen weißen Rechten und

dessen Unterstützung auf der radikalen weißen Linken schürten die Kultur- und Stammeskriege seit 2015 mehr als andere. Künftig könnte genau dieser Wandel helfen, der parteipolitischen Polarisierung beizukommen. 🌱



LESESTOFF

Bierling, Stephan: Die Unvereinigten Staaten

„E pluribus unum“, aus vielem eines: So lautet der Wappenspruch im Siegel der USA. Doch davon ist nicht mehr viel übrig. Die Vereinigten Staaten sind in einem Ausmaß zerstritten und verfeindet wie seit dem Bürgerkrieg nicht mehr. Die Hauptursache dafür ist die parteipolitische Polarisierung, die mittlerweile alle Akteure, Institutionen und Verfahren der amerikanischen Demokratie erfasst hat. Dieses Buch erklärt, wie das politische System der USA funktioniert und woran es liegt, dass es immer weniger funktioniert – mit dramatischen Auswirkungen nicht nur für die USA, sondern auch für die Zukunft der Demokratie und uns alle. Es könnte nicht aktueller sein.

Ältere Einführungswerke in das politische System der USA besitzen im Grunde nur noch historischen Wert – so dramatisch haben sich die Zustände in der Supermacht in den letzten drei Jahrzehnten verändert. Dass den Parteien eine geschlossene Programmatik fehlt, sie regional sehr unterschiedlich sind, das Mehrheitswahlrecht moderate Politiker bevorzugt, Präsident und Kongress oft über Parteigrenzen hinweg zusammenarbeiten, Bundesrichter überparteilich agieren, checks and balances Angriffe auf die Demokratie wirksam verhindern: All das ist längst überholt oder steht auf der Kippe.

Stephan Bierling, einer der besten deutschen Kenner der USA, stellt in diesem grundlegenden Werk Aufbau und Funktionsweise des politischen Systems dar, erklärt die Aufgaben der Institutionen und Besonderheiten wie das Impeachment, Gerrymandering oder Filibuster, aber zugleich geht er dabei stets der Frage nach, warum die Mechanik des Regierens sich so stark verändert hat und wie sich Demokratie heute in den USA real vollzieht. Sein Buch ist eine unerlässliche Lektüre für alle, die besser verstehen wollen, was eigentlich los ist mit den USA und woran es liegt – nicht erst seit Donald Trump.



Zitiert nach Verlag und Klappentext

TRUMPS WIEDERWAHL – UND NUN?

von Heike Paul

Donald Trump hat die diesjährige Präsidentschaftswahl der USA gewonnen und wird am 20. Januar 2025 zum zweiten Mal in das Amt eingeführt. Er konnte nicht nur die Mehrheit der Wähler auf sich vereinen (312 von 538), was entscheidend für den Wahlsieg ist, sondern gewann mit 49,8 Prozent (77,2 Mio) der abgegebenen Stimmen auch den „*popular vote*“.¹

Anders als 2016 wählte ihn 2024 somit eine Mehrheit aller Amerikanerinnen und Amerikaner ins Amt – Kamala Harris erhielt 48,3 Prozent aller Stimmen. Von all den sog. „*Swing States*“ – den sieben Bundesstaaten, in denen das Ergebnis als besonders offen prognostiziert worden war (dazu zählten u.a. Pennsylvania, Wisconsin, Michigan und Georgia) – konnte sie keinen einzigen für sich entscheiden. Auch ihr Kandidat für das Vizepräsidentenamt, Tim Walz, Gouverneur von Minnesota, hat die ländliche Arbeiterschaft nicht für Harris an die Wahlurne gebracht.

Rückblickend ist somit zu konstatieren, dass die erste Trump-Präsidentschaft 2017-2021 keineswegs ein einmaliger Ausrutscher und kein vermeintlicher Unfall in der Geschichte der amerikanischen Demokratie war, der durch die Präsidentschaft Bidens und die nachfolgende Entwicklung überschrieben werden und an den man sich bald nur noch mit Schauern zurückerinnern

würde; nein, sie war vielmehr ein gewaltiger Hinweis auf eine grundlegendere Veränderung im System, ja geradezu einen Paradigmenwechsel, hin zu einem autoritären Populismus und zur Fortsetzung eines Politikstils der affektiven Polarisierung, dessen durchschlagender Erfolg sich mit der erneuten Wahl Trumps einmal mehr bestätigt hat.² Die Partei Trumps, die „*Grand Old Party*“, wie sich die Republikaner gerne nennen, konnte gleichzeitig knappe Mehrheiten im Kongress – sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus – erringen bzw. verteidigen. Diese „*Trifecta*“ genannten Machtverhältnisse werden es Trump in den ersten beiden Jahren seiner Präsidentschaft (also mindestens bis zu den Midterms 2026) ermöglichen, viele seiner Gesetzesvorhaben auch zügig umzusetzen.³

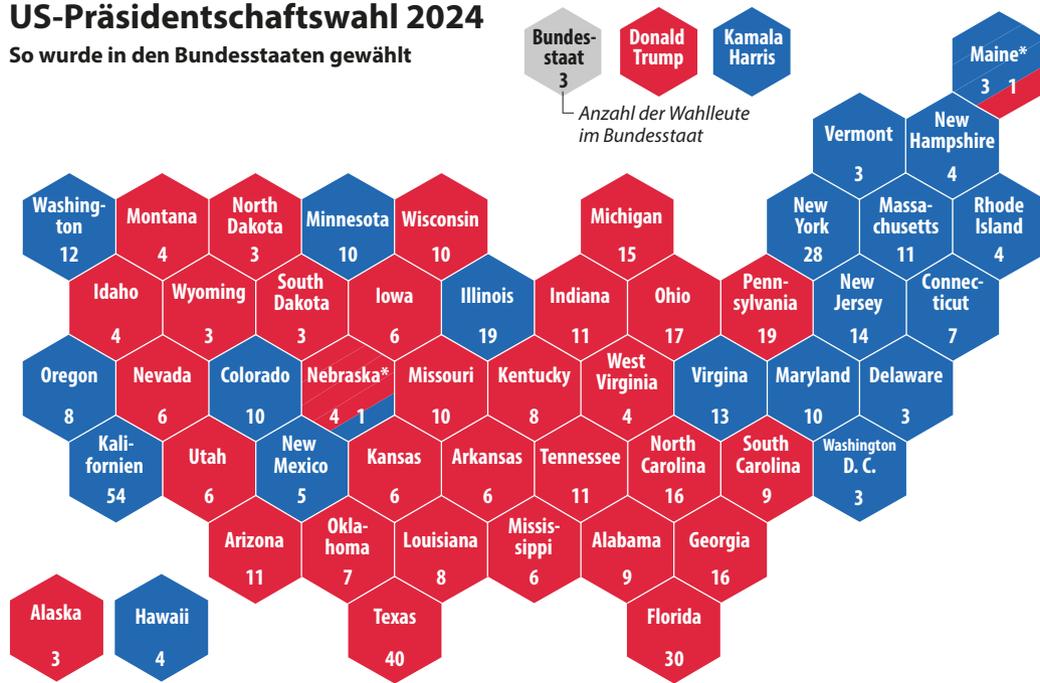
1 Bzgl. aktueller Wahlergebnisse, siehe „*Election 2024: Presidential results*.“ Edition CNN.com, <https://edition.cnn.com/election/2024/results/president?election-data-id=2024-PG&election-painting-mode=projection-with-lead&filter-key-races=false&filter-flipped=false&filter-remaining=false> [Stand 02.12.2024]. Bzgl. des *Popular Vote*, siehe <https://www.cookpolitical.com/vote-tracker/2024/electoral-college> [Stand 02.12.2024].

2 Vgl. Joan E. Greve: „*How a Republican trifecta makes way for Trump's rightwing agenda*.“ The Guardian, 14.11.2024, <https://www.theguardian.com/us-news/2024/nov/14/republican-house-senate-trump-rightwing-agenda> [Stand: 02.12.2024].

3 Die Mehrheit ist aber hauchdünn und es könnte tatsächlich schwieriger für Trump werden, als es aussieht. Vgl. Russell Berman: „*What Trump Can (And Probably Can't) Do With His Trifecta*.“ The Atlantic, 13.11.2024, <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2024/11/republicans-win-senate-house-presidency/680636/> [Stand: 02.12.2024].

US-Präsidentschaftswahl 2024

So wurde in den Bundesstaaten gewählt



Verteilung der 538 Wahlleute



*Stimmen können aufgeteilt werden

Stand: 10.11.2024, 3,03 Uhr
Quelle: CNN

dpa*107976

Grafik: Picture Alliance

Bis zuletzt schien es denkbar, dass Kamala Harris – trotz einer späten Kandidatenkür und eines verkürzten Wahlkampfes – das Kopf-an-Kopf-Rennen für sich entscheiden würde können, aber bereits am Wahlabend wurde klar, dass dem nicht so war. Seither herrscht innerhalb der Demokratischen Partei Katerstimmung und auch Schuldzuweisungen werden laut, beispielsweise gegenüber Joe Biden, der zu spät seinen Rückzug angetreten und damit dem Wahlkampf der Demokraten geschadet habe.⁴ Klar ist, dass Harris den

Amerikanerinnen und Amerikanern weit weniger bekannt war als Trump, dass zwar die überwältigende Mehrheit der nicht-weißen Frauen sie gewählt hat, dass aber sowohl die Mehrheit der weißen Frauen (vor allem die Wählergruppe ohne College-Abschluss) und der weißen Männer, aber auch etwa ein beträchtlicher Anteil Wählergruppe der Latinos Trump den Vorzug gaben.⁵ Der prognostizierte „Gender-Gap“, ein signifikanter Unterschied im Wahlverhalten der Geschlechter, blieb somit aus und Trump profitierte davon, dass ein großer Teil der Wählerschaft offenbar keine Frau im höchsten Amt im Staate sehen wollte: Nicht alle, die Trump gewählt haben, finden ihn gut, viele erachten ihn lediglich als das kleinere Übel. Etliche Wählerinnen, die ihm ihre Stimme gaben, haben gleichzeitig in

4 Vgl. Reid J. Epstein: „Pelosi Laments Biden’s Late Exit and the Lack of an ‘Open Primary.’“ The New York Times, 08.11.2024, <https://www.nytimes.com/2024/11/08/us/politics/pelosi-harris-biden-open-primary.html> [Stand 02.12.2024], Sara Dorn: „Pelosi Says Election Could Have Been Different If Biden Stepped Aside – As Dems Pile On.“ Forbes, 08.11.2024, <https://www.forbes.com/sites/saradorn/2024/11/08/legacy-in-tatters-reeling-democrats-blame-biden-for-harris-loss/> [Stand: 02.12.2024].

5 Zur Stimmverteilung bzgl. verschiedener Wählergruppen vgl. „Exit polls from the 2024 presidential election.“ The Washington Post, 29.11.2024, <https://www.washingtonpost.com/elections/interactive/2024/exit-polls-2024-election/> [Stand: 02.12.2024].

Referenden ihrer Bundesstaaten für das Recht auf Abtreibung gestimmt.⁶ Letzteres – und somit auch die Gesundheitsversorgung amerikanischer Frauen – hatte Harris zu ihrem zentralen Wahlkampfthema gemacht. Sie versprach zudem eine Wirtschaftspolitik für die sog. kleinen Leute und präsentierte sich als Bewahrerin der amerikanischen Demokratie. Ersteres erschien vielen nicht glaubwürdig (man sah sie eher in der Tradition des unbeliebten amtierenden Präsidenten, von dessen eigentlich positiver Bilanz sie nicht profitieren konnte), letzteres sahen viele zu abstrakt – auch wenn die Frage nach der Demokratie ein ums andere Mal aufkam, z.B. als Trump seine Anhängerschaft aufforderte für ihn zu stimmen – sie müssten auch nur noch ein letztes Mal wählen gehen.⁷ Trump setzte freilich ohnehin im Wahlkampf auf andere Themen: illegale Einwanderung als aktuelles Problem und das Versprechen einer Ausweisung, ja millionenfachen Deportation von illegal in den USA lebenden Menschen. Gleichzeitig brüstete er sich mit seiner angeblichen Wirtschaftskompetenz und versprach, die Inflation zu drosseln sowie im Sinne von „*America First*“ hohe Einfuhrzölle gegen ausländische Waren zu verhängen und zudem im Handumdrehen die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten zu beenden.

Mindestens ebenso wichtig wie die insgesamt doch eher schwammig formulierte politische Programmatik, vermutlich aber noch wichtiger, war im Wahlkampf die Kulturkampfrhetorik und der Kampf der Narrative. So wie die Harris-Kampagne die USA als pluralistische „*multiracial democracy*“ verteidigte (insbesondere auf dem Parteitag der Demokratischen Partei), warben Trump und sein Team eher mit traditionellen „*family values*“ und Geschlechterrollen und gaben beispielsweise viel Geld dafür aus, trans-feindliche Wahlkampfsots zu produzieren, die sich gegen Harris' vermeintlich

zu liberale Haltung beim Thema multiple Geschlechter richteten.⁸ Jedenfalls gelang es der Trump-Kampagne, wie Timothy Snyder treffend analysiert hat, vulnerable Gruppen in der amerikanischen Gesellschaft – illegale Einwanderer, trans-Menschen, schwarze Frauen – effektiv zu dämonisieren und zu Feinden Amerikas und amerikanischer Werte zu erklären.⁹

Die teils befürchteten, teils bereits auf *social media* angekündigten gewalttätigen Ausschreitungen gab es weder am Wahltag noch nach der Wahl,¹⁰ auch hat niemand das Wahlergebnis angezweifelt. Trump und seine Anhängerschaft hatten dies für den Fall seiner Niederlage angekündigt. Dieser Fall ist nicht eingetreten und der amtierende Präsident Biden hat den Wahlgewinner bereits freundlich im Weißen Haus empfangen und eine friedliche Machtübergabe angekündigt – *the American way* eben und anders als Trump im Jahr 2021.

6 Vgl. Sarah Varney: „*They split the ticket. Meet the abortion rights voters who also went for Trump.*“ NPR, 09.11.2024, <https://www.npr.org/sections/shots-health-news/2024/11/08/nx-s1-5184539/trump-election-abortion-votes-harris> [Stand: 02.12.2024].

7 Zitat von Donald Trump: „*You won't have to vote anymore.*“ (26. Juli 2024 während einer Rede beim „*Believers' Summit*“ veranstaltet durch Turning Point Action in West Palm Beach, Florida). <https://www.youtube.com/watch?v=duls1Cr1Lyo> [Stand: 02.12.2024].

8 Vgl. Io Dodds: „*Trump's blitz of anti-trans ads probably worked – but not for the reason you might think.*“ The Independent, 01.12.2024, <https://www.independent.co.uk/news/world/americas/us-politics/trump-anti-trans-campaign-adverts-b2654925.html> [Stand: 02.12.2024] sowie Shane Goldmacher/Maggie Haberman/Jonathan Swan: „*How Trump Won, and How Harris Lost.*“ The New York Times, 07.11.2024 [Update: 16.11.2024], <https://www.nytimes.com/2024/11/07/us/politics/trump-win-election-harris.html> [Stand: 02.12.2024].

9 Vgl. Timothy Snider: „*What Does It Mean That Donald Trump Is a Fascist?*“ The New Yorker, 08.11.2024, <https://www.newyorker.com/magazine/dispatches/what-does-it-mean-that-donald-trump-is-a-fascist> [Stand: 02.12.2024].

10 Über die Reaktionen von Trumps Gegnern nach der Wahl siehe beispielsweise Patricia Mazzei und Jenna Russell: „*Resist or Retreat? Democratic Voters Are Torn About Whether to Keep Fighting.*“ The New York Times, 06.11.2024, <https://www.nytimes.com/2024/11/06/us/democrats-election-activism.html> [Stand: 02.12.2024]. Bzgl. der Akzeptanz des Wahlergebnisses siehe Chris Jackson/Annaliese Azevedo Lohr/Charlie Rollason: „*Americans accept the election results even if some are unhappy with the outcome.*“ Ipsos, 08.11.2024, <https://www.ipsos.com/en-us/americans-accept-election-results-even-if-some-are-unhappy-outcome> [Stand: 02.12.2024].



Direkt nach seiner Wahl hat Trump damit begonnen, sein neues Kabinett zusammenzustellen, und er wartet fast täglich mit unkonventionellen und auch einigermaßen schockierenden Nominierungen für hohe Regierungsämter auf. Nicht nur sind viele der Personen fachfremd und verfügen über keinerlei politische Erfahrung, auch ihre Interessen scheinen nicht immer vom Gemeinwohl, sondern ebenso sehr von eigenen ökonomischen Interessen und Rachegeleuten geleitet zu sein, manchmal auch von Verschwörungsmysmen. Das wichtigste, wenn nicht gar einzige Auswahlkriterium lautet in allen Fällen: unbedingte Loyalität zum neuen Präsidenten.

Eine Personalie, die besonders hohe Wellen schlug, war die Nominierung von Matt Gaetz zum Justizminister und Generalstaatsanwalt. Gaetz, dessen Verhalten bereits Gegenstand eines Untersuchungsverfahrens im Kongress war, hatte sein Mandat kurz zuvor niedergelegt. Die Vorwürfe

lauten: (gekaufter) Sex mit Minderjährigen, Sexhandel und Konsum illegaler Drogen. Nach internen Gesprächen – auch zwischen Gaetz und republikanischen Senatoren – zog dieser seine Kandidatur zurück und erklärte, nicht mehr für das vorgesehene Amt zur Verfügung zu stehen.¹¹ Andere „Aufreger“ unter den Nominierungen sind die von Tulsi Gabbard, der man Nähe zu Russland nachsagt, als „*Director of National Intelligence*“, Elon Musk als „Effizienzbeauftragter“ der Regierung und Kash Patel, der das FBI leiten soll, sich aber bereits für die Verfolgung derjenigen ausgesprochen hatte, die Trump 2020 den Wahlsieg aberkannt hätten

Der US-Präsident Joe Biden empfängt seinen Nachfolger am 13. November 2024 im Oval Office im Weißen Haus.

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Oliver Contreras

11 Vgl. Aaron Blake: „Four takeaways from Matt Gaetz’s exit.“ The Washington Post, 21.11.2024, <https://www.washingtonpost.com/politics/2024/11/21/matt-gaetz-withdrawal-attorney-general-trump-cabinet-nominees/> [Stand: 02.12.2024].



Elon Musk bei einer Wahlveranstaltung Trumps am 5. Oktober 2024 in Butler, Pennsylvania.
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Bryan Snyder

– insbesondere in den Medien und in dem, was er als „Deep State“ bezeichnet.¹² Trump ist offenbar wild entschlossen, den Staatsapparat auf normverletzende Weise autokratisch umzubauen und letztlich seinem persönlichen Willen zu unterwerfen.

Was könnte ihn daran hindern? Ob und wie der angekündigte radikale Politikwechsel umgesetzt wird, bleibt abzuwarten, doch es gibt auch bereits Anzeichen, dass republikanische Politiker etwaigen Regelbrüchen zu trotzen bereit sind. Innerparteilich scheinen einige republikanische

Senatoren, darunter auch Mitch McConnell, nicht gewillt, Trump in seinen destruktiven Racheplänen stillschweigend und blind zu folgen. Die Bestätigung von Trumps Kabinett durch den Senat wird diese Haltung auf die Probe stellen.

Auch die Gouverneure demokratisch regierter Bundesstaaten, darunter Gavin Newsom in Kalifornien und Kathy Hochul in New York, bereiten sich auf die erneute Trump-Präsidentschaft vor. Die sog. „state rights“, auf die sich in der Vergangenheit häufig Einzelstaaten berufen haben, um sich der Politik der Bundesregierung zu widersetzen, standen historisch gesehen lange Zeit in dem Ruf, liberale Gesetzgebung aus Washington zu unterminieren – so beispielsweise bei den Initiativen der Südstaaten, die Emanzipation und Gleichstellung der afroamerikanischen Bevölkerung zu verhindern und die Rassentrennung aufrechtzuerhalten, deren Aufhebung erst 1954 vom Obersten Gerichtshof angeordnet wurde. Nun, mit der Wiederwahl von Trump, könnte die Kooperation der demokratischen Staatsoberhäupter auf subnationaler Ebene eine neue, eine andere Dynamik entfalten und dazu dienen, eine revanchistische und ultrakonservative Politik auszubremsen. Für solch eine

12 Vgl. „Trump names loyalist Kash Patel as FBI director to help with effort to upend law enforcement.“ PBS News, 30.11.2024, <https://www.pbs.org/newshour/politics/trump-names-loyalist-kash-patel-as-fbi-director-to-help-with-effort-to-upend-law-enforcement> [Stand 02.12.2024]; Siehe hierzu auch die Kommentare von Kash Patel auf Stephen Bannons Podcast „War Room“: „Patel: We’re Gonna Use The Constitution To Prosecute Those Destroying The Republic.“ *Bannon’s War Room*, 05.12.2023, <https://rumble.com/v3zrlia-patel-were-gonna-use-the-constitution-to-prosecute-those-destroying-the-rep.html> [Stand: 02.12.2024].

Kooperation gab es im Übrigen schon bei der ersten Trump-Präsidentschaft und dem Pandemie-Missmanagement der Bundesregierung etliche Beispiele.¹³

Auch die Nichtregierungsorganisation der „American Civil Liberties Union“ (kurz: ACLU) wappnet sich für die Wiederaufnahme juristischer Auseinandersetzungen mit Trump, v.a. im Hinblick auf die Einschränkung von Bürgerrechten und des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Trotz dieser Positionierungen und Maßnahmen stehen die Zeichen in den USA nunmehr auf Illiberalismus. Das Fortschreiten der ohnehin schon starken politischen Polarisierung scheint kaum noch aufzuhalten zu sein – zumindest nicht, solange die Trump-Anhängerschaft dessen Systemdestabilisierung, gar -zerstörung begeistert feiert. Auch wenn sich Trump während des Wahlkampfes vom berüchtigten „Project 2025“ distanziert hat, sind viele Anliegen des ultrakonservativen Think-Tanks auch Bestandteil seines Programms.¹⁴

Auch außenpolitisch scheinen sich die Aussichten zu verdunkeln. Nach seinem Amtsantritt 2021 verkündete Biden auf der Münchener Sicherheitskonferenz „America is back“ („Amerika ist zurück“) und meinte damit die Rolle der USA in der NATO und die Einhaltung multilateraler Abkommen (wie des Klimaabkommens von Paris) nach Trumps erster Präsidentschaft. Emmanuel Macron unkte bereits damals: „Wie lange?“ und nahm damit die



aktuellen Befürchtungen vorweg.¹⁵ Trump hat einen außenpolitischen Kurs geprägt von Protektionismus, stärkerem Isolationismus und striktem staatlichem Anti-Globalismus angekündigt (ungeachtet dessen, dass sein eigenes „Business“ und das seiner „Kumpel“ selbstverständlich multinational arbeitet). Generell wird erwartet, dass es für Europa auf der Weltbühne erheblich ungemütlicher wird und die Europäer, und insbesondere auch die Deutschen, gehalten sein werden, sich sehr viel mehr um ihre eigenen Belange, insbesondere ihre Sicherheit, zu kümmern und für diese auch einen höheren Preis zu bezahlen.

Die Wahl eines autokratischen Populisten wie Trump in den USA ist kein singuläres Phänomen. Auch in anderen westlichen Demokratien sehen wir bekanntlich – mitunter zeitlich versetzt – die wachsenden Erfolge eines ähnlich agierenden politischen Personals: in Italien, Ungarn, Österreich – und auch hierzulande gewinnen Parteien an Boden, die im Zeichen eines autoritären Populismus gegen die einige Jahrzehnte lang für ungefährdet, wenn nicht unantastbar gehaltenen demokratischen Traditionen agieren.

Am 9. November 2024 versammeln sich Aktivisten und Aktivistinnen für Abtreibungsrechte mit Protestschildern vor der Heritage Foundation während des *Women's March* in Washington DC, um den konservativen Think-Tank zu kritisieren, der das Projekt 2025 veröffentlicht hat.

Foto: Picture Alliance/Fotograf: Probal Rashid

13 Vgl. hierzu Reid J. Epstein: „Democratic Governors Form a Group to Oppose the Trump Administration.“ The New York Times, 13.11.2024, <https://www.nytimes.com/2024/11/13/us/politics/democratic-governors-trump.html> [Stand: 02.12.2024] sowie Liz Crampton und Lisa Kashinsky: „Meet the pillars of the next Trump resistance.“ Politico, 20.11.2024, <https://www.politico.com/news/2024/11/20/democrats-trump-foes-governors-attorneys-general-interest-groups-00190177> [Stand: 02.12.2024]. Für Beispiele aus Trumps erster Präsidentschaft s. auch Heike Paul: Amerikanischer Staatsbürgersentimentalismus. Zur Lage der politischen Kultur der USA, Göttingen 2021.

14 Vgl. hierzu Zolan Kanno-Youngs und Erica L. Green: „Trump Disavowed Project 2025 During the Campaign. Not Anymore.“ The New York Times, 29.11.2024, <https://www.nytimes.com/2024/11/29/us/politics/trump-project-2025.html> [Stand: 02.12.2024].

15 Vgl. Eli Stokols: „Inside the ill-fitting, occasionally chaotic, decidedly solid Biden-Macron relationship.“ Politico, 07.06.2024, <https://www.politico.com/news/2024/06/07/biden-macron-relationship-00162079> [Stand: 02.12.2024].



YOUTUBE



Am 20. Januar 2025 wird Donald Trump als 47. Präsident der USA vereidigt. Auf seine erneute Amtsantrittsrede dürfen wir gespannt sein. 2017 sprach er von einem Blutbad („*carnage*“), das er stoppen wolle, und davon, dem amerikanischen Volk die Macht zurückzugeben, die er der Washingtoner Elite entrissen hätte.¹⁶ Es war eine denkwürdig düstere Rede und eine weniger brachiale Ansprache ist auch dieses Mal kaum zu erwarten.

Unter dem Eindruck der spaltenden Rhetorik des neuen Präsidenten und einer als polarisiert wahrgenommenen US-Gesellschaft produzierte Heineken damals, in 2017, den Werbespot „*The Experiment*“ (auch betitelt „*Worlds Apart*“ unter #OpenYourWorld).¹⁷ In diesem Spot begegnen wir drei Zweier-Teams, die jeweils gemeinsam eine Bar aufbauen sollen. Alle sechs Personen stellen sich zu Beginn in pointierten Eingangsaussagen kurz vor. Nur die Zuschauerinnen und Zuschauer erfahren zunächst von ihren stark divergierenden kulturellen Positionierungen und ihren diametral gegensätzlichen politischen Haltungen im Hinblick auf Transgender-Rechte, Feminismus und Klimawandel. Nachdem die Teams gemeinsam ihre Aufgabe erfüllt haben, bekommen sie die Möglichkeit, an der fertig aufgebauten Bar noch ein Bier zusammen zu trinken. Vorher jedoch werden ihnen die Eingangsaufnahmen gezeigt, und sie erfahren von ihren krassen weltanschaulichen Differenzen. Die letzte Frage lautet: Trinken die Zweier-Teams dennoch ein Bier miteinander und kommen ins Gespräch, auch über ihre unterschiedlichen Ansichten, oder ziehen sie es vor, dies nicht zu tun? **Dieser Spot**, in dem sich am Ende alle für den freundlich interessierten Austausch entscheiden, stellt eine anschauliche Übung in zivilgesellschaftlicher Dialogbereitschaft dar. Die amerikanische Gesellschaft ist heute nicht weniger gespalten als 2017 und die neuerliche Präsidentschaft Trumps wird das nicht ändern, ganz im Gegenteil. Übungen zum friedlichen Umgang miteinander – mit oder ohne Bier – sind da mehr denn je vonnöten. ▲

16 Für ein Transkript der ersten Inaugurationsrede von Donald Trump siehe „*Full text: 2017 Donald Trump inauguration speech transcript.*“ Politico, 20.01.2017, <https://www.politico.com/story/2017/01/full-text-donald-trump-inauguration-speech-transcript-233907> [Stand 02.12.2024].

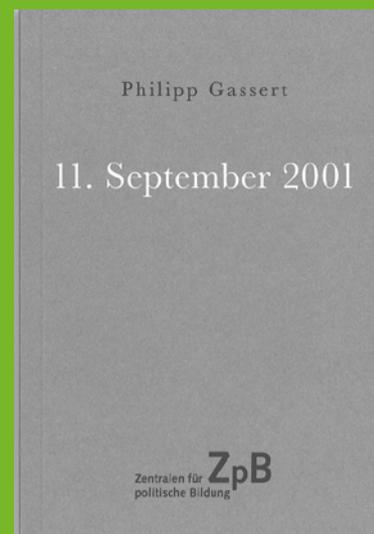
17 „*Heineken Worlds Apart*“ YouTube, 02.10.2019, <https://www.youtube.com/watch?v=i-orjHsgxDQ> [Stand 02.12.2024].



LESESTOFF

Philipp Gassert: 11. September 2001

Als die Türme des World Trade Center einstürzten, war die Welt live dabei. Die Anschläge vom 11. September 2001 veränderten nicht nur die USA, sondern viele Gesellschaften weltweit, denn auf den Terror folgte Krieg. Der Sturz der afghanischen Taliban, die Suche nach Osama Bin Laden und der Einmarsch in den Irak sorgten viele Jahre für Schlagzeilen und weltpolitische Verwerfungen. Philipp Gassert zieht Bilanz und arbeitet die Ursachen, Reaktionen und Folgen des 11. September auf. Markiert 9/11 den Übergang in ein neues Zeitalter?



WAFFENRUHE ENDLICH IN SICHT?

DER RUSSISCHE KRIEG GEGEN DIE UKRAINE IM DRITTEN JAHR

von Klaus Gestwa



Mitglieder der lokalen ukrainischen Diaspora, Kriegsflüchtlinge, Friedensaktivisten, Freiwillige und Unterstützer während der Proteste *NATO Close the Sky* am Adam-Mickiewicz-Denkmal auf dem Hauptplatz in Krakau am 29. Mai 2022
Bild: Picture Alliance/
Fotograf: Artur Widak

Die russische Totalinvasion in die Ukraine währt bald drei Jahre. Die Gesamtzahl der auf beiden Seiten der Front getöteten und verletzten Soldaten hat inzwischen die Millionengrenze überschritten. Ukrainische Stellen haben bislang über 140.000 mutmaßliche Kriegs- und Völkerrechtsverbrechen Russlands mit Hilfe internationaler Expertenteams sorgfältig dokumentiert, um den dafür Verantwortlichen später den Prozess

machen zu können.¹ Bei ihren rücksichtslosen Angriffen haben russische Einheiten ukrainische

1 Vgl. Farida Kurbangalejewa: Ein Tribunal für Putin, in: Dekoder. Russland und Belarus entschlüsseln, 20.10.2024, <https://www.dekoder.org/de/article/russische-kriegsverbrechen-ukraine-gerechtigkeit> [Stand: 04.12.2024].

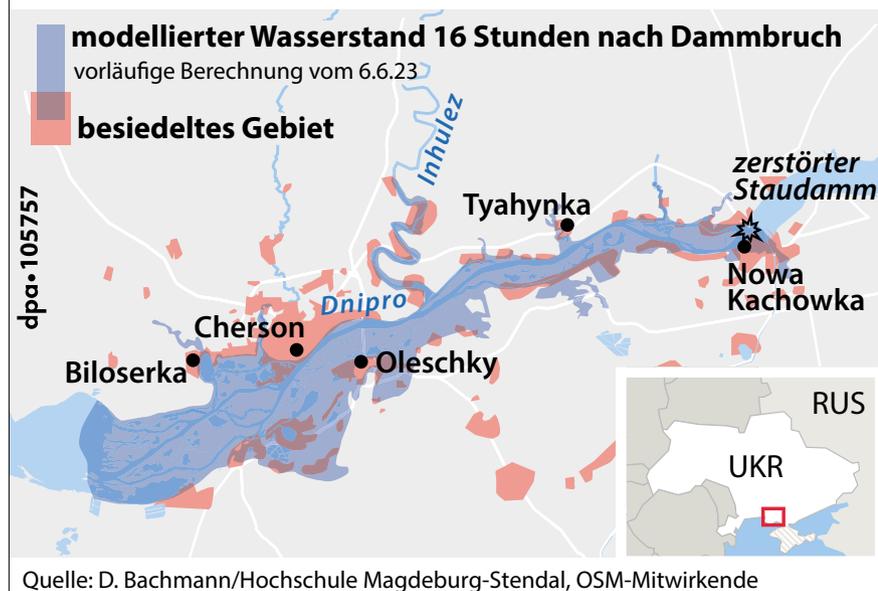
Städte in Trümmerwüsten verwandelt. In der am Asowschen Meer gelegenen Stahl- und Hafenmetropole Mariupol wurden im Frühjahr 2022 über 90 Prozent aller städtischen Gebäude schwer beschädigt. Wochenlang lag ein Leichengeruch über der geschundenen Stadt.²

Leid und Zerstörung in der Ukraine

Einen gnadenlosen Krieg führt die russische Armee gegen Bildungs- und Kultureinrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Universitäten, Bibliotheken, Museen und Archive, um der Ukraine nicht nur ihre Zukunft, sondern auch ihre Vergangenheit zu rauben.³ Ziele russischer Raketen, Drohnen und Gleitbomben sind neben Kranken- und Ärztehäusern auch kritische Infrastrukturen, vor allem die ukrainischen Energiesysteme, die modernes Leben erst ermöglichen.⁴ Durch die Dauerbombardements sollen Städte unbewohnbar, ihre Bewohner:innen demoralisiert und zur Migration gezwungen werden. Mehr als zehn Millionen Menschen mussten schon kriegsbedingt ihre Heimat in der Ukraine verlassen. Abhängig vom Verlauf der Kämpfe und Verhandlungen drohen weitere Abwanderungen. In Deutschland waren im Oktober 2024 über 1,2 Millionen ukrainische Kriegsgeflüchtete registriert.⁵

Die Umwelt ist großflächig schwer geschädigt und kontaminiert. Eine große ökologische

Überflutungen am Dnipro



Katastrophe löste am unteren Dnipro und im Schwarzen Meer die Zerstörung des Kachowka-Staudamms im Juni 2023 aus.⁶ Bei den Kämpfen werden außerdem zahlreiche giftige Substanzen und klimaschädliche Treibhausgase freigesetzt. Ferner kommt es kriegsbedingt zu einer im 21. Jahrhundert in Europa beispiellosen Zerstörung von Agrarflächen und Wäldern.⁷

Karte: Picture Alliance

Die Ukraine ist darüber hinaus zum am stärksten verminten Land seit dem Zweiten Weltkrieg geworden. Ein Viertel des gesamten ukrainischen Territoriums muss zukünftig auf Landminen, nicht explodierte Kampfmittel und andere Sprengstoffe überprüft werden. Mindestens zehn Jahre wird es dauern, bis die Ukraine von diesen gefährlichen Hinterlassenschaften des Kriegs befreit sein wird.⁸

2 Internationale und ukrainische Menschenrechtsorganisationen haben die schrecklichen Geschehnisse und Verbrechen in Mariupol inzwischen sorgsam dokumentiert. Vgl. "Our City Was Gone". *Russia's Devastation of Mariupol*, 2024, <https://www.hrw.org/feature/russia-ukraine-war-mariupol/report> [Stand: 04.12.2024].

3 Vgl. Anna Veronika Wendland: Zerbombte Kirchen, geplünderte Archive: Warum? Was kann man retten – und wie?, in: Dekoder. Russland und Belarus entschlüsseln, 31.03.2023, <https://specials.dekoder.org/faq-kulturgueterverluste-krieg-ukraine/> [Stand: 04.12.2024].

4 Vgl. Oleg Nivievskyi: Schäden und Wiederaufbau der ukrainischen Infrastruktur, in: Ukraine-Analysen, Nr. 296, 14.03.2024, <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/546619/analyse-schaeden-und-wiederaufbau-der-ukrainischen-infrastruktur/> [Stand: 04.12.2024].

5 Zu diesen Zahlen vgl. <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/ukrainische-fluechtlinge.html> [Stand: 04.12.2024].

6 Vgl. Klaus Gestwa: Der Kachovka-Staudamm. Sowjetischer Großbau und russischer Ökozid in der Ukraine, in: Religion und Gesellschaft in West und Ost, 51 (2023), Nr. 11-12, S. 24 ff.

7 Vgl. Tania Perga: Vorsätzlicher Ökozid. Umwelt- und Gesundheitsfolgen des russischen Angriffskriegs, in: Religion und Gesellschaft in West und Ost, 51 (2023), Nr. 11-12, S. 27 ff.

8 Vgl. Anna Chaika: Landminen in der Ukraine gefährden Nahrungsmittelversorgung, in: DW.com, 17.10.2024, <https://www.dw.com/de/landminen-in-der-ukraine-gef%C3%A4hrden-nahrungsmittelversorgung/a-70520168> [Stand: 04.12.2024].



Am Mittwoch, den 7. Juni 2023, wurden in Cherson Straßen überschwemmt, nachdem die Mauern des Kachowka-Staudamms eingestürzt waren.

Bild: Picture Alliance/Libkos

Auch die psychosozialen Folgen des Kriegs, der nach dem Ende des Waffengangs in den Seelen der Menschen weiterlebt, stellen für zahlreiche Familien eine fortdauernde Bedrohung dar. Die mentale Gesundheitspflege wird in der Ukraine zu einer Generationsaufgabe werden, um die Wunden des Kriegs langfristig zu heilen.⁹

Verhandlungsbereitschaft aus Erschöpfung

Nach über 1.000 Tagen erbitterter Abwehrschlachten sind die Menschen in der Ukraine erschöpft und zermürbt. Luftalarm kann sie zu jeder Tages- und Nachtzeit aus ihren Routinen und ihrem Schlaf reißen.¹⁰ Zwar leisten die ukrainischen Verbände mit ihren begrenzten Mitteln an der Front weiterhin Bemerkenswertes. Aber nach fast drei Jahren Krieg sind große Teile der Truppen ausgelaugt. Weil kein Ende ihres Kriegsdienstes in Sicht scheint, desertieren immer mehr Soldaten.¹¹

9 Vgl. Menachem Ben-Ezra: *PTSD symptoms among civilians being displaced inside and outside the Ukraine during the 2022 Russian invasion*, in: *Psychiatry Research*, 320 (February 2023), 115011, <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0165178122006023> [Stand: 04.12.2024]; Elie Cook: *The Lessons Ukraine Is Teaching the World About PTSD*, in: *Newsweek Magazine*, 10.04.2024, <https://www.newsweek.com/ukraine-ptsd-treatment-poland-1878893> [Stand: 04.12.2024].

10 Vgl. Rebecca Barth: 1000 Tage Krieg. Die tiefen Wunden der Ukraine, in: *Tagesschau.de*, 19.11.2024, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-tausend-tage-krieg-100.html> [Stand: 04.12.2024].

11 Alle sind nur erschöpft. Massen-Desertionen haben fatale Folgen für die Ukraine, in: *N-TV.de*, 30.11.2024, <https://www.n-tv.de/politik/Massen-Desertionen-haben-fatale-Folgen-fuer-die-Ukraine-article25399785.html> [Stand: 04.12.2024].

Zwar fragen sich viele, worüber die Ukraine in dem ihr aufgezwungenen Überlebenskampf ernsthaft verhandeln kann, wenn der Moskauer Kriegsaggressor von seinem Ziel, sich die Ukraine zu unterwerfen, nicht abweichen will und es bislang keine wirklichen internationalen Mechanismen gibt, die den Kreml davon abzuhalten vermögen. Dennoch ist nach dem langen Zermübungskrieg mit seinen immer neuen Choreografien von Leid und Gewalt der Wunsch nach einer diplomatischen Lösung stärker geworden. Umfragen im August und Oktober 2024 belegen, dass mit 52 Prozent eine knappe Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung mittlerweile den schnellen Beginn von Verhandlungen befürwortet. Die Gruppe derjenigen, die bis zum Sieg weiterkämpfen wollen, ist auf 38 Prozent zurückgegangen.¹²

Dieser Stimmungsumschwung hat Folgen für die ukrainische Politik, zumal die russische Armee unter schweren Verlusten an Soldaten und Material in den hart umkämpften ostukrainischen Frontabschnitten in kleinen Schritten, aber doch stetig vorrückt.¹³

Die ziellose westliche Unterstützung der Ukraine

Im Jahr 2023 ist der erhoffte Durchbruch der ukrainischen Armee durch die russischen Linien im südöstlichen Frontabschnitt bei Robotyne nicht geglückt. Zum einen fehlte es den ukrainischen Einheiten an den notwendigen Waffensystemen, Munitionsvorräten und Truppenstärken. Zum anderen konnten die russischen Truppen durch breite Minengürtel und Luftangriffe den ukrainischen Vormarsch unterbinden. Als in den USA die Republikaner monatelang weitere Waffenhilfen für die Ukraine blockierten und die europäischen Unterstützerländer diese Ausfälle nicht kompensierten, ging den ukrainischen Streitkräften die Munition aus. Die militärische Dynamik drehte sich zugunsten Russlands.

Im Frühjahr 2024 stockten die westlichen Länder ihre militärische Unterstützung für die Ukraine zwar wieder merklich auf. Aber vieles von der zugesagten Hilfe kam gar nicht oder zu spät an der Front an. Sicherheitsfachleute kritisieren seit längerem, die westliche Politik handle rein taktisch auf Notwendigkeiten des Augenblicks. Die Ukraine erhalte an Waffen, Munition und militärischem Gerät immer nur das, was sie über die nächsten Monate zu bringen vermag. Der ziellosen westlichen Unterstützungspolitik fehle es an einer langfristigen Strategie, um die Ukraine in die Lage zu versetzen, Russland militärisch fortgesetzt so unter Druck zu setzen, dass der Kreml Verhandlungen zu akzeptablen Bedingungen beginnen müsse.¹⁴

12 Umfrage: Mehr als 50 Prozent der Ukrainer wollen den Krieg so schnell wie möglich beenden, in: N-TV.de, 20.11.2024, <https://www.n-tv.de/ticker/Umfrage-Mehr-als-50-Prozent-der-Ukrainer-wollen-den-Krieg-so-schnell-wie-moeglich-beenden-article25376274.html> [Stand: 04.12.2024].

13 Vgl. Christian Stör: Ukraine-Krieg: Russland erzielt geringe Fortschritte an der Front – unter enorm hohen Verlusten, in: Frankfurter Rundschau, 24.11.2024, <https://www.fr.de/politik/verluste-russland-ukraine-krieg-soldaten-militaer-front-armee-details-news-zr-93417836.html> [Stand: 04.12.2024]; Christian Mölling/ Andrés Rác: Getötete und Verwundete. Kiew: Putin verliert 2.000 Soldaten an einem Tag, in: ZDFheute, 01.12.2024, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/russische-verluste-angriff-infrastruktur-militaeranalyse-ukraine-krieg-russland-100.html> [Stand: 04.12.2024].

14 Vgl. z.B. Gustav Gressel: *Beyond the counter-offensive: Attrition, stalemate, and the future of the war in Ukraine*, in: *European Council of Foreign Relations*, 19.01.2024, <https://ecfr.eu/publication/beyond-the-counter-offensive-attrition-stalemate-and-the-future-of-the-war-in-ukraine/> [Stand: 04.12.2024]; Paul Luka Schneider: Keine Strategie für Ende des Ukraine-Kriegs: Ex-Nato-Beamter sieht Westen in der Bringschuld, in: Frankfurter Rundschau, 2024, 06.08.2024, <https://www.fr.de/politik/ukraine-russland-krieg-nato-putin-keine-strategie-ende-nato-news-93227451.html> [Stand: 04.12.2024].

Die russische Kriegswirtschaft

Während die „Achse der Demokraten“ unrund läuft, funktioniert die „Achse der Autokraten“¹⁵ besser. So gelang es der russischen Armee durch Importe vor allem aus Nordkorea, China und dem Iran, ihre Rückstände und Engpässe bei Drohnen, Raketen und Granaten sowie bei militärischer Ausrüstung und elektronischen Bauteilen zu beheben. Darüber hinaus konnte Russland auf alte Militärbestände aus sowjetischer Zeit zurückgreifen und diese in aufgearbeiteter Form zum Fronteinsatz bringen. Diese Reserven sind mittlerweile aufgebraucht.

Die russische Ökonomie hat längst dauerhaft auf Kriegswirtschaft umgestellt. Der militärisch-industrielle Komplex verschlingt inzwischen mehr als 30 Prozent des Staatshaushalts. Zuletzt sind Anfang Dezember die Militärausgaben für die Jahre 2025 bis 2027 noch einmal auf ein neues Rekordniveau erhöht worden.¹⁶ Der Verteidigungssektor wirkt als Wachstumsfaktor der russischen Volkswirtschaft, der aber zuletzt durch Überhitzung ins Stocken geraten zu sein scheint. Militärökonom:innen prognostizieren der russischen Armee bei fortgesetzten hohen Verlusten an Panzern, Artillerie und anderem Militärgerät im Verlauf des Jahres 2025 Nachschubprobleme vor allem bei Artillerierohren und Munitionen, falls China die drohenden Produktionsengpässe nicht kompensiert.¹⁷

Der russischen Volkswirtschaft setzt zudem die hohe Inflationsrate zu, ebenso wie der erwartete Preisrückgang bei Gas und Öl. In ihrem neuen 15. Sanktionspaket sieht die EU ferner schärfere Maßnahmen gegen die russische „Schattenflotte“

vor, die mit ihren überalterten Schiffen Öl und Ölprodukte auf den Weltmarkt bringt.¹⁸ Zwar hat die westliche Sanktionspolitik die russische Volkswirtschaft nicht kurzfristig einbrechen lassen; sie ist jedoch keineswegs wirkungslos geblieben. Das beweist der jüngste Absturz des Rubels. Von der überfälligen Modernisierung der russischen Wirtschaft ist aktuell kaum etwas zu erkennen.¹⁹

Die Offensiven in Kursk

Wegen der bald drohenden Wirtschaftsprobleme setzt Putin unbeirrt auf Sieg, um das aktuelle Momentum für eine militärische Entscheidung in seinem Sinne zu nutzen. Seine Rede am 7. November 2024 auf dem Waldaj-Forum in Sotschi strotzte vor Zuversicht und Selbstbewusstsein. Der Kremlboss erklärte, für ihn bedeute Krieg nicht das Versagen von Politik, sondern stelle vielmehr ein wichtiges Mittel dar, um Machtkonflikte zu entscheiden. „Wer stärker ist, hat recht“, so Putin.²⁰ Der Kremlboss versteht den Krieg offenbar als Überlebenschance skrupelloser Diktatoren und Aggressoren, auch um die eigene Bevölkerung dazu zu zwingen, geschlossen hinter dem Machthaber zu stehen.²¹

Neben dem Vorrücken an der ostukrainischen Front hat die russische Armee einen Großangriff im

-
- 15 Vgl. Anne Applebaum: Die Achse der Autokraten. Korruption, Kontrolle, Propaganda: Wie Diktatoren sich gegenseitig an der Macht halten, München 2024.
- 16 Putin bewilligt Rekord-Militärausgaben um Krieg in der Ukraine zu gewinnen, in: Euronews, 02.12.2024, <https://de.euronews.com/my-europe/2024/12/02/putin-bewilligt-rekord-militarausgaben-um-krieg-in-der-ukraine-zu-gewinnen> [Stand: 04.12.2024].
- 17 Vgl. Marcus Keupp: Ein schwerer Schlag für den Kreml, in: T-Online, 20.09.2024, https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/krisen/id_100487184/russland-schwerer-schlag-wie-lange-reichen-putins-reserven-noch-aus-.html [Stand: 04.12.2024]; *Istoščena ili zakalena? Smožet li Rossija podgotovitsja k novaj vojne v bližajšem budućem*, in: Re:Russia. Analitika, 18.10. 2024, <https://re-russia.net/analytics/0201/> [Stand: 04.12.2024].

-
- 18 Vgl. Simon Schröder: „Schattenflotte“ in der Ostsee. EU will gegen Russland vorgehen, in: Frankfurter Rundschau, 29.11.2024, <https://www.fr.de/politik/ukraine-krieg-eu-sanktionen-russland-grossbritannien-schattenflotte-in-ostsee-news-93439812.html> [Stand: 04.12.2024].
- 19 Vgl. Janis Kluge: Russlands Wirtschaft am Wendepunkt. Mit dem Ende des russischen Kriegsbooms steigen die wirtschaftlichen Risiken für den Kreml, in: SWP-Aktuell 2024/A 59, 26.11.2024, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2024A59_russland_wirtschaft.pdf [Stand: 04.12.2024].
- 20 Vgl. Mikhail Zygar: Bemerkenswerter Auftritt in Sotschi nach US-Wahl. Wladimir Putin und seine Rede eines Siegers, in: Spiegel.de, 16.11.2024, <https://www.spiegel.de/ausland/usa-und-russland-nach-der-us-wahl-wladimir-putin-haelt-die-rede-eines-siegers-a-0c5e28f3-817e-4e4b-8b25-ae16afa-7d3af?dicbo=v2-eX0esWf#ref=recom-outbrain> [Stand: 04.12.2024].
- 21 Vgl. Sabine Adler: Was wird aus Russland? Über eine Nation zwischen Krieg und Selbsterstörung, Bonn 2024, S. 62–73.

westrussischen Gouvernement Kursk gestartet. Dort hatten ukrainische Verbände Anfang August 2024 einen strategischen Vorstoß gewagt. Sie drangen ohne nennenswerten Widerstand bis zu 35 Kilometer tief in russisches Staatsgebiet ein. Mit ihrem Überraschungsvorstoß demonstrierte die ukrainische Armee, dass sie weiterhin zu militärischen Schlägen in der Lage ist. Die damit verbundene Strategie, Russland zum Truppenabzug aus dem Donbass zu zwingen, um dort Druck von den ukrainischen Linien zu nehmen, ging zunächst allerdings nicht auf. Erst Ende November befahl der Kreml die Rückeroberung, um zu verhindern, dass die Kyjiver Regierung die besetzten Gebiete in Kursk bei zukünftigen Verhandlungen als Faustpfand nutzen könne.

Für diese Gegenoffensive stellte Nordkorea mehr als 12.000 Soldaten bereit und wurde damit an Russlands Seite zur Kriegspartei. Am 24. November vermeldete der ukrainische Generalstab, nach heftigen Gefechten hätten russische Truppen 40 Prozent der zuvor ukrainisch besetzten Gebiete unter ihre Kontrolle gebracht. Die noch verbliebenen 800 Quadratkilometer werde die Ukraine so lange verteidigen, „wie es militärisch sinnvoll ist.“²²

Neue Eskalationen und Drohungen

Die Entsendung nordkoreanischer Truppen nach Kursk bedeutet eine weitere Eskalation des Kriegsgeschehens und signalisiert den Übergang zu einer neuen Ebene der russisch-nordkoreanischen Verteidigungskooperation. Diese zunehmende Verflechtung der Sicherheitsdynamiken in Europa und im Indo-Pazifik boten den USA einen Anlass, der Ukraine die von Selenskyj seit langem vehement geforderte Genehmigung zu erteilen, mit weitreichenden amerikanischen ATACMS-Raketen Ziele auf russischem Staatsgebiet anzugreifen.²³

22 Ukraine büßt große Teile der eroberten Gebiete in Kursk ein, in: Euronews, 24.11.2024, <https://de.euronews.com/my-europe/2024/11/24/ukraine-busst-grosse-teile-der-eroberten-gebiete-in-kursk-ein> [Stand: 04.12.2024].

23 Vgl. Eric J. Ballbach: Nordkoreanische Truppenentsendung nach Russland. Motive Pjöngjangs und Implikationen für Europa, in: SWP-Aktuell/A 57, 14.11.2024; https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2024A57_Nordkorea_Truppen_Russland.pdf [Stand: 04.12.2024].

Schon Ende September 2024 hatte Putin deshalb die Überarbeitung der russischen Atom-Doktrin angeordnet, um mit einer Drohpolitik den Schrecken eines Atomkriegs an die Wand zu malen. Ende November trat diese neue Fassung in Kraft. Darin heißt es, Moskau werte fortan die Aggression eines nicht-nuklearen Staates, der von Atommächten unterstützt wird, als deren gemeinsamen Angriff auf Russland und behalte sich das Recht vor, mit einem nuklearen Gegenschlag zu reagieren.²⁴

Vom nuklearen Säbelrasseln des Kremls unbeeindruckt, erlaubten Frankreich und Großbritannien der Ukraine ebenfalls, mit den von ihnen gelieferten Waffensystemen Storm Shadow und Scalp Ziele im russischen Hinterland anzugreifen, um so russische militärische Logistikketten zu zerschlagen und die Ausgangsorte russischer Terrorangriffe wie Flughäfen und Kommandozentren unter Beschuss zu nehmen.²⁵

Der deutsche Bundeskanzler Scholz hielt allerdings an seiner Entscheidung fest, den deutschen Taurus-Marschflugkörper nicht an die Ukraine zu liefern, obwohl die Kyjiver Regierung seit dem Frühjahr 2023 wiederholt darum gebeten hatte. Im Unterschied zu den britisch-französischen sowie US-amerikanischen Gegenstücken hat der Taurus mit über 500 Kilometer eine deutlich größere Reichweite und mehr Sprengkraft. Sein ablehnendes Votum begründet Scholz damit, dass von der Lieferung der stärksten Waffe der Bundeswehr ein zu hohes Eskalationsrisiko ausgehe.

24 Putin erweitert Doktrin zum Einsatz von Atomwaffen, in: Tagesschau.de, 25.09.2024, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-putin-atomdoktrin-100.html> [Stand: 04.12.2024]; Mareike Müller/Frank Specht: „Bluff“ oder ernste Gefahr? Russlands neue Atomdoktrin, in: Handelsblatt, 19.11.2024, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krieg-bluff-oder-ernste-gefahr-russlands-neue-atomdoktrin/100089470.html> [Stand: 04.12.2024].

25 Vgl. Simon Schröder: Aufgrund Nordkorea-Soldaten in Kursk: „Storm Shadow“ Angriff auf Russland, in: Merkur, 24.11.2024, <https://www.merkur.de/politik/aufgrund-nordkorea-soldaten-in-kursk-storm-shadow-angriff-auf-russland-zr-93423782.html> [Stand: 04.12.2024]; Jekaterina Jalunina: Paris gestattet Kiew im Ukraine-Krieg den Einsatz gelieferter Raketen gegen Russland, in: Frankfurter Rundschau, 26.11.2024, <https://www.fr.de/politik/paris-gestattet-kiew-im-ukraine-krieg-den-einsatz-gelieferter-raketen-gegen-russland-zr-93429753.html> [Stand: 04.12.2024].

Während Scholz bei dieser Entscheidung mit 61 Prozent eine solide Mehrheit der Deutschen hinter sich weiß, kritisieren die ukrainische und mehrere westliche Regierungen den deutschen Sonderweg.²⁶ Besonders irritiert, dass Scholz sogar den Vorschlag eines europäischen Ringtausches ablehnt. Dieser hätte die Lieferung von Storm Shadow und Scalp in die Ukraine ermöglicht, weil die in den Lieferstaaten entstandenen Lücken mit deutschen Taurus-Systemen geschlossen worden wären.

Auch deutsche Sicherheitsfachleute halten die Erklärungen des Bundeskanzlers zur Taurus-Frage für wenig plausibel.²⁷ Als schließlich der russische Außenminister Sergej Lavrov am Rande des G20-Gipfels in Rio de Janeiro Scholz für sein Nein zur Taurus-Lieferung lobte, warf dieser Beifall von Seiten des russischen Kriegsaggressors zusätzlich einen Schatten auf die Entscheidung des Kanzlers.²⁸

Am 19. November 2024 zerstörten ukrainische Streitkräfte erstmals mit sechs aus den USA gelieferten ATACMS-Raketen in der Nähe der westrussischen Stadt Brjansk ein Waffendepot. Putin reagierte darauf mit dem Angriff der neu entwickelten, atomar bestückbaren Mittelstreckenrakete Oreschnik auf die ukrainische Großstadt Dnipro. Die NATO sprach von einem weiteren Versuch Russlands, um die Ukraine zu terrorisieren und diejenigen einzuschüchtern, die sie unterstützen.²⁹

Der Oreschnik-Angriff und die Drohung Putins, die Mittelstreckenrakete auch gegen „Entscheidungscentren in Kiew“ einzusetzen,³⁰ hielten die Ukraine jedoch nicht von weiteren Angriffen mit westlichen Waffensystemen ab, unter anderem auf eine Kommandozentrale in Kursk. Zudem forderte Selenskyj seine westlichen Partner dazu auf, der Ukraine hochmoderne Luftabwehrsysteme zu liefern, die einen besseren Schutz gegen Oreschnik-Raketen gewährleisten.³¹

Während der letzten Jahre hat die russische Regierung bereits eine wachsende Zahl weitreichender Raketen in der russischen Enklave Kaliningrad stationiert. Als Reaktion darauf hatte Kanzler Scholz im Juli 2024 beim NATO-Gipfel in Washington angekündigt, im Jahr 2026 werde mit der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen auf deutschem Gebiet begonnen. Einige fürchten deshalb eine weitere Eskalation. Andere kritisieren, Scholz habe keine breite politische Debatte angestoßen und so die Möglichkeit verstreichen lassen, die deutsche Sicherheitsstrategie in aller Öffentlichkeit zu erörtern und seine Entscheidung als die für einen bewaffneten Friedens überzeugend zu erklären.³²

26 Mehrheit gegen deutsche Taurus-Lieferung an die Ukraine, in: WDR.de, 21.11.2024, https://presse.wdr.de/plounge/tv/das_erste/2024/11/20241121_deutschlandtrend_taurus_lieferung.html [Stand: 04.12.2024].

27 Scharfe Kritik an Scholz' Entscheidung, in: Tagesschau.de, 05.10.2024, <https://www.tagesschau.de/inland/taurus-entscheidung-scholz-kritik-100.html> [Stand: 04.12.2024].

28 Jekaterina Jalunina: Putin-Vertraute: Lawrow kommentiert Scholz' Taurus-Nein, in: Frankfurter Rundschau, 20.11.2024, <https://www.fr.de/politik/russland-ukraine-krieg-taurus-lieferung-lawrow-lobt-scholz-93422311.html> [Stand: 04.12.2024].

29 Vgl. Christian Mölling/András Rác: Oreschnik. Wie gefährlich Putins Rakete ist, in: ZDFheute, 23.11.2024, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/ukraine-krieg-russland-neue-rakete-putin-100.html> [Stand: 04.12.2024].

30 Angriffe auf „Entscheidungscentren in Kiew“ möglich: Putin droht erneut mit Hyperschall-Rakete Oreschnik, in: Tagesspiegel, 28.11.2024, <https://www.tagesspiegel.de/internationales/angriffe-auf-entscheidungscentren-in-kiew-moglich-putin-droht-erneut-mit-hyperschall-rakete-oreschnik-12786467.html> [Stand: 04.12.2024].

31 Rebecca Barth: Ukraine bestätigt Angriff mit „Storm Shadow“, in: Tagesschau.de, 22.11.2024, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-storm-shadow-102.html> [Stand: 04.12.2024]; Putin will Mittelstreckenraketen in Serie produzieren, in: FAZ.net, 23.11.2024, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine/nacht-in-der-ukraine-putin-will-mittelstreckenraketen-in-serie-produzieren-110129888.html> [Stand: 04.12.2024].

32 US-Raketen auf deutschem Boden: Was sagen Gegner und Befürworter?, in: Deutschlandfunk, 10.09.2024, <https://www.deutschlandfunk.de/raketenstationierung-us-nato-deutschland-mittelstreckenraketen-100.html> [Stand: 04.12.2024]; Rafael Loss: Gegen den Strich. Raketenstationierung, in: Internationale Politik, 2024, Nr. 6, S. 112–117, <https://internationalepolitik.de/de/gegen-den-strich-raketenstationierung> [Stand: 04.12.2024].



Karte:
Peter Palm

Putins Spiel mit der Angst

Die turbulenten Entwicklungen im Oktober und November 2024 ließen Putin dramatisch von einem Wendepunkt im aktuellen Kriegsgeschehen sprechen. Der „regionale Konflikt“ in der Ukraine habe nun „Elemente globalen Charakters“ angenommen. Russische Waffen würden sich künftig auch gegen Ziele in Ländern richten, deren Regierungen die Ukraine unterstützten. So bedrohlich das klingen mag, überraschend ist es nicht, dass Putin zu Drohgebärden greift. Dabei setzt er erneut auf die Doppeltaktik von Timing und Schuldlastumkehr.

Für das Drehen an der Eskalationsspirale macht er die westlichen Regierungen verantwortlich, weil sie der Forderung der Ukraine nachgegeben hätten, weitreichende moderne Waffensysteme gegen Ziele auf russischem Gebiet einzusetzen. So erscheint Russland als bedrängte Kriegspartei, die Abschreckungsmaßnahmen ergreifen müsse. Dabei war es der Kreml, der mit dem Einsatz nordkoreanischer Truppen für die Offensive in Kursk die Internationalisierung des Konflikts vorangetrieben und mit massiven Luftangriffen

die Winterzerstörungsoffensive gegen ukrainische Infrastrukturen begonnen hatte.³³

Bei gutem Timing erzielt die politische Waffe der Drohung besondere Wirkung. Nach dem Zerbersten der Ampelkoalition in Berlin führt der anlaufende Wahlkampf in Deutschland dazu, dass Putins Einschüchterungen die Spaltungen in der deutschen Politik und Öffentlichkeit vertiefen. Sie liefern den Parteien und sozialen Milieus gute Argumente, die als „Bewirtschafter der Angst“³⁴ im Sinne des Kremls einen Stopp der westlichen

33 Vgl. Alexander Eydlin: Lage in der Ukraine: Die Drohung ist seine Waffe, in: Zeit Online, 23.11.2024, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-11/ukraine-lage-wladimir-putin-atomwaffen-drohung-rakete-atacms-woche> [Stand: 04.12.2024].

34 So die treffende Formulierung von Karl Schlögel. Vgl. Charlotte Zink: „Bewirtschafterin der Angst“. Osteuropa-Experte teilt gegen Wagenknecht aus, in: Stern, 18.09.2023, <https://www.stern.de/politik/anne-will-historiker-teilt-in-sendung-gegen-sahra-wagenknecht-aus-33834926.html> [Stand: 04.12.2024].

Waffenlieferungen an die Ukraine propagieren und dies mit einer dreisten Begriffsaneignung als „Friedenspolitik“ verkaufen. Ihnen erscheint die Ukraine nicht als Verteidigerin von Sicherheit und Freiheit in Europa, sondern nur als nervige Unruhestifterin, die der „natürlichen Freundschaft“ zwischen Deutschland und Russland im Weg stehe. Ohne die russischen Rohstoffe sei die deutsche Industrie nicht überlebensfähig. In der fatalen Hoffnung, Putin besänftigen zu können, haben diese Friedensbeschwörer:innen kaum Skrupel, die Ukraine durch unterlassene Hilfeleistung zur Kapitulation vor dem Moskauer Kriegsaggressor zu zwingen.³⁵

Russische Informationskanäle und prorussische Medienportale, die als deutsche Verstärker der Desinformations- und Einschüchterungspolitik des Kremls fungieren, trällern deshalb gerade laut das russische Eskalationslied und gehen vehement diejenigen als „Kriegstreiber“ an, die davor warnen, sich auf Putins kaltblütiges Spiel mit der Angst und Unsicherheit einzulassen.³⁶

Statt sich selbst rote Linien zu setzen, raten Sicherheitsexpert:innen wie Frank Sauer, Gustav Gressel, Markus Reisner, Carlo Masala, Thomas Jäger und Claudia Major seit längerem dazu, Putin entschieden Grenzen aufzuzeigen. Es dürfe nicht sein, dass der Kreml mit der politischen Waffe der nuklearen Drohung seine Kriegsziele erreiche. Das wäre ein fatales Zeichen an die internationale Politik im 21. Jahrhundert.³⁷

Gelingen kann die Eindämmung, indem der Westen China, Indien, die Türkei sowie weitere Länder des Globalen Südens dazu anhält, mit klaren Ansagen dem nuklearen Erpressungsgehabe des Kremls Einhalt zu gebieten. Als Putin im Herbst 2022 schon einmal die Atomkarte zog, um die Ukraine dazu zu bringen, ihre Truppen aus den vier von Russland damals nach einem Fake-Referendum annektierten Oblasten zurückzuziehen, gab es weltweit entschiedene Reaktionen, so dass Putins nuklearer Bluff schnell aufflog. Es wäre fahrlässig, zu behaupten, das Risiko sei gleich null. Aber die Kremlherren haben schon so oft dem Westen und der Ukraine mit dem Atomtod gedroht, dass es leichtfällt, hinter den martialischen Worten die offensichtliche Einschüchterungstaktik zu erkennen.³⁸

Fünf US-Geheimdienste erklärten dazu am 28. November 2024, die nachrichtendienstlichen Bewertungen der vergangenen sieben Monate ließen keineswegs darauf schließen, dass die jüngste Eskalationsspirale zum Einsatz atomarer Waffen führe. Zugleich warnten sie vor anderen russischen

35 Vgl. Markus Decker: Wie moskautreu ist das Bündnis Sahara Wagenknecht?, in: Redaktionsnetzwerk Deutschland, 05.12.2023, <https://www.rnd.de/politik/wie-moskau-treu-ist-das-buendnis-sahra-wagenknecht-PLYWYNXWEVFM3C66HJKUFTU7JI.html> [Stand: 04.12.2024]; Yelizaveta Landenberger: Russlands Propaganda liebt Sahara Wagenknecht, in: FAZ.net, 20.08.2024, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/russlands-propaganda-sieht-sahra-wagenknecht-als-stimme-der-vernunft-19928847.html> [Stand: 04.12.2024]. Zuletzt noch Carsten Janz: Wagenknecht und Schwarzer in offenem Brief. „Deutschland könnte das neue Schlachtfeld werden“, in: T-online, 04.12.2024, https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100544326/sahra-wagenknecht-und-alice-schwarzer-warnen-in-offenem-brief-vor-weltkrieg.html [Stand: 04.12.2024].

36 Gemeint sind damit beispielsweise die „Nachdenkseiten“. Vgl. Markus Linden: Wagenknechts Schreibbrigade, in: Zeit Online, 08.12.2023, <https://www.zeit.de/kultur/2023-12/nachdenkseiten-nachrichten-portal-blog-sahra-wagenknecht-propaganda> [Stand: 04.12.2024]. Ähnliches gilt für das vom kremltreuen Influencer Thomas Röper von St. Petersburg aus betriebene Portal „Anti-Spiegel.ru“. Vgl. Erika Balzer: Der Anti-Spiegel – Russische Propaganda und Verschwörungsmymen, in: Belltower, 02.06.2022, <https://www.beltower.news/desinformations-medien-der-anti-spiegel-russische-propaganda-und-verschwörungsmymen-132357/> [Stand: 04.12.2024].

37 Vgl. Frank Sauer: Russlands Drohen ist präzedenzlos im gesamten Nuklearzeitalter, in: Zeit Online, 22.11.2024, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-11/frank-sauer-russland-ukraine-oreschnik-rakete> [Stand: 04.12.2024].

38 Vgl. Pavel Podvig: *Šagov na puti k jadernomy konfliktu stanovitsja vse menše*, in: Meduza, 19.11.2024, <https://meduza.io/feature/2024/11/19/shagov-na-puti-k-yadernomu-konfliktu-stanovitsya-vse-menshe> [Stand: 04.12.2024]; Anton Barbashin: *Will Russia use nuclear weapons in Ukraine?*, in: Riddle Russia, 19.11.2024, <https://ridl.io/will-russia-use-nuclear-weapons-in-ukraine/> [Stand: 04.12.2024]. Alice Bota/Michael Thumann: *Wie ernst ist es Putin mit seinen nuklearen Drohungen?*, in: ZeitOnline, 06.12.2024, <https://www.zeit.de/politik/2024-12/atomwaffen-drohung-reaktion-kursk-russland-podcast> [Stand: 12.12.2024].

Vergeltungsaktionen, um den Druck auf die Ukraine und ihre westlichen Unterstützerstaaten zu erhöhen.³⁹

Auch deutsche Sicherheitsbehörden halten verstärkte Angriffe Russlands im Cyberraum, durch Desinformationskampagnen und Sabotageakte gegen Infrastruktur an Land und auf See für wahrscheinlich. Dabei wird die Urheberschaft nicht immer eindeutig nachweisbar sein. Durch solche Geschehnisse und Verdachtsfälle entstehen neue Verunsicherungen, die destabilisierend wirken.⁴⁰

Die Bürgenstock-Konferenz, Juni 2024

Der nach langem Zögern unlängst erlaubte Einsatz westlicher Marschflugkörper durch die USA, Frankreich und England gegen Ziele im russischen Hinterland stärkt zwar die Verteidigungskraft der Ukraine. Aber die der ukrainischen Armee noch verbliebenen Reserven an westlichen Distanzwaffen reichen kaum aus, um neue ukrainische Offensiven zu ermöglichen. Stattdessen drohen bald sogar operative Durchbrüche der russischen Armee.⁴¹

Darum haben diplomatische Aktivitäten zuletzt durch Initiativen der Ukraine an Dynamik gewonnen. An der Mitte Juni 2024 oberhalb des Vierwaldstättersees im Hotelkomplex Bürgenstock stattfindenden internationalen Konferenz nahmen neben dem Gastgeberland Schweiz weitere 92 Staaten teil. Das Ziel der Konferenz bestand darin, einen künftigen Friedensprozess anzuregen. Selenskyj nutzte diese diplomatische Weltbühne, um die zehn Punkte seiner „Friedensformel“ noch einmal vorzutragen. Obwohl diese alle dem Völkerrecht entsprechen, zeichnete sich ab, dass einflussreiche Staaten des Globalen Südens nicht bereit waren, sich auf die Seite der Ukraine zu schlagen.

In Russland hatte die Bürgenstock-Konferenz für politische Unruhe gesorgt. Das russische Fernsehen berichtete ausführlich über die Absagen eingeladener Staatschefs; ein Kreml-Propagandist bezeichnete die Veranstaltung sogar als „Ball der Satanisten“. Am Vorabend der Konferenz machte Putin noch einmal mit markigen Worten klar, dass er von seinen Maximalzielen keinen Deut abweichen wolle. Er pochte nicht nur auf den Verzicht der Ukraine, der NATO beizutreten, sondern auch auf ihre weitgehende Demilitarisierung und einen als „Denazifizierung“ bezeichneten Regierungswechsel in Kyjiv.

Ferner beanspruchte Putin für Russland neben der Krim auch die vier im September 2022 annektierten Oblaste im Südosten der Ukraine (Luhansk, Donezk, Saporischschja, Cherson) für sich. Die hier noch kämpfenden und stationierten ukrainischen Truppen müssten umgehend abziehen. Damit machte Putin deutlich, dass er nicht verhandeln, sondern sich durch einen Sieg- und Diktatfrieden nur seine Kriegsbeute sichern wolle.⁴²

39 US-Geheimdienste glauben nicht an russische Angriffe mit Atomwaffen, in: Spiegel.de, 28.11.2024, <https://www.spiegel.de/ausland/russland-us-geheimdienste-glauben-nicht-an-russische-angriffe-mit-atomwaffen-a-17b17c04-36cf-4dd2-af1f-891bf03f3ac9> [Stand: 04.12.2024]; Jan Wendt: Nach Atomwaffen-Drohungen aus Moskau – US-Geheimdienste warnen vor Vergeltung, in: Frankfurter Rundschau, 28.11.2024, <https://www.fr.de/politik/atomwaffen-drohungen-russland-us-geheimdienste-warnung-vergeltung-sabotage-ukraine-krieg-nato-93438717.html> [Stand: 04.12.2024].

40 Vgl. Markus Decker/Sven Christian Schulz: In fünf Jahren für Nato-Angriff bereit? Was hinter der Russland-Warnung des BND-Präsidenten steckt, in: Redaktionsnetzwerk Deutschland, 30.11.2024, <https://www.rnd.de/politik/was-hinter-der-russland-warnung-des-bnd-praesidenten-steckt-SYZIZXCINZBCNP60KF5JUA5VYE.html> [Stand: 04.12.2024].

41 Vgl. Markus Reisner: Situation spitzt sich täglich zu, in: ZDFheute, 28.11.2024, <https://www.zdf.de/nachrichten-sendungen/zdfheute-live/ukraine-krieg-russische-angriffe-vormarsch-donbass-video-100.html> [Stand: 04.12.2024]; Christian Mölling/András Rácz: Geländegewinne im Süden. Warum Russland jetzt so aufs Tempo drückt, in: ZDFheute.de, 29.11.2024, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/ukraine-krieg-russland-kurachowe-verteidigung-100.html> [Stand: 04.12.2024].

42 Vgl. Alexander Haneke: Ferner Frieden für die Ukraine, in: FAZ.net, 16.06.2024, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine/konferenz-am-buergenstock-ferner-frieden-fuer-die-ukraine-19793010.html> [Stand: 04.12.2024]; Was auf der Schweizer Konferenz für den Frieden erreicht wurde, in: Deutschlandfunk, 17.06.2024, <https://www.deutschlandfunk.de/friedenskonferenz-schweiz-ukraine-krieg-100.html> [Stand: 04.12.2024].

Selenskyjs „Siegesplan“, September/ Oktober 2024

Der ukrainische Präsident Selenskyj bezeichnete die Bürgerstock-Konferenz anschließend zwar als Erfolg. Der erzielte Minimalkonsens unterstrich aber, dass Selenskyjs „Friedensformel“ keine wirkliche Grundlage bot, um einen Verhandlungsprozess einzuleiten. Die Kyjiver Regierung erkannte, dass sie an der diplomatischen Front ähnlich gefordert ist wie an der militärischen, um zu verhindern, dass die Ukraine zu Russlands Bedingungen verhandeln muss.⁴³

Ende September reiste Selenskyj in die USA und anschließend nach Europa. Optimistisch sprach der ukrainische Präsident davon, der Krieg könne schon 2025 beendet werden. Diese Hoffnung verband er mit seinem nun präziser gefassten „Siegesplan“, der den Westen zu einem stärkeren strategischen Vorgehen bewegen sollte. Putin müsse – so Selenskyj – mit Schlägen auf neuralgische Punkte seiner Militärinfrastruktur und Rüstungsindustrie erst an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Eine Abtretung ukrainischer Gebiete an Russland schloss der ukrainische Präsident weiter aus. Der Weg zur Beendigung des Krieges könne nicht darin bestehen, sich auf einen schmutzigen Handel mit ukrainischem Territorium einzulassen. Es gelte, dem Völkerrecht wieder zur Geltung zu verhelfen.

Mitte Oktober machte Selenskyj in seiner Rede vor dem ukrainischen Parlament alle Punkte seines „Siegesplans“ öffentlich. Neben der bedingungslosen Einladung seines Landes in die NATO forderte er den Aufbau einer leistungsfähigen ukrainischen Rüstungsindustrie, um die notwendige militärische Abschreckung zu gewährleisten. Die Ukraine habe durch den andauernden Krieg inzwischen eine der erfahrensten Armeen weltweit und könne im Falle eines NATO-Beitritts einiges zur gemeinsamen Bündnisverteidigung beitragen.

Darüber hinaus pries Selenskyj das strategische Wirtschaftspotenzial der Ukraine. Das Land verfüge über große Vorkommen an kritischen, postfossilen Rohstoffen, unter anderem an Uran, Titan, Graphit und vor allem an dem für die Batteriefertigung und

damit für den Übergang zur Elektro-Mobilität dringend erforderlichem Lithium.⁴⁴ Zu den wichtigsten Kriegszielen Russlands gehöre es – so Selenskyj –, den Zugriff auf diese Rohstoffe und den Energie- sowie Nahrungsmittelpotenzialen der Ukraine zu erhalten, um in eine stärkere ökonomische Position gegenüber dem Westen sowie dem Globalen Süden zu kommen. Es gelte daher, durch die gemeinsame Nutzung der ukrainischen Wirtschaftsressourcen die demokratische Welt im globalen Wettbewerb zu stärken.⁴⁵

Im Unterschied zu seiner früheren „Friedensformel“ war Selenskyjs „Siegesplan“ besser durchdacht und offerierte dem Westen erhebliche Gegenleistungen für eine dauerhafte Unterstützung. Allerdings gibt es nicht nur in Washington und Berlin weiter Bedenken, der Ukraine eine Einladung zum NATO-Beitritt auszusprechen. Deshalb reagierten der neue NATO-Generalsekretär Mark Rutte, der US-Präsident Joe Biden sowie der deutsche Kanzler Scholz zurückhaltend auf Selenskyjs neuen diplomatischen Vorstoß.

43 Vgl. Andrea Beer: Der harte Kampf an der diplomatischen Front, in: Tagesschau.de, 25.09.2024, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/selenskyj-kampf-diplomatie-100.html> [Stand: 04.12.2024].

44 Vgl. Ulrich Blum u.a.: Die Rohstoffe der Ukraine und ihre strategische Bedeutung, in: Ukraine-Analysen, Nr. 296, 15.03.2024, S. 6-12, <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/296/die-rohstoffe-der-ukraine-und-ihre-strategische-bedeutung-eine-geopolitische-analyse/> [Stand: 04.12.2024]; Jack Laursen: *Ukrainian metals and rare materials seen as key to battery production, Europe's energy future*, in: Cenergy News, 17.09.2024, <https://ceenergynews.com/innovation/ukrainian-metals-and-rare-materials-seen-as-key-to-battery-production-europes-energy-future/> [Stand: 04.12.2024].

45 Vgl. Andrea Beer: Selenskyj stellt „Siegesplan“ vor. Fünf Punkte und drei geheime Zusätze, in: Tagesschau.de, 16.10.2024, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/selenskyj-siegesplan-vorstellung-parlament-kiew-100.html> [Stand: 04.12.2024]; Christian Mölling/András Rácz: Nato, Abschreckung, Wirtschaft. Wie Selenskyjs „Siegesplan“ aufgebaut ist, in: ZDFheute, 17.10.2024, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/selenskyj-siegesplan-aufbau-nato-ukraine-krieg-russland-100.html> [Stand: 04.12.2024].

In der Ukraine ist zuletzt die Kritik an Selenskyj und seinem Regierungsstil lauter geworden. Seine Bemühung, diplomatisch etwas zu bewegen, traf zwar grundsätzlich auf Zustimmung. Der „Siegessplan“ wirke aber – so kritische Stimmen – wie ein Wunschzettel an die westlichen Partner und lenke von den politischen Großbaustellen im Land ab. Die Ukraine müsse selbst noch einiges leisten, beispielsweise beim Aufbau funktionierender Institutionen, bei der Militärreform, der Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit und der Bekämpfung der Korruption.

Selenskyjs Kehrtwende, November 2024

Selenskyj musste erkennen, dass es ihm auch mit seinem „Siegessplan“ nicht gelungen war, auf dem „Schlachtfeld der Diplomatie“ wieder in die Offensive zu kommen. Ende November vollzog er eine Kehrtwende, was manchen als „Akt der Verzweiflung“ erschien.⁴⁶ In einem Interview erklärte er, die ukrainische Verfassung verbiete es ihm, die völkerrechtswidrigen russischen Annexionen der Halbinsel Krim und der vier südöstlichen Oblaste der Ukraine anzuerkennen. Selenskyj zeigte sich aber bereit zu akzeptieren, dass diese Gebiete zeitweilig unter Moskauer Kontrolle bleiben könnten. „Vielleicht muss die Ukraine jemanden in Moskau überleben, um ihre Ziele zu erreichen und das gesamte Staatsgebiet wieder herzustellen“, so der ukrainische Präsident.⁴⁷

Für seine bemerkenswerte Bereitschaft zu territorialen Konzessionen stellt Selenskyj allerdings die Bedingung, alle nicht besetzten Gebiete der Ukraine unter den Schutz der NATO zu stellen. Allein das würde Russland vor einer Vernichtung

der Ukraine in Raten abhalten. Die Menschen in der Ukraine bräuchten „Garantien, dass Putin nicht wiederkommt.“ Zudem schaffe dies die Möglichkeit für die Ukraine, ihre verlorenen Gebiete später auf diplomatischem Weg zurückzuerlangen.⁴⁸

Die Aufgabe der territorialen Ansprüche ist für die Ukraine ein schmerzhafter Schritt. Die aktuell von Russland besetzten Gebiete stellen knapp 18 Prozent des ukrainischen Staatsterritoriums dar, ermöglichen einen guten Zugang sowohl ins Schwarze als auch ins Asowsche Meer und boten vor 2014 mehr als zehn Mio. Menschen eine Heimat. Die Hälfte von ihnen ist inzwischen geflüchtet. Diejenigen Ukrainer:innen, die vor Ort geblieben sind, leiden unter den Schrecken der russischen Besatzungsmacht: Folterkammern, zehntausende geraubte Kinder, 14.000 willkürlich verhaftete Zivilist:innen, die Tilgung alles Ukrainischen durch eine Zwangsrussifizierung, Vergewaltigungen, Enteignungen und Säuberungen. Diese Brutalität der Okkupation ist als integraler Teil des russischen Angriffskriegs zu verstehen. Sie unterstreicht, dass es dem Kreml weniger um die vorgeschobenen Sicherheitsinteressen Russlands, sondern vor allem um imperiale Landnahme geht.⁴⁹

Putins Projekt der „multipolaren Weltordnung“

Für ernste Bedenken sorgt ferner, dass durch die Anerkennung der russischen Eroberungen in der Ukraine andere Länder auf die Idee kommen könnten, auch für sie seien Angriffskriege profitabel, um sodann einer revisionistischen Geschichtspolitik

46 Vgl. Kasten-Dirk Hinzmann: Akt der Verzweiflung? Selenskyj bietet Putin Gebiete an – unter einer Bedingung, in: Frankfurter Rundschau, 30.11.2024, <https://www.fr.de/politik/ukraine-krieg-verhandlungen-selenskyj-gebiete-nato-beitritt-russland-putin-93442361.html> [Stand: 04.12.2024].

47 „Jemanden in Moskau überleben, um Ziele zu erreichen“. Selenskyj lässt Raum für zeitweise Gebietsabtretungen, in: Tagesspiegel, 20.11.2024, <https://www.tagesspiegel.de/internationales/lage-im-ueberblick-selenskyj-lasst-raum-fur-zeitweise-gebietsabtretungen-12736208.html> [Stand: 04.12.2024].

48 Selenskyj schlägt Nato-Schutz für unbesetzte Gebiete der Ukraine vor, in: Zeit Online, 30.11.2024, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-11/ukraine-wolodymyr-selenskyj-waffenstillstand> [Stand: 04.12.2024]; Nato-Sicherheitsgarantien. Selenskyj: Gebietsverzicht - unter einer Bedingung, in: ZDFheute, 30.11.2024, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/selenskyj-nato-gebiet-verzicht-ukraine-krieg-russland-100.html> [Stand: 04.12.2024].

49 Vgl. den jüngsten Bericht der vom UN Human Rights Council eingerichteten Independent International Commission of Inquiry on Ukraine, 25.11.2024, https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/coiukraine/A_79_4632_AUV.pdf [Stand: 04.12.2024].

Vorrang vor dem Völkerrecht zu gewähren. Vielerorts stünden dann längst akzeptierte Grenzbeziehungen wieder in Frage.⁵⁰

Außerdem droht ein Glaubwürdigkeitsverlust. Überall auf der Welt hat man das Versprechen des Westens registriert, die Ukraine „so lange wie nötig“ zu unterstützen, damit sie ihre territoriale Integrität wiederherstellen könne. Besonders die Staaten des Globalen Südens werden diese wiederholten Zusagen mit dem Kriegsende abgleichen und dann ihre Schlüsse ziehen, wie ernst die Versprechungen westlicher Staaten zu nehmen sind.⁵¹

In der Sicht des Kremls ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine Teil des weltweiten Widerstands gegen das „liberal-globalistische Sendungsbewusstsein“ des „kollektiven Westens“. Putins ideologisches Projekt einer durch Russland geschaffenen „multipolaren Weltordnung“ soll propagandistischen Nebel produzieren und so den klaren Blick auf das imperialistische Wesen des Putinismus erschweren. Ohne seine Eroberungszüge in der Ukraine wäre Putin ein russischer Präsident geblieben, der es nicht schafft, sein Land zu modernisieren. Als Feldherr gibt er sich als entschlossener Herausforderer des Westens und findet damit Respekt bei anderen Autokraten und politischen Akteur:innen im Globalen Süden.⁵²

Tatsächlich ist Russland seit einigen Jahren mit Waffen- und Energielieferungen sowie mit Söldnertruppen erfolgreich in Afrika tätig. Moskaus Vorteil liegt darin, dass der Kreml keine politische Agenda verfolgt. Er unterstützt einfach diejenigen, die

ihn bezahlen.⁵³ Das BRICS-Gipfeltreffen in der geschichtsträchtigen Wolga-Stadt Kasan, an dem 36 Staaten mit ihren Staatschefs oder hochrangigen Regierungsvertreter:innen teilnahmen, nutzte der stolze Gastgeber Putin Mitte Oktober, um trotz westlicher Sanktionen seine internationale Handlungsfähigkeit zu demonstrieren.⁵⁴

Umsturz in Syrien

Anfang Dezember musste der russische Präsident bei seinen Großmachtambitionen einen schweren Rückschlag und einen globalen Imageschaden hinnehmen. In Syrien brach die seit 54 Jahren mit Moskau eng verbundene Diktatur wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Die aufständischen Truppen marschierten bis Damaskus durch, weil die syrische Armee keinerlei Bereitschaft zeigte, für die Macht des brutalen Diktators Baschar Al-Asad in den Kampf zu ziehen. Auch Russland unternahm keine Anstrengungen, seinem Langzeit-Verbündeten zur Hilfe zu eilen. Zum einen wusste der Kreml, wie brüchig die syrische Diktatur geworden war. Zum anderen hat für Russland der Krieg gegen die Ukraine oberste Priorität. Dort sind die russischen Militärkapazitäten derart gebunden, dass die Moskauer Führung es sich nicht leisten konnte, Verbände nach Syrien zu entsenden. Den russischen Streitkräften fehlen längst die Kräfte, um sich gleichzeitig in mehreren militärischen Konflikten zu engagieren.

Der Umsturz in Syrien bedeutete für Russland eine folgenschwere Niederlage, weil seine Streitkräfte im syrischen Tartus ihren einzigen Flottenstützpunkt im Mittelmeer und in der Nähe der Hafenstadt Latakia den wichtigen Militärflughafen Hmeimim unterhalten. Diese beiden russischen Militärbasen ermöglichen es, Druck auf die Südostflanke der NATO auszuüben. Sie gelten ferner als russische Einflusspunkte im Nahen Osten und als Drehscheiben zur Versorgung russischer Kräfte in

50 Vgl. Andreas Umland: *How Ukraine's Fight Solves Global Problems*, in: *The National Interest*, 12.08.2024, <https://nationalinterest.org/feature/how-ukraine%E2%80%99s-fight-solves-global-problems-212297v> [Stand: 04.12.2024].

51 Vgl. Claudia Major/Jana Puglierin: *Die Verantwortung des Westens für die Zukunft der Ukraine*, in: *Internationale Politik*, 23.08.2024, <https://internationale-politik.de/de/die-verantwortung-des-westens-fuer-die-zukunft-der-ukraine> [Stand: 04.12.2024].

52 Vgl. Zygar (wie Anm. 20); Felix Durach: *Russlands zukünftige Strategie: Putin spricht* in Artikel von „neuer Weltordnung“, in: *Frankfurter Rundschau*, 29.11.2024, <https://www.fr.de/politik/russlands-zukuenftige-strategie-putin-spricht-in-artikel-von-neuer-weltordnung-zr-93435674.html> [Stand: 04.12.2024].

53 Vgl. die Reportage: *Putins Afrika-Deals - Söldner gegen Rohstoffe*, in: *ZDFinfo*, 26.11.2024, <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfinfo-doku/putins-afrika-deals-soeldner-gegen-rohstoffe-100.html> [Stand: 04.12.2024]. Adler (wie Anm. 21), S. 161-174.

54 *Gipfeltreffen in Kasan. Putin begrüßt seine BRICS-Partner*, in: *Tagesschau.de*, 22.11.2024, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/brics-gipfel-putin-100.html> [Stand: 04.12.2024].

Afrika. Der drohende Verlust von Tartus und Hmeimim stellt die russische Präsenz in Afrika vor große logistische Herausforderungen. Das russische militärische Transportflugzeug Iljuschin Il-76 hat eine Reichweite von 5.000 Kilometer. Wegen der Sperrung des ukrainischen Luftraums kann es ohne Zwischenlandung in Hmeimim nun selbst Libyen nicht mehr mit voller Ladung erreichen. In diesem vom Bürgerkrieg zerrütteten nordafrikanischen Land versucht General Khalifa Haftar gerade mit russischer Unterstützung, das gesamte Land unter seine Kontrolle zu bringen. Für ihn wird es jetzt schwieriger werden, ein zentralisiertes militärisches Regime zu errichten.

Nach 2014 ist Russland zum größten Rüstungslieferanten in Afrika aufgestiegen und hat sich neben der Waffenhilfe sogar mit Söldnertruppen in die inneren Angelegenheiten von 23 afrikanischen Ländern eingemischt. Ohne die beiden syrischen Militärbasen wird es kaum möglich sein, dieses große Engagement aufrechtzuerhalten. Das wird Folgen für die regionalen Machtverhältnisse zu Ungunsten prorussischer Kräfte haben und sich auf Moskaus Ansehen bei afrikanischen Despoten sowie Warlords auswirken. In Europa machen der rasante Umsturz in Syrien und der damit verbundene Rückzug der russischen Streitkräfte den Regierungen deutlich, wie verwundbar Russland ist. Die Kyjiver Regierung muss allerdings fürchten, dass der Kreml seine strategische Niederlage in Syrien mit militärischen Erfolgen gegen die ukrainische Armee vergessen machen will.⁵⁵

55 Dominika Cosic: Russland muss sich entscheiden: Syrien oder Ukraine. Alles auf einmal geht nicht!, in: Euronews, 14.12.2024, <https://de.euronews.com/my-europe/2024/12/14/russland-muss-sich-entscheiden-syrien-oder-ukraine-alles-auf-einmal-geht-nicht> [Stand: 12.12.2024]; Gustav Gressel: Russland hat „keine großen Reserven“, in ZDFheute, 13.12.2024, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/syrien-russland-einfluss-ukraine-krieg-100.html> [Stand: 12.12.2024]; Jan-Frederik Wendt: Syrien-Blamage für Putin: Ukraine muss Russlands Rache fürchten, in: Frankfurter Rundschau, 14.12.2024, <https://www.fr.de/politik/putin-russland-syrien-ukraine-krieg-assad-sturz-oreschnik-selenskyj-93468718.html> [Stand: 12.12.2024].

Frieden durch Stärke: Der Trump-Kellogg-Plan

Mit seiner bemerkenswerten Bereitschaft zu territorialen Konzessionen reagierte Selenskyj auf den Sieg Donald Trumps bei den US-Präsidentenwahlen Anfang November. In seinem ersten Glückwunschtelegramm äußerte der ukrainische Präsident die Hoffnung, der Wahlsieger werde nach seinem erneuten Einzug ins Weiße Haus der Ukraine helfen, zu einem „gerechten Frieden“ zu kommen. Explizit forderte Selenskyj Trump dazu auf, mit einer „Politik der Stärke“ Russland entgegenzutreten.⁵⁶

Während seines Wahlkampfes hatte sich Trump kritisch über die US-amerikanische Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen Russland geäußert und vollmundig angekündigt, er werde den Krieg umgehend beenden. Die Erklärung, wie er das erreichen wolle, blieb er allerdings schuldig. Seitdem gibt es großes Rätselraten über Trumps Ukraine-Pläne, zumal er als internationaler „Deal-maker“ kaum Erfolge vorweisen kann. Während seiner ersten Präsidentschaft hatte er die Beziehungen zu Nordkorea entspannen wollen, konnte jedoch nichts erreichen. Heute liefert der nordkoreanische Diktator Kim Jong-Un Russland Munition, Militärgüter sowie Soldaten und trägt damit zur internationalen Eskalation bei.

Je länger Trump nichts Konkretes zur Ukraine verlauten lässt, desto mehr Aufmerksamkeit erhalten Papiere aus seinem näheren Umfeld und die Aussagen derjenigen, die in der neuen Trump-Administration wichtige Ämter übernehmen sollen. Bereits während des Wahlkampfes verkündete Trumps designierter Vizepräsident James D. Vance Eckpunkte eines Strategiepapiers, an dem der frühere hochrangige Militär Keith Kellogg seit April 2024 arbeitet. Kellogg war schon während Trumps erster Präsidentschaft als Sicherheitsberater tätig gewesen. Als er Ende November als zukünftiger Sondergesandter für die Ukraine und Russland vorgestellt wurde, deutete Trump damit, dass Kellogg seine Blaupause nach dem 20. Januar 2025

56 Selenskyj gratuliert Trump zu „beeindruckendem Wahlsieg“, in: Zeit Online, 06.11.2024, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-11/us-wahl-donald-trump-reaktionen-viktor-orban-emmanuel-macron> [Stand: 04.12.2024].



umsetzen solle, um das vollmundige Versprechen eines „Frieden durch Stärke“ zu erfüllen.⁵⁷

Mehrfach war Kellogg in die Ukraine gereist, um sich vor Ort ein Bild von der Kriegssituation zu machen. Er kritisierte die widersprüchliche Politik der Biden-Administration. Sie habe die Ukraine nur unzureichend militärisch ausgerüstet und leichtsinnig darauf vertraut, dass das Land die russischen Streitkräfte zurückdrängen könne. Dieses risikoscheue Vorgehen sei für Putin leicht ausrechenbar gewesen. Waffenlieferungen, so betonte Kellogg, seien nur sinnvoll, wenn sie dazu

führen, beide Seiten an den Verhandlungstisch zu bringen.⁵⁸

Kelloggs Plan setzt auf eine Mischung von Anreizen und Erpressung. Der aktuelle Frontverlauf solle zunächst als Demarkationslinie eingefroren werden. Weigere sich die Ukraine, würde sie keine weiteren US-Hilfen mehr erhalten. Stelle sich Russland quer, würden die USA die Ukraine so aufrüsten, dass die russische Armee schwer in Bredouille geraten könnte. Die von der Ukraine geforderte NATO-Mitgliedschaft würde – so Kellogg – auf unbestimmte Zeit verschoben. Dafür erhielt das angegriffene Land aber die seit langem ersehnten Sicherheitsgarantien. Zum einen würden sich die USA dafür einsetzen, dass die Ukraine eine starke Militärmacht bleibe; zum anderen schlägt Kellogg

Donald Trump empfängt Wolodymyr Selenskyj am 27. September 2024 im Trump Tower.

*Bild: Picture Alliance/
Fotografien:
Shannon Stapleton*

57 Vgl. Sebastina Hesse: US-Sondergesandter Kellogg. Trumps Mann für das Ende des Ukraine-Kriegs, in: Tagesschau.de, 29.11.2024, <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/trump-ukraine-kellogg-100.html> [Stand: 04.12.2024]; Nikolas Busse: Kellogg-Doktrin. „America first“ auch im Ukraine-krieg, in: FAZ.net, 03.12.2024, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/usa-und-die-ukraine-was-bedeutet-america-first-fuer-den-krieg-110148897.html> [Stand: 04.12.2024].

58 Vgl. Roland Peters: Sein Werkzeug ist Erpressung. Dieser Mann soll für Trump den Ukraine-Krieg beenden, in: N-TV.de, 29.11.2024, <https://www.n-tv.de/politik/Sein-Werkzeug-ist-Erpressung-Dieser-Mann-soll-fuer-Trump-den-Ukraine-Krieg-beenden-article25396395.html> [Stand: 04.12.2024].



Karte:
Peter Palm

die Stationierung europäischer Streitkräfte in der Ukraine vor, um die Waffenruhe an der über 1.000 Kilometer langen Demarkationslinie abzusichern. Damit wäre ein gewisser Schutz gegeben, um den militanten Antiukrainismus des Kremls einzudämmen. Russland dürfe im Gegenzug die besetzten ukrainischen Gebiete vorerst behalten; außerdem stellen die USA die Lockerung westlicher Wirtschaftssanktionen in Aussicht.⁵⁹

Mission Impossible: Spielt Russland mit?

Zweifel bleiben, ob Kelloggs Plan nach dem 20. Januar 2025 aufgehen wird. Auf Kyjiv kann Trump jederzeit Druck ausüben. Obwohl Selenskyj aktuell die schnelle NATO-Mitgliedschaft seines Landes als „überlebenswichtig“ bezeichnet, hatte der ukrainische Präsident schon im Frühjahr 2022 angeboten, darauf im Gegenzug für einen Waffenstillstand zu verzichten. Damals waren die Verhandlungen mit Russland daran gescheitert, dass weder Russland

noch die westlichen Mächte zu scharf gestellten Sicherheitsgarantien bereit waren.⁶⁰ Der Kellogg-

60 Über die im April 2022 gescheiterten Verhandlungen in Istanbul ist der Mythos im Umlauf, London und Washington hätte die Ukraine dazu gebracht, das Verhandlungspapier nicht zu unterzeichnen. Für diese Fehlinterpretation werden einzelne Aussagen aus dem Kontext gerissen oder verzerrt dargestellt. Zu gründlichen Analysen der damaligen Verhandlungen vgl. Gesine Dornblüth/Sabine Fischer: Krieg in der Ukraine. Der lange Weg zum Frieden, in: Deutschlandfunk, 15.02.2024, <https://www.deutschlandfunk.de/russland-und-die-ukraine-der-lange-weg-von-friedensverhandlungen-dlf-de6ddcd7-100.html> [Stand: 04.12.2024]; Andreas Rüesch: Wäre ein Frieden zwischen Russland und der Ukraine schon vor zwei Jahren möglich gewesen? in: NZZ, 13.06.2024, <https://www.nzz.ch/international/ukraine-krieg-blockierte-der-westen-2022-einen-frieden-mit-russland-ld.1834618> [Stand: 04.12.2024]; Tetyana Klug: Faktencheck. Wer verhindert den Frieden in der Ukraine?, in: DW.de, 15.09.2024, <https://www.dw.com/de/faktencheck-wer-verhindert-friedensverhandlungen-zwischen-russland-und-der-ukraine/a-70199466> [Stand: 04.12.2024]; *Newly published documents from invasion's first weeks reveal Putin's plans to render post-war Ukraine powerless*, in: Meduza, 04.11.2024, <https://meduza.io/en/feature/2024/11/04/journalists-obtain-russia-s-initial-proposals-from-march-2022-negotiations-revealing-putin-s-plans-for-post-war-ukraine> [Stand: 04.12.2024].

59 Vgl. Miguel Sanches/Dirk Hautkapp: Trumps General für den Ukraine-Krieg: So will er ihn beenden, in: Berliner Morgenpost, 28.11.2024, <https://www.morgenpost.de/politik/article407778600/trumps-general-fuer-den-ukraine-krieg-so-will-er-ihn-beenden.html> [Stand: 04.12.2024].

Plan hat dafür eine Lösung, die für Kyjiv angesichts der sich bedrohlich zuspitzenden Kriegslage akzeptabel werden könnte.⁶¹

Letztlich kommt es auf die Kriegstreiber in Moskau an. Angesichts der sich zuspitzenden Erschöpfungszustände in der Ukraine sieht der Kreml gerade, wie seine Zermürbungsstrategie immer mehr aufgeht. Deshalb ist auf russischer Seite keinerlei Bereitschaft zu erkennen, von ihrer Maximalposition abzurücken. Als der deutsche Kanzler Scholz Mitte November nach zwei Jahren Gesprächspause wieder mit Putin telefonierte, erfuhr er aus erster Hand, dass der russische Staatschef damals zu keinerlei Zugeständnissen bereit war.⁶² Der Kreml schließt das Einfrieren der aktuellen Front aus. Stattdessen wird gebetsmühlenartig der Abzug aller ukrainischen Truppen aus den von Russland im September 2022 annektierten Gebieten gefordert.⁶³ So könnte sich Moskau weitere Rohstoffvorkommen, Agrarflächen und vor allem Industriestädte wie die 750.000 Einwohner zählende Gebietshauptstadt Saporischschja als zusätzliche Kriegsbeute sichern. Zudem böte das der russischen Armee Aufmarschgebiete auf dem westlichen Dnipro-Ufer, um von dort aus einem militärischen Drohszenarium mehr Wirkkraft zu verleihen.

Beim Wiederaufbau der besetzten Kriegsregionen setzt Russland auf den Neubau des im Juni 2023 gesprengten Flusskraftwerks Kachowka. Das Wasser des so wiedererstellenden Stausees wird dringend benötigt, um große landwirtschaftliche Flächen im Gebiet Cherson zu bewässern. Über den Nordkrim-Kanal erhielt auch die Halbinsel Krim zuvor über 80 Prozent ihres Wassers aus dem Dnipro. Der Kachowka-Stausee versorgte außerdem Europas

größtes Atomkraftwerk Saporischschja mit dem notwendigen Kühlwasser. Die Wiederaufnahme des Betriebs der dortigen sechs Reaktoren erfordert daher die erneute Befüllung des Stausees.⁶⁴

Der eigentliche Knackpunkt besteht in der russischen Forderung, die Ukraine zu demilitarisieren. Schon während der Istanbul-Gespräche im Frühjahr 2022 hatte die russische Seite auf eine drastische Reduzierung der ukrainischen Streitkräfte gedrängt. Das hätte die Ukraine wehrlos gemacht. Die Kyjiver Verhandlungsführer konnten dem unter keinen Umständen zustimmen. Sie waren sich sicher, dass Russland diese Situation der weitgehenden Entwaffnung schon bald ausnutzen würde, um erneut in die Ukraine einzufallen. Auch die von der ukrainischen Delegation informierten Politiker:innen in London und Washington hatten gleich erkannt, dass die von Moskau geforderte Demilitarisierung zu einer schrittweisen Kapitulation der Ukraine und ihrer vollständigen Unterwerfung unter das Moskauer Joch geführt hätte.⁶⁵

Aus russischer Sicht ist die Diplomatie lediglich die „Papierflanke“ des Kriegs. Ein Waffenstillstand gilt darum nicht als Form des Interessenausgleichs. Er erscheint nur als akzeptabel, wenn er die Position Russlands – inklusive der Ausgangslage für die zukünftige russische Kriegsführung – verbessert.⁶⁶ Kelloggs Plan erfüllt diese Bedingung nicht, weil er statt der Demilitarisierung der Ukraine die dauerhafte Aufrüstung ihrer Militärmacht vorsieht. Das erklärt, warum das offizielle Russland sehr zurückhaltend auf Trumps Wahlsieg reagiert hat.⁶⁷

Die Ukraine bemüht sich inzwischen, das Trump-Team davon zu überzeugen, dass für die USA die weitere Unterstützung der Ukraine ein guter „Deal“ sein könnte. Putin – so Selenskyj – sei der Einzige, der aus Gründen seines politischen Machterhalts „an den Krieg glaubt“ und Trump nun

61 Vgl. Thomas Jäger: Frieden durch Ukraine-Aufrüstung? Was Kellogg plant, ist keine Waffenruhe, in: N-TV.de, 28.11.2024, <https://www.n-tv.de/media-thek/videos/politik/Jaeger-Was-Kellogg-plant-ist-keine-Waffenruhe-article25394593.html> [Stand: 04.12.2024].

62 Scholz telefoniert erstmals seit zwei Jahren mit Putin, in: Tagesschau.de, 15.11.2024, <https://www.tagesschau.de/inland/scholz-telefonat-putin-100.html> [Stand: 04.12.2024].

63 Kreml schließt Einfrieren des Ukraine-Krieges aus, in: Stern.de, 20.11.2024, <https://www.stern.de/politik/ausland/russisch-ukrainischer-krieg-kreml-schliesst-einfrieren-des-ukraine-krieges-aus-35242382.html> [Stand: 04.12.2024].

64 Vgl. Gestwa (wie Anm. 6).

65 Vgl. Anm. 60.

66 Vgl. Gustav Gressel: Strategie der Ukraine. Was hinter Selenskyjs „Siegessplan“ steckt, in: Tagesschau.de, 21.09.2024, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/potenzielle-friedensverhandlungen-ukraine-100.html> [Stand: 04.12.2024].

67 Vgl. Denis Trubetskoy: Russland wird blocken, in: N-TV.de, 29.11.2024, <https://www.n-tv.de/media-thek/videos/politik/Wurden-gefuehlt-Tausende-Trump-Friedensplaene-geleakt-article25397489.html> [Stand: 04.12.2024].

scheitern sehen möchte.⁶⁸ Ferner betont der ukrainische Präsident, wie schon in seinem „Siegessplan“ formuliert, dass sich bei der Erschließung des Wirtschaftspotenzials der Ukraine für US-Firmen lukrative Profitmöglichkeiten bieten. So hofft der ukrainische Präsident den Geschäftsmann Trump dazu zu bringen, mit der vereinten Stärke von Waffen und Diplomatie Russland einen nachhaltigen Waffenstillstand abzurufen, um das Überleben der selbständigen Ukraine zu sichern.⁶⁹

Gegenwärtig lässt sich nicht einschätzen, wie viel Unterstützung Trump Kellogg gewähren wird. In einem Interview am 12. Dezember kritisierte Trump scharf die der Ukraine erteilte Erlaubnis, mit ATACMS militärische Ziele in Russland anzugreifen. Das verstärkte die Sorgen in der Ukraine und Europa, dass Trump nach seinem Amtsantritt die militärische Unterstützung der Ukraine merklich zurückfahren oder sogar stoppen könnte.⁷⁰ Wollen die USA Kelloggs Plan wirklich umsetzen, dann könnten sie bald aber mit der Notwendigkeit konfrontiert sein, die militärische Unterstützung der Ukraine hochzufahren. Putins fortgesetzte Weigerung, einer diplomatischen Lösung zuzustimmen, hätte dann statt des Beginns von Verhandlungen vielmehr eine weitere Eskalation zur Folge. Während der kommenden Monate ist daher mit neuen Dynamiken zu rechnen. Es fragt sich nur, ob sie diplomatischer oder militärischer Natur sein werden.

Herausforderungen für Europa und Deutschland

Von der EU fordern die USA seit langem, sie müsse mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen. Die frühere estnische Ministerpräsidentin

und gerade neu ins Amt der EU-Außenbeauftragten gewählte Kaja Kallas hat darum Anfang Dezember 2024 schon eine europäische Friedenstruppe zur Absicherung eines möglichen Waffenstillstands in der Ukraine ins Gespräch gebracht.⁷¹

Politische Anstrengungen gibt es ferner, um eine europäische Rückfalloption zu schaffen, falls die USA ihre Waffenlieferungen an die Ukraine einstellen sollten.⁷² Bei dieser Initiative zur Bildung einer „Koalition der Willigen“ wird Deutschland kaum außen vor bleiben können. Am 19. November 2024 verabschiedete der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius gemeinsam mit Amtskolleg:innen aus Frankreich, Großbritannien, Italien und Polen eine Erklärung: Angesichts des von Russland fortgesetzten Frontalangriffs auf die „europäische Sicherheitsarchitektur“ müssten die Verteidigungsausgaben bald über die bisher geltende Zielvorgabe von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht werden.⁷³

Zugleich hat in Deutschland und Polen eine Diskussion darüber begonnen, ob eigene Soldaten für eine mögliche Friedenstruppe in der Ukraine abgestellt werden.⁷⁴

68 Selenskyj: Putin eskaliert vor Trump-Übernahme, in: ZDFheute, 29.11.2024, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/selenskyj-trump-putin-ukraine-krieg-russland-100.html> [Stand: 04.12.2024].

69 Vgl. Sonja Thomaser: Plan für Ukraine-Krieg von Trumps Sondergesandten Kellogg durchgesickert – „Keine weiteren Vorstöße“, in: Frankfurter Rundschau, 30.11.2024, <https://www.fr.de/politik/kellogg-sondergesandten-ukraine-russland-krieg-trump-nominiert-ex-general-zr-93436991.html> [Stand: 04.12.2024].

70 2024 Person of the Year Interview With TIME, in: TIME.com., 12.12.2024, <https://time.com/7201565/person-of-the-year-2024-donald-trump-transcript/> [Stand: 14.12.2024].

71 Vgl. Alexandra Brzozowski: EU-Truppen in der Ukraine: Chefdiplomatin möchte ‚alle Optionen offenhalten‘, in: EURACTIV, 02.12.2024, <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/eu-truppen-in-der-ukraine-chefdiplomatin-moechte-alle-optionen-offenhalten/> [Stand: 04.12.2024].

72 „Koalition der Willigen“. Masala hält Entsendung von Bodentruppen in die Ukraine für denkbar, in: N-TV.de, 26.11.2024, <https://www.n-tv.de/politik/Masala-haelt-Entsendung-von-Bodentruppen-in-die-Ukraine-fuer-denkbar-article25387009.html> [Stand: 04.12.2024]; Patrick Mayer: Samt Bodentruppen? Koalition der Willigen formiert sich gegen Wladimir Putin, in: Merkur.de, 26.11.2024, <https://www.merkur.de/politik/samt-bodentruppen-koalition-der-willigen-formiert-sich-gegen-wladimir-putin-zr-93430710.html> [Stand: 04.12.2024].

73 Gemeinsame Erklärung der Außenministerinnen und -minister Deutschlands, Frankreichs, Polens, Italiens, Spaniens und des Vereinigten Königreichs in Warschau, in: Auswärtiges Amt. Pressemitteilung, 19.11.2024, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2685616-2685616> [Stand: 04.12.2024].

74 Mögliche Ukraine-Friedenstruppe. Pistorius schließt Bundeswehr-Einsatz nicht aus, in: Tagesschau.de, 05.12.2024, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-friedenstruppe-bundeswehr-100.html> [Stand: 12.12.2024].

Solange Putin ein bisschen Waffenruhe gegen Land eintauschen kann und er sieht, wie er mit seiner Angstpolitik Politik und Öffentlichkeit in Europa spalten und destabilisieren kann, gibt es für ihn keinen Grund, von seinem hybriden Kriegskurs abzugehen. Zugleich wird die russische Gesellschaft durch propagandistische Trommelfeuer und militaristische Bildungskampagnen immer mehr auf den Krieg eingeschworen.⁷⁵

Militärfachleute warnen immer eindringlicher vor der fortschreitenden Hochrüstung des Militärpotenzials Russlands. Erklärtes Ziel Putins sei eine Armeestärke von 1,5 Millionen Mann. Dieses werde schon in einigen Jahren erreicht sein. Es gelte, sich deshalb darauf vorzubereiten, dass Russland im Austesten der Bündnisfähigkeit der NATO eine „mögliche Handlungsoption“ sehen und so hochexplosive Konfliktsituationen provozieren könnte. Verhindern lasse sich das nur durch eine nachhaltige Abschreckungs- und effiziente Eindämmungsstrategie.⁷⁶

Die am Kieler Institut für Weltwirtschaft tätigen Ökonomen Johannes Binder und Moritz Schularick rechneten zuletzt vor, dass die jährliche militärische Unterstützung Deutschlands für die Ukraine nur 0,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Sie fällt damit sowohl im Verhältnis zu anderen europäischen Staaten als auch im Vergleich zu den deutschen Leistungen während des ersten Golfkriegs 1990-1991 recht gering aus. Deutschland müsse nicht nur aus politischen, sondern auch aus wirtschaftlichem Eigeninteresse seine Waffenhilfe für die Ukraine deutlich steigern. Ein russischer Sieg würde etwa 10- bis 20-mal höhere Kosten als die derzeitigen militärischen Unterstützungsleistungen bedeuten: für noch höhere Militärausgaben, für zusätzliche Geflüchtete und für Handels- sowie Investitionsverluste im Ukraine-Geschäft.⁷⁷

Die Debatte um den zukünftigen russland- und sicherheitspolitischen Kurs wird den schon angebrochenen Wahlkampf in Deutschland wesentlich bestimmen. Das im öffentlichen Schlagabtausch entfachte diskursive Feuer erhitzt in den jeweiligen medialen Blasen die politischen Gemüter. Die bitteren Realitäten der Zeitenwende sind bei den deutschen Parteien auf unterschiedliche Weise angekommen. Die einen setzen auf einen Friedenspopulismus und träumen in ihrem kompromisslosen „Friedenskurs“ davon, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, um mit Russland erneut gute Beziehungen unterhalten und die Friedensdividende weiter abschöpfen zu können. Andere warnen vor der scheinpazifistischen Blauäugigkeit gegenüber den weiteren Zielen Putins, der nicht verhehlt, dass es für seine russische Welt keine Grenzen gebe.⁷⁸

Klar ist, dass die in Deutschland langgehegte Geborgenheit im gesicherten Frieden und Wohlstand ein Ende gefunden hat. Angesichts der sich immer höher auftürmenden Krisenkaskade gilt es, fortan ein wachsendes Maß an Unsicherheit und Ungewissheit auszuhalten. Niedergangsprophetien schränken die politische Handlungsfähigkeit ein. Deshalb riet kürzlich der vormalige Bundespräsident Joachim Gauck zu mehr Verantwortungsbewusstsein und Selbstvertrauen: „Die Werte, für die wir stehen, und die Gemeinschaft, die wir bilden, sind unsere stärksten Waffen gegen Aggression und Spaltung. Anstatt unseren Ängsten zu folgen, sollten wir Mut und Entschlossenheit wählen. Angst zu empfinden, ist menschlich. Aber wir dürfen nie vergessen: Auch Mut ist eine menschliche Möglichkeit.“⁷⁹ Das Jahr 2025 verspricht allemal spannend und wegweisend zu werden. 🌱

75 Vgl. Tina Akumowa: So züchtet Putin neues „Kanonenfutter“, in: MDR.de, 07.08.2023, <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/russland-indoktrination-militarisierung-schule-patriotismus-100.html> [Stand: 04.12.2024]; Ina Ruck: Wie der Krieg Russlands Gesellschaft formt, in: Tagesschau.de, 19.11.2024, https://www.tagesschau.de/ausland/europa/1000-tage-ukraine-krieg-russland-100.html?utm_source=pocket-newtab-de-de [Stand: 04.12.2024].

76 Vgl. Decker/Schulz (wie Anm. 40).

77 Vgl. Johannes Binder/Moritz Schularick: *The costs of not supporting Ukraine*, in: Kiel Policy Brief, Nr. 179, November 2024, <https://www.ifw-kiel.de/publications/the-costs-of-not-supporting-ukraine-33410/> [Stand: 04.12.2024].

78 Vgl. Karl Schlögel: Russland ist der Feind, in: Spiegel.de, 24.11.2024, <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-krieg-osteuropa-historiker-karl-schloegel-russland-ist-der-feind-a-699337dce8d-4f68-83a7-52af16dd396b> [Stand: 04.12.2024].

79 Joachim Gauck: Rede anlässlich der Verleihung des Benediktpreises in Mönchengladbach, 05.12.2024, <https://www.joachim-gauck.de/deutschland-europa/2024/benediktpreis-verleihung/> [Stand: 12.12.2024].

MUSIK UND POLITIK: DER SOUND DER ZEIT – KRISEN

WIE DUNKEL WIRD DIE ZUKUNFT?

Peter Fox: Zukunft pink



Peter Fox bei einem Auftritt im August 2024
Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Florian Wieser

Die Welt wird gebeutelt von verschiedensten Krisen. Seien es Kriege wie der völkerrechtswidrige Überfall auf die Ukraine, der Konflikt im Nahen Osten, der Krieg im Sudan oder wirtschaftliche Krisen, die uns beispielsweise durch Strafzölle aus Amerika drohen, Chinas wachsender Wirtschafts-imperialismus oder auch der in der demokratischen Welt um sich greifende Rechtsruck und Rechtspopulismus, welche unser friedliches Zusammenleben massiv beeinträchtigen und künftig noch mehr belasten werden. Der Klimawandel kommt unausweichlich auf uns zu, es wirkt aber kaum so, als würde ein Konsens über Engagement für Gegenmaßnahmen herrschen, zum Teil hat man sogar den gegenteiligen Eindruck. Nach wie vor gilt: immer höher, größer, weiter, mächtiger. „Elon Musk, f*** dein Marsprojekt“, kommentiert Peter Fox in seinem Song. Wie kann man diese multiplen Krisen überall als individuelle Person noch fassen oder greifen? Es scheint, als ob die (politische) Welt, wie wir sie kennen, um uns herum zusammenbricht, „Alle malen schwarz“!

Fox gibt aber in dieser Zeit auch Hoffnung: „Ich seh' die Zukunft pink / Wenn du mich fragst, wird alles gut, mein Kind“. Er greift Schimmer am Horizont auf, indem er Bewegungen nennt, die die Welt verbessern können wie „Power to the People“, oder vorschlägt „Frauen rulen die Welt“. Ergänzen möchte ich hier noch Demokratie!

Schließlich zeigt aber Peter Fox auch die einzige Möglichkeit, wie wir als Weltgemeinschaft aus dieser Krise kommen können, nämlich indem jeder selbst seinen kleinen Teil dazu beiträgt: „Mach dein Ding [...] Und was nicht da ist, musst du erfinden“ und „schwarz, weiß, straight, gay (yeah) Liebe für alle und für mich selbst“; dann wird auch die Zukunft pink!

Nadja Renner

“THE CLASH – LONDON CALLING”



Thomas Coles viertes Gemälde „Destruction“ aus seiner Gemäldeserie „The Course of Empire“
Bild: Picture alliance/
World History Archive

„The ice age is coming, the sun's zoomin' in / Engines stop running, the wheat is growin' thin“ – so düster klingt es in „London Calling“ von The Clash und sofort ist man geneigt, den Inhalt der Zeilen mit der heutigen Situation abzugleichen. Wie im Jahr der Veröffentlichung des Liedes 1979 begegnen uns auch heute zahlreiche Krisen, seien dies die Erderwärmung, Kriege oder Wirtschaftskrisen. Die Krisen konvergieren und wir sind weit entfernt von Francis Fukuyamas Vorstellung vom „Ende der Geschichte“. Trotzdem scheinen viele Menschen Fukuyamas Narrativ internalisiert zu haben – sie sind „Zombies of Death“ und verharren angesichts der alarmierenden Probleme in einem gefährlichen Zustand der Lethargie und Untätigkeit.

Im Gegensatz dazu lässt sich das lyrische Ich in „London Calling“ von einem sich abzeichnenden Zusammenbruch (*Meltdown expected*) nicht lähmen und es hat auch keine Furcht (*But I have no fear*). Entsprechend wird die Jugend dazu aufgerufen, tätig zu werden und nicht in einen Stupor zu verfallen: „London calling to the underworld / Come outta the cupboard, ya boys and girls“.

Bewegungen wie „Fridays for Future“ haben bereits wichtige Schritte dahingehend unternommen, die Jugend zu politisieren und sie nicht zu „Zombies of Death“ verkommen zu lassen. Wo sind ihre Nachahmer? Und: Wer wird aus der eigenen Untätigkeit ausbrechen, um zu verhindern, dass die multiplen Krisen zu einer Vielzahl von Katastrophen mutieren?

David Simunovic

„SWEET SOUNDS OF HEAVEN“

– Krisenbewältigung mit den Stones und Lady Gaga



Mick Jagger und Lady Gaga 2023 im Racket Club in New York
Foto: Getty Images/
Fotograf: Kevin Mazur

Der Titel „*Sweet Sounds of Heaven*“ wurde am 28. September 2023 im Racket Club in New York zum ersten Mal live aufgeführt. In einer weiteren Sternstunde der wohl legendärsten Rockband aller Zeiten begeisterte nicht nur die großartige musikalische Begleitung Stevie Wonders, sondern auch die leidenschaftliche Gesangseinlage von Lady Gaga, die im Duett mit Mick Jagger den „Song zu einem großen, gospelartigen Finale“ (NYT) führte.

Das genreübergreifende Lied ist sehr assoziativ und poetisch konzipiert und thematisiert Ängste und Bedrohungen der menschlichen Existenz. Oft werden erst bei genauerem Zuhören die Anlehnungen an die antike Mythologie und biblische Motive deutlich, sodass viele Deutungsspielräume offenbleiben.

Unstrittig erscheint, dass im Sinne einer faustischen Dualität Krisen und Gefahren zentraler Bestandteil des Lebens sind („*You can´t have a light without a little shadow*“). Diesen gilt es sich laut („*loud*“), stolz („*proud*“) und entschlossen („*shout*“) entgegenzustellen. Alle Menschen sind eingeladen, den negativen Kräften eine klare Absage zu erteilen („*No, I´m not, not going down*“).

Nicht zweifellos geklärt wird jedoch, inwiefern von Gott bzw. den Göttern in dieser Hinsicht letztlich wirklich Hilfe und Unterstützung zu erwarten ist („*Hear the gods laughin´ from above of heaven / Fallin´ down, fallin´ down*“) und ob die zur Überwindung der Krisen nötigen himmlischen Kräfte nicht sogar „*from the earth*“ kommen müssten.

Erfreulicherweise endet die Auseinandersetzung der Stones mit transzendentalen Themen aber nicht mit einer simplen Glorifizierung einer hedonistischen Lebensweise („*Always need a target for your bow and arrow*“). Vielmehr lassen sich einige Zeilen durchaus als Aufruf zur Selbstreflexion interpretieren, die im Idealfall sogar ein leichtes Augenzwinkern enthält.

Denn wie sonst lässt sich die Aussage des 80-jährigen Jagers deuten, wenn er in sympathischer Selbstironie folgende „Lösung“ postuliert: „*Let the old still believe / That they´re young – YEAH!*“

Manfred Fischl

ZUM UMGANG MIT DER ANGST VOR EINEM ATOMKRIEG

– *Russians* von Sting (1985)



Sting 1985 bei einem Konzert in Deutschland
Foto: United Archives/SZ Photo

Auf seiner ersten Soloplatte „*The dream of the blue turtles*“ veröffentlichte Sting 1985 einen Song, der die düstere Stimmung des Kalten Krieges in den 1980er Jahren einfängt. In *Russians* wird die Sorge vor einer möglichen Eskalation des Ost-West-Konflikts spürbar, die damals wie ein Damoklesschwert über der Welt zu hängen schien.

Spätestens seit der Kubakrise 1962 war klar geworden, dass eine militärische Konfrontation der Supermächte jederzeit im Bereich des Möglichen lag. Den Menschen blieb nichts anderes als das Vertrauen darauf, dass die verantwortlichen Politiker diesen Weg angesichts nicht kalkulierbarer nuklearer Eskalationspotentiale nicht einschlagen würden. Doch die Angst davor war omnipräsent, wie es Sting auch in *Russians* ausdrückt: *In Europe and America/There´s a growing feeling of hysteria/.*

Der von 1981 bis 1989 regierende US-Präsident Ronald Reagan verfolgte die Taktik den Druck auf die wirtschaftlich zunehmend in Bedrängnis geratende Sowjetunion zu erhöhen, indem er die Rüstungsspirale zunächst antrieb. Gegen Reagans verschärfte Kriegsrhetorik und die These, ein Krieg der Supermächte könne mit überlegenen Waffen gewonnen werden, erhoben sich Proteste. Auch Sting erteilt dieser Theorie in *Russians* eine Absage: *There´s no such thing as a winnable war/It´s a lie we don´t believe anymore. /We share the same biology/Regardless of ideology/What might save us, me and you/Is if the Russians love their children too.*

In den 90er Jahren schien diese deprimierende Stimmung nach dem Kollaps des kommunistischen Blocks ein für alle Mal überwunden. Niemand hätte sich in dieser optimistischen Zeit vorstellen können, dass sich wenige Jahrzehnte später eine vielleicht noch gefährlichere Situation entwickeln könnte.

Sting tritt heute mit seinem fast 40 Jahre alten Song wieder auf und bringt die Erinnerung an die fatalistisch-gefasste Stimmung der 80er Jahre zurück – und an die Botschaft, dass der Glaube an die Menschlichkeit nicht aufgegeben werden darf.

Monika Franz

ZUR BUNDESTAGSWAHL AM 23. FEBRUAR 2025

VERTRAUENSFRAGE UND MISSTRAUENSVOTUM

von Rupert Gröbl

Der Bundeskanzler und unter seiner Leitung die gesamte Bundesregierung verfolgen ganz konkrete politische Ziele. Zur Umsetzung dieser Ziele bedarf es rechtlicher Grundlagen in Form von Gesetzen. Diese werden in der Bundesrepublik vom Bundestag in Zusammenarbeit mit der Länderkammer, dem Bundesrat, beschlossen.



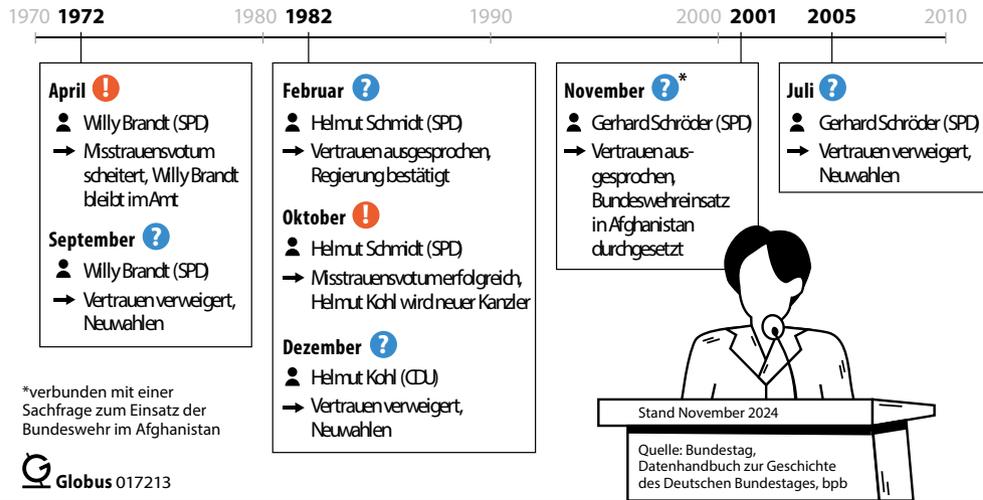
Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Bundestag auf einem Abgeordnetenstuhl. Am 16. Dezember 2024 stellt er die Vertrauensfrage.
Foto: Picture Alliance/Flashpic/Fotograf: Jens Krick

Vertrauensfrage und Misstrauensvotum

? Bei der **Vertrauensfrage** prüft der Kanzler bzw. die Kanzlerin, ob der Bundestag ihn oder sie noch unterstützt.

! Beim **konstruktiven Misstrauensvotum** kann der Bundestag den Kanzler oder die Kanzlerin abwählen und gleichzeitig eine Nachfolge ernennen.

 Kanzler
 Folge



Im April 1972 machten Abgeordnete erstmals vom Artikel 67 des Grundgesetzes Gebrauch: dem konstruktiven Misstrauensvotum. Damals versuchte der Oppositionsführer Rainer Barzel (CDU/CSU) erfolglos den Kanzler Willy Brandt (SPD) zu stürzen. Es kam nur noch zu einer Wiederholung im Jahr 1982 (siehe Text).

Foto: Picture Alliance/dpa/dpa-infografik GmbH

Ist sich der Kanzler nicht mehr sicher, ob er im Bundestag von einer absoluten Mehrheit der Abgeordneten bei der Verfolgung seiner Ziele unterstützt wird, kann er laut Artikel 68 des Grundgesetzes die sog. **Vertrauensfrage** stellen. Er kann die Vertrauensfrage auch mit der Abstimmung über ein konkretes Gesetz verbinden und so versuchen, die Parlamentsmehrheit – sofern er befürchtet, diese würde ihn bei einem ihm wichtigen Gesetz nicht unterstützen – zu disziplinieren.

Die Vertrauensfrage muss im Bundestag angekündigt werden und darf erst 48 Stunden später durchgeführt werden. Diese Frist dient dazu, allen Abgeordneten die Teilnahme zu ermöglichen und ihnen Zeit zu geben, sich der Bedeutung ihrer Entscheidung bewusst zu werden. Fällt die Vertrauensfrage negativ aus, so kann der Bundeskanzler den Bundespräsidenten um Auflösung des Bundestages bitten. Dies ist einer der wenigen Fälle, in denen der Bundespräsident über wirkliche Machtbefugnis verfügt. Der Bundespräsident muss nun innerhalb von 21 Tagen entscheiden, ob er den Bundestag auflöst oder den Kanzler dazu auffordert, mit einer sog. Minderheitsregierung – also einer Regierung, die nicht über eine Mehrheit im Bundestag verfügt – weiter zu regieren. Löst der Bundespräsident den Bundestag auf, so muss dieser laut Artikel 39 GG innerhalb von 60 Tagen neu gewählt werden.

Von der Vertrauensfrage abgegrenzt werden muss das sog. konstruktive **Misstrauensvotum**. Während bei Ersterer die Initiative vom Kanzler ausgeht, geht sie bei Zweiterem vom Bundestag aus. Laut Artikel 67 GG kann der Bundestag dem Kanzler – und nur ihm; nicht wie in der Weimarer Republik auch einzelnen Ministern – das Misstrauen aussprechen. Erfolgreich ist dies aber nur dann, wenn der Bundestag gleichzeitig einen neuen Kanzler wählt. Deshalb spricht man auch von einem konstruktiven Misstrauensvotum. Damit möchte man verhindern, dass es eine Phase ohne eine amtierende Regierung gibt. Die Weimarer Verfassung sah dieses konstruktive Element nicht vor; dort war es dem Reichstag möglich, den Kanzler abzuwählen, ohne sich gleichzeitig auf einen neuen zu verständigen.

Die Vertrauensfrage wurde bisher fünf Mal gestellt: Im September 1972 verweigerte die Mehrheit des Bundestages Kanzler Willy Brandt das Vertrauen und es kam im November desselben Jahres zu Neuwahlen, die die sozial-liberale Koalition aus SPD und FDP deutlich gewann.

Nach heftigen Diskussionen um Haushaltsfragen und auch um den NATO-Doppelbeschluss in der sozial-liberalen Koalition stellte Kanzler Helmut Schmidt im Februar 1982 die Vertrauensfrage, die positiv ausfiel.



Stimmenaus-
zählung im Bon-
ner Bundestag
am 27. April
1972. Für den
Misstrauens-
antrag der Op-
position gegen
Bundeskanzler
Willy Brandt
stimmten 248
Abgeordnete,
eine Stimme
weniger als die
zur Annahme
erforder-
liche absolute
Mehrheit.
*Foto: Pictu-
re Alliance/
dpa/Foto-
graf: Gerhard
Rauchwetter*

Im selben Jahr wechselte die FDP die Seiten und stürzte zusammen mit der CDU/CSU Kanzler Schmidt in einem Misstrauensvotum und wählte Helmut Kohl zum neuen Kanzler. Obwohl Kohl über eine Mehrheit im Bundestag verfügte – was sich daran zeigt, dass am 16. Dezember ein Haushalt verabschiedet wurde – stellte Kohl am 17. Dezember die Vertrauensfrage, die nun negativ ausfiel. Kohl wollte sich in Neuwahlen die Stimmung in der Bevölkerung zunutze machen, um für die bevorstehenden Aufgaben eine volle Legislaturperiode zur Verfügung zu haben. Trotz der Fragwürdigkeit dieser Vorgänge entschied sich Bundespräsident Carl Carstens (CDU), den Bundestag aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen. Das Bundesverfassungsgericht beschloss, diese Entscheidung des Bundespräsidenten als nicht verfassungswidrig einzuordnen und so kam es im März 1982

zu Neuwahlen, die erwartungsgemäß die Union gewann und es wurde eine Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP gebildet.

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat die Vertrauensfrage zweimal gestellt. Nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 in den USA rief die NATO den Bündnisfall nach Art. 5 des Nordatlantikpaktes aus und beschloss, das Taliban-Regime in Afghanistan, wo die Ausbildung der 9/11-Terroristen hauptsächlich stattgefunden hatte, militärisch zu stürzen. Damit sich die Bundesrepublik an dieser ‚Operation Enduring Freedom‘ beteiligen konnte, bedurfte es der Zustimmung des Bundestages. Da sich der Kanzler dieser Zustimmung durch seine Regierungsfaktionen nicht sicher war, verknüpfte er die Abstimmung darüber mit der Vertrauensfrage. Am 16. November 2001 stimmte der Bundestag der Beteiligung der

Bundesrepublik an o.g. Operation zu und sprach damit Kanzler Schröder das Vertrauen aus.

Im Mai 2005 wurde bei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen die letzte damals amtierende rot-grüne Koalition abgewählt. Bundeskanzler Schröder strebte daraufhin Neuwahlen zum Bundestag an und ging einen ähnlichen Weg wie 1982 Helmut Kohl. Obwohl er noch über eine Mehrheit im Bundestag verfügte, ging die von ihm gestellte Vertrauensfrage am 1. Juli negativ aus. Bundespräsident Horst Köhler löste am 21. Juli den Bundestag auf und ordnete für den 18. September 2005 Neuwahlen an. Eine Klage dagegen wurde vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen.

Nach dem Scheitern der Ampelkoalition aus SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP am 6. November dieses Jahres hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) angekündigt, er werde am 16. Dezember im Bundestag die Vertrauensfrage stellen. Vorausgesetzt, diese wird negativ ausfallen, kann Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier – so wie er es bereits angedeutet hat – den Bundestag auflösen und es kann am 23. Februar 2025 ein neuer Bundestag gewählt werden.

In der Geschichte der Bundesrepublik gab es bisher zwei Misstrauensvoten.

Die unter Kanzler Brandt begonnene neue Ostpolitik, die mit einer Reihe von Verträgen mit Staaten des Ostblocks versuchte, einen „Wandel durch Annäherung“ zu bewirken, fand nicht nur bei der Opposition, sondern auch beim Koalitionspartner FDP Widerspruch. Nachdem einige FDP-Abgeordnete aus ihrer Partei aus- und in die CDU eingetreten waren, glaubte die Union die Zeit für einen Machtwechsel mithilfe eines konstruktiven Misstrauensvotums gekommen. Die sichergeglaubte Mehrheit für ein solches Votum kam jedoch bei der Abstimmung im Bundestag am 27. April 1972 nicht zustande. Der Herausforderer, Rainer Barzel (CDU), erhielt nicht die nötige absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Wie sich nach dem Zusammenbruch der DDR herausstellte, hatten sich zwei Abgeordnete der CDU vom DDR-Ministerium für Staatssicherheit bestechen lassen und nicht für Barzel gestimmt. Die DDR-Führung unter Erich Honecker war der Auffassung mit einer Regierung unter Brandt besser zurecht zu kommen als mit einem Kanzler Barzel.

Aufgrund unterschiedlicher Meinungen zur Wirtschaftspolitik traten im September 1982 die vier FDP-Minister der sozial-liberalen Koalition von ihren Ämtern zurück. Am 1. Oktober 1982 schließlich kam es zum zweiten konstruktiven

Misstrauensvotum, das diesmal erfolgreich war. Nach heftigen Debatten im Bundestag wurde mit Stimmen der CDU/CSU und der FDP Schmidt ab- und Helmut Kohl (CDU) zum neuen Bundeskanzler gewählt. 🇩🇪



INFO

Aktuelle politische Vorgänge werden vom Direktor der BLZ Rupert Gröbl in Videos kurz und klar erklärt.





„DEINE STIMME“

- POLITISCHE BILDUNG (SPIELERISCH) NEU GEDACHT

Am 4. Dezember läuft nach dem Startschuss durch Frau Staatsministerin Anna Stolz mit dem Serious Game „Deine Stimme“ ein innovatives Projekt der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit an. Ziel dabei ist es, Jugendlichen ab 15 Jahren auf spielerische und interaktive Weise Demokratiebildung näherzubringen. Dabei wird besonders auf die Sensibilisierung für populistische und antidemokratische Strategien gesetzt. In einer Zeit, in der soziale Medien und nicht-journalistische Akteure zunehmend die politische Meinungsbildung beeinflussen, bietet das Spiel eine praxisnahe und lebensnahe Lernerfahrung.



 **DEINE
STIMME**

Deine Stimme:
Ein neues Game
für mehr Demo-
kratiebildung

Demokratie als Erfahrung: Das Konzept von „Deine Stimme“

„Deine Stimme“ simuliert einen Wahlkampf in einer fiktiven, aber glaubwürdig gestalteten Welt. Im Zentrum stehen vier fiktive Parteien, die jeweils unterschiedliche Positionen und Strategien vertreten. Die Schülerinnen und Schüler übernehmen die Rolle von Wählerinnen und Wählern und erleben im Laufe des Spiels, wie ihre Entscheidungen den politischen Verlauf beeinflussen können.

Vor der Wahl setzen sich die Spielenden mit einem fiktiven gesellschaftlichen Vorfall auseinander – einem Überfall, der zu einer hitzigen Debatte über Gewalt in der Gesellschaft führt. In Diskussionen, Social-Media-Beiträgen und Debatten der Spitzenkandidatinnen und -kandidaten werden die Positionen der Parteien deutlich. Dabei treten in diesem Wahlkampf folgende Parteien gegeneinander an: Troy mit dem Kandidaten Liam Roy, der Massenüberwachung und strengere Gesetze einführen möchte, Cogito mit der Kandidatin Hanna Bann, die lösungsorientiert und stets auf Basis demokratischer Werte argumentiert. Finn Blomberg von der Ein-Themen-Partei Active, die Sport und Gesundheit groß schreibt und die Partei der Künstlichen Intelligenz KIP, die rein fakten- und datenbasiert argumentiert.

Bei der Wahl geben die Schülerinnen und Schüler nach intensiver Auseinandersetzung mit den Wahlkampfthemen der Parteien im Klassenzimmer ihre Stimme in einer geheimen Wahl ab. Je nach Wahlergebnis erleben die Spielenden die Konsequenzen ihrer Wahlentscheidungen. Die Geschichte kann positiv enden – in einer stabilen Demokratie – oder in Extremszenarien wie einer Diktatur oder einem Regierungscoup münden.

So erfahren die Schülerinnen und Schüler Politik hautnah und begreifen, wie Wahlentscheidungen nicht nur kurzfristige, sondern auch langfristige Auswirkungen auf die Gesellschaft haben können.

Kompetenzen für die Demokratie stärken

„Deine Stimme“ stärkt wichtige demokratische Kompetenzen. Die Jugendlichen lernen zunächst, Medieninhalte kritisch zu analysieren. So werden sie in die Lage versetzt, Social-Media-Inhalte und Wahlkampfbotschaften genau zu hinterfragen und populistische Strategien wie Falschbehauptungen, das Anbieten von einfachen Antworten auf komplexe Fragen oder das Schüren von Ängsten zu

erkennen und zu entlarven. Dies fördert nicht nur die Medienkompetenz, sondern sensibilisiert auch für die Gefahren manipulativer Informationen.

Darüber hinaus trainieren die Schülerinnen und Schüler ihre Urteilsfähigkeit, indem sie sich mit fiktiven politischen Positionen auseinandersetzen und die Konsequenzen ihrer Entscheidungen reflektieren. Die Fähigkeit, Informationen zu bewerten und fundierte Entscheidungen zu treffen, wird durch die interaktive Gestaltung des Spiels gestärkt. Gleichzeitig lernen die Schülerinnen und Schüler, wie wichtig ihr eigenes Handeln für den Erhalt einer stabilen Demokratie ist. Dies schließt auch die Erkenntnis ein, dass Demokratie nur durch aktives Engagement und Entscheidungen auf der Basis von validen Informationen gesichert werden kann.

Einsatz im Klassenzimmer: Welche Partei schafft es die Schülerinnen und Schüler für sich zu gewinnen?
Foto: BLZ



Aus der Praxis: Der Einsatz im Unterricht

Im Rahmen der Game-Produktion wurde das Spiel an verschiedenen Schularten und Jahrgangsstufen getestet. Es richtet sich primär an Jugendliche ab 15 Jahren, kann jedoch auch in niedrigeren Stufen wie der 8. Klasse erfolgreich eingesetzt werden. Dort zeigten die Schülerinnen und Schüler großes Engagement und diskutierten angeregt über Wahlentscheidungen, obwohl sie selbst noch

nicht wahlberechtigt sind. Nach oben gibt es keine Altersgrenze.

In den Tests wählten zehn von zwölf Klassen überwiegend die Troy-Partei und entschieden sich bei der Wahl somit für eine Diktatur. In acht dieser Klassen protestierten die Schülerinnen und Schüler später gegen die diktatorische Entwicklung, indem sie den Protest-Button statt einer Prämie wählten, also im Klassenzimmer aufstanden. Nur eine Klasse entschied sich überwiegend für die

demokratische Partei Cogito. Die beiden kleinen Parteien KIP und Active erhielten meist nur wenige Stimmen.

Die Ergebnisse zeigen sehr deutlich, wie gut populistische Strategien bei jüngeren Menschen verfangen. Sie zeigen aber auch, dass mit dem Bewusstsein, was eine Diktatur bedeuten kann und welche Rechte auf dem Spiel stehen, das Bedürfnis entsteht, sich gegen die Diktatur aufzulehnen.

Ein neuer Weg für die politische Bildung

Um Lehrkräften den Einsatz von „Deine Stimme“ zu erleichtern, bietet die Bayerische Landeszentrale umfangreiche Begleitmaterialien an. Eine detaillierte Handreichung enthält technische Hinweise, didaktische Vorschläge und Arbeitsblätter zur Vor- und Nachbereitung des Spiels. Besonders wichtig ist das abschließende „Debriefing“, in dem die Jugendlichen reflektieren, welche Strategien erfolgreich waren, welche Fehler gemacht wurden und welche Lehren sie für ihr eigenes Handeln ziehen können. Auch dazu bietet die Landeszentrale zahlreiche Arbeitsblätter und Hinweise für den Einsatz an.

Mit „Deine Stimme“ eröffnet die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit einen innovativen Zugang zur Demokratiebildung. Das Spiel verbindet die Vermittlung zentraler Themen wie Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde mit einem interaktiven, praxisnahen Ansatz. Es zeigt, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist, sondern aktives Engagement und kritisches Denken erfordert.

Lehrkräfte können „Deine Stimme“ ab dem 4. Dezember kostenlos auf der Website der Bayerischen Landeszentrale herunterladen. ☺



INFO

Das Game zum Download und weitere Materialien und Tipps finden Sie hier:

<http://www.game-deine-stimme.de>





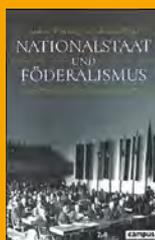
LESESTOFF



Gerald Bäcker/Jürgen Boeckh/Ernst-Ulrich Huster: **Der Sozialstaat in Deutschland**

Die in ihren Fachbereichen sehr renommierten drei Autoren stellen in handbuchartiger Form wesentliche Aspekte der historischen Entwicklung des Sozialstaats in Deutschland dar und gehen umfassend auf aktuelle Strukturen wie Herausforderungen des Sozialstaats ein.

Das Buch eignet sich besonders für die Vorbereitung auf Vorträge/Referate sowie zur fachlichen Vorbereitung des Unterrichts.



Andreas Wirsching/Lars Lehmann (Hg.): **Nationalstaat und Föderalismus:** **Zum Wandel deutscher Staatlichkeit seit 1871, Campus 2024**

Renommierte Expertinnen und Experten zeichnen in diesem Band die grundlegenden Entwicklungen der Föderalismusgeschichte in Deutschland seit der Gründung des deutschen Nationalstaats (1871) nach. Sie zeigen dabei die Kontinuitäten und Systembrüche deutscher Staatlichkeit auf – vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und den NS-Staat bis hin zur Gegenwart in der Bundesrepublik Deutschland; dabei geht es auch um die Europäische Union, ost-/westdeutsche Perspektiven auf den Bundesstaat und vieles andere mehr.



Christian Grataloup: **Die Geschichte der Welt. Ein Atlas**

Der Band geht thematisch von der Besiedlung der Erde durch die Menschen aus, erklärt dabei viele wichtige Grundbegriffe und bildet die gesamte Menschheitsgeschichte bis zur heutigen Welt ab. Geradezu verblüffend handelt die Publikation mit guten, ansprechend gestalteten Karten und sehr guten, knapp gefassten Erklärungen sowohl die politische, wie auch wirtschaftliche und religiöse Geschichte ab, dabei werden alle Kontinente beleuchtet. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf kriegerischen Auseinandersetzungen des 19. und 20. Jahrhunderts, die als Grundlagen für die Konflikte der Gegenwart mitvollzogen werden können, welche aber – wie z.B. der Angriffskrieg gegen die Ukraine mit ihrer Vorgeschichte – auch explizit besprochen werden. Der Zuschnitt des umfangreichen Werkes als Atlas macht es sehr gut möglich, mit einzelnen Kapiteln zu arbeiten; der Band ist als Publikation so gut gemacht, dass er auch zum Schmökern einlädt – für Menschen, die sich nicht unbedingt in historische Fachlektüre stürzen wollen.

ZUR BUNDESTAGSWAHL



DIE GESELLSCHAFTLICHE BEDEUTUNG VON FUSSBALL-GROSSEREIGNISSEN: EINE SOZIOLOGISCHE ANALYSE AM BEISPIEL DER UEFA EURO 2024

von Lars Riedl



„United by Football – vereint im Herzen Europas“. Freiwillige Helferinnen und Helfer der UEFA bei der EURO am 20. Juni 2024 in München beim Spiel Slowenien gegen Serbien. Foto: Picture Alliance/M.i.S./ Fotograf: Bernd Feil

United by Football – die EURO 2024

Unter dem Slogan „United by Football. Vereint im Herzen Europas“ wurde vom 14. Juni bis zum 14. Juli die UEFA-Europameisterschaft 2024 in Deutschland ausgetragen. Dass es sich dabei um ein Fußball-Großereignis handelte, lässt sich mit nur wenigen Zahlen leicht verdeutlichen: 24 Nationen kämpften in 31 Spielen vor fast 2,7 Millionen Zuschauer in den Stadien um den Titel. Rund 5,8 Millionen verfolgten die Spiele in den Fanzonen der zehn Austragungsorte, in mehr als 200 Ländern gab es

TV-Übertragungen vom Turnier. Doch wie lässt sich die gesellschaftliche Bedeutung von solchen Fußball-Großereignissen einschätzen?

Für eine Antwort darauf würde es viel zu kurz greifen, diese ausschließlich auf Basis von Kennzahlen bemessen oder diese rein aus wohlmeinenden Reden von Verbandsfunktionären und Politikern ableiten zu wollen. Daher wird im Folgenden aus einer soziologischen Perspektive versucht, Sport, und damit auch den Fußball, als ein Teilsystem der modernen Gesellschaft zu beschreiben. Dies ermöglicht zum einen seine

systeminterne Handlungslogik, seine Strukturen und die in ihm ablaufenden Prozesse und Strukturdynamiken, wie z.B. Professionalisierung und Globalisierung, zu erörtern. Zum anderen wird das Verhältnis des Fußballs zu anderen gesellschaftlichen Teilsystemen, insbesondere seine Austauschbeziehungen zu den Medien, der Wirtschaft und der Politik analysiert. Damit werden Prozesse wie die fortschreitende Medialisierung und Kommerzialisierung des Fußball ebenso nachvollziehbar wie die enorme Unterstützung der Ausrichtung der Europameisterschaft durch die Politik. Abschließend werden drei Faktoren benannt, die den zukünftigen gesellschaftlichen Stellenwert von Europameisterschaften mitbestimmen werden.

Fußball als Sportart der modernen Gesellschaft

Um die Bedeutung des Fußballs und seiner Großereignisse für die Gesellschaft einordnen zu können, wird in einem ersten Schritt Fußball als Sportart der modernen Gesellschaft beschrieben und seine Strukturbesonderheiten und internen Dynamiken herausgearbeitet. Was damit gemeint ist, lässt sich beispielhaft an der Geburtsstunde des modernen Fußballs verdeutlichen. Am 23. Oktober 1863 wurde bei einem Treffen von Vertretern der Fußballmannschaften verschiedener *Public Schools* sowie der Universitäten Cambridge und Oxford in der Freemasons' Tavern in London die Football Association (FA) gegründet. Ausgehend von den spätmittelalterlichen *Folk Games* hatte sich Fußball im 18. und 19. Jahrhundert an den so genannten *Public Schools* etabliert und half dort die oftmals brutalen und rücksichtslosen Macht- und Prestigekämpfe unter den Schülern auf der Grundlage des sportlichen Konkurrenzdenkens und der Idee des Fairplays zu disziplinieren und zu kanalisieren. Das Ziel des Treffens war, für die immer beliebter werdenden Wettkämpfe zwischen den Schulen ein einheitliches Regelwerk und eine Entscheidungsinstanz für Streitfälle zu schaffen.¹ Somit wurde an diesem Tag erstmalig eine Organisation gegründet, deren Organisationszweck ausschließlich auf die Sportart Fußball ausgerichtet

war. Sie definierte die Regeln der Sportart, bestimmte räumliche und zeitliche Begrenzungen des Spielablaufs, bestimmte die Rollen des Spielers, des Schiedsrichters und des Zuschauers, der ab sofort nicht mehr ins sportliche Geschehen involviert sein durfte. Letztendlich bedeutete dies, dass das Aggressionspotential der Spieler der sozialen Kontrolle unterworfen wurde, weil Regelüberschreitungen sanktioniert und körperliche sowie taktische Fertigkeiten statt Gewalt und Stärke belohnt wurden.²

Mit dieser Zusammenkunft in London wurde im Fußball die Entwicklung folgender Strukturmerkmale des modernen Sports ausgelöst:³

- » Ausdifferenzierung aus anderen Sinnkontexten,
- » Etablierung einer eigenständigen Systemlogik,
- » Bildung von auf die Systemlogik abgestimmter Strukturen
- » und Entstehung von Organisationen.

Auf einem Cartoon aus dem 19. Jahrhundert sind junge Männer zu sehen, die Fußball spielen, bevor das erste Regelwerk veröffentlicht wurde.

Foto: Picture Alliance/United Archives/WHA



- 2 Vgl. Karl-Heinrich Bette: Sportsoziologie. Bielefeld 2010, hier S. 97 f.
- 3 Die folgenden Überlegungen orientieren sich vor allem an der soziologischen Systemtheorie. Demnach ist die moderne Gesellschaft durch das Prinzip der funktionalen Differenzierung gekennzeichnet. Damit ist gemeint, dass die Gesellschaft auf der Makro-Ebene aus einer Reihe von verschiedenen gesellschaftlichen Teilsystemen besteht, wie z.B. Politik, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft etc. Diese Teilsysteme sind jeweils auf die Erfüllung einer für sie spezifischen Funktion für die Gesamtgesellschaft ausgerichtet. In ihrer Funktionserfüllung sind die Teilsysteme singulär und autonom, d.h., die Politik kann nicht die Funktion der Wirtschaft erfüllen, das Rechtssystem nicht die Wissenschaft ersetzen usw. Vgl. Niklas Luhmann: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main 1997.

1 Vgl. Christiane Eisenberg: Der Weg des Fußballs um die Welt. 1863-2004, in: Sport und Recht, hg. v. Oliver Arter, Münster 2004, S. 45-59, hier S. 46.



Im Jahr 2000 wurde von einer Fußballmannschaft, die aus Obdachlosen bestand, zum ersten Mal eine Gedenktafel in Parker's Piece in Cambridge aufgestellt, der an die sog. „Cambridge Rules“ erinnerte, die einen maßgeblichen Einfluss auf die Regeln der Football Association von 1863 hatten. Im Mai 2018 wurde ein offizielles Denkmal bestehend aus vier Steinsäulen mit dem Titel "Cambridge Rules 1848" auf Parker's Piece installiert.

Foto: Picture Alliance/United Archives/WHA

Mit Ausdifferenzierung ist folgender Sachverhalt gemeint: In vormodernen Gesellschaften waren viele Handlungsbereiche, wie z.B. Arbeiten, Erziehen, Herrschen, Recht sprechen, Glauben, Heilen sowie auch Bewegen und Spielen miteinander vermischt. Im Übergang zur modernen, funktional differenzierten Gesellschaft haben sich diese Bereiche zunehmend voneinander getrennt und zu jeweils eigenständigen gesellschaftlichen Teilsystemen entwickelt, wie z.B. dem Wirtschaftssystem, dem Erziehungssystem, dem politischen System, dem Rechtssystem, dem Religionssystem und dem Gesundheitssystem. Auch der Sport entstand, indem er sich aus verschiedenen Handlungsbereichen herauslöste, in denen Bewegung, körperliche Leistungsfähigkeit oder Wettkampf eine Rolle spielten, wie z.B. bei kultischen und rituellen Handlungen sowie in den Bereichen der (Leibes-)Erziehung, des Spiels und des überwiegend dem Adel vorbehaltenen Amüsemments und Zeitvertreibs.

Wie gezeigt, differenzierte sich der Fußball aus dem Kontext der Public Schools aus, er war nicht mehr nur Mittel zum Zwecke der Erziehung, sondern verselbstständigte sich zu einem eigenständigen Handlungsbereich. Im Sportsystem der modernen Gesellschaft, und damit auch im modernen Fußball, geht es nur um die Erbringung körperlicher Leistungen, welche um des Leisten Willens, also als Selbstzweck, erbracht werden.⁴ In Fußballspielen werden nunmehr körperliche Leistungen ausschließlich zum Zwecke des sportlichen Erfolgs erbracht – unabhängig davon, ob aus den Spielern damit auch gute Schüler oder gar bessere Menschen werden. Wer im Sportsystem agiert, der will Leistung erbringen und steigern, der will seine Gegner besiegen und die eigene Niederlage vermeiden. In keinem anderen gesellschaftlichen Teilsystem ist das Leistungsprinzip in einer solchen Reinkultur zu finden:⁵ Den 100-Meter-Lauf gewinnt der Schnellste, das Gewichtheben der Stärkste, das Speerwerfen derjenige, der am weitesten wirft.

4 Vgl. Rudolph Stichweh: Sport. Ausdifferenzierung, Funktion, Code, Sportwissenschaft 20, 1990, S. 373–389.

5 Vgl. Karl-Heinrich Bette/Uwe Schimank: Sport-events: Eine Verschränkung von „erster“ und „zweiter Moderne“, in: Events. Soziologie des Außergewöhnlichen, hg. v. Winfried Gebhardt/Roland Hitzler/Michaela Pfadenhauer, Opladen 2000, S. 307–323, hier S. 320.

Und das Fußballspiel gewinnt die Mannschaft, die die meisten Tore schießt. Das Sportsystem ist in seiner Systemlogik autonom und strikt selbstbezüglich, denn in die Bewertung sportlicher Leistungen gehen keine außersportlichen Kriterien ein. Es zählt nicht, ob ein Sprinter schön, ein Gewichtheber reich oder in einer Mannschaft besonders viele Spieler Abitur haben.

Die Leistungserbringung und -vergleiche im Sport werden erst auf der Grundlage von spezifischen Strukturen möglich. Dies sind vor allem die sportartenspezifischen Regeln, denn diese legen fest, welche Leistungen überhaupt als bessere gelten können, welche Handlungen dabei erlaubt und welche verboten sind, wie z.B. Foulspiel oder Doping. Die Festlegung und Vereinheitlichung der Fußballregeln durch die FA am 23. Oktober 1863 in London war somit ein zentraler Schritt zur Ausdifferenzierung des Fußballs, denn der Fußball erlangte einerseits die charakteristischen Strukturen, die seine Spielidee und sein Erscheinungsbild bis heute maßgeblich bestimmen. Andererseits war das eine notwendige Voraussetzung für die Verbreitung des Fußballs in der Welt. Denn dies ermöglichte Wettkämpfe, ohne jedes Mal die Regeln und damit letztlich die Sportart als Ganzes neu aushandeln zu müssen.

Schließlich ist die Entstehung von Organisationen zu nennen, die sich auf bestimmte Aspekte und Probleme des jeweiligen Systems spezialisieren und so die Ausdifferenzierung begünstigen, die Herausbildung einer systemspezifischen Handlungslogik befördern und dafür sorgen, dass sich darauf abgestimmte Strukturen entwickeln.

Im Fußball sind dies zum einen die Vereine. Sie bilden die organisatorische Grundlage für Fußballmannschaften, ermöglichen langfristig bestehende Wettkampfeinheiten, die den stetigen Wechsel ihrer Mitglieder überdauern können. Man denke hier nur an die vielen Bundesligacclubs, die schon seit mehr als 100 Jahren bestehen.

Mindestens genauso wichtig sind die Verbände. Bei ihnen handelt es sich um so genannte koordinierende Organisationen bzw. Interessenorganisationen.⁶ Ihre Funktion liegt zum einen in der Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen für die Leistungsvergleiche zwischen den Vereinen, indem sie Aufgaben, wie z.B.

Wettkampforganisation, Regelsetzung und deren Überwachung, Trainer- und Schiedsrichterausbildung, Nachwuchsförderung übernehmen. Zum anderen ist ihre Funktion die wirksame Außenvertretung der Mitgliederinteressen gegenüber anderen gesellschaftlichen Bereichen (z.B. Wirtschaft, Medien, Politik).

In anderen gesellschaftlichen Bereichen beschränken sich Verbände typischerweise auf die Aufgabe der systeminternen Koordination und der Interessenvertretung. Im Sport dagegen zeigt sich eine Besonderheit: Die Verbände nehmen mit ihren Auswahlmannschaften, beispielsweise den Nationalmannschaften, ebenfalls an Wettkämpfen teil. Vor allem für die Mannschaftsportarten und damit auch für den Fußball ist festzustellen, dass es grundlegend zwei Wettkampfsysteme gibt: Wettbewerbe für Vereine und Wettbewerbe für die Auswahlmannschaften der Verbände.⁷ Auf sportlicher Ebene sind beide Systeme strikt voneinander getrennt. So kann ein Bundesligaverein beispielsweise nicht an einer Europameisterschaft und eine Nationalmannschaft nicht an der Champions League teilnehmen. Aber sie konkurrieren um dieselben Ressourcen, nämlich um Spieler, die Aufmerksamkeit des Publikums, das Interesse der Massenmedien, finanzielle Mittel seitens der Wirtschaft und Unterstützung durch die Politik. Insofern ist davon auszugehen, dass die gesellschaftliche Bedeutung von Fußballgroßereignissen, wie Europa- und Weltmeisterschaften, maßgeblich davon abhängt, wie erfolgreich die jeweiligen erforderlichen Ressourcen in Konkurrenz zum anderen Wettkampfsystem mobilisiert werden können. Auf Grundlage der vorangestellten Überlegungen lassen sich zwei Strukturdynamiken erklären, die den gegenwärtigen Fußball maßgeblich prägen: Professionalisierungs- und Globalisierungsprozesse.

Mit Professionalisierung ist zum einen die Verberuflichung bestimmter Tätigkeiten gemeint, zum anderen die Steigerung spezifischen Fachwissens, besonderer Fähigkeiten und Qualifikationen. Professionalisierungsprozesse zielen vor allem auf Effektivitätssteigerung ab. Im Fußball resultieren die Prozesse konsequenterweise aus der Logik des Sportsystems. Es gibt keine systeminterne

6 Vgl. Uwe Schimank: Theorien gesellschaftlicher Differenzierung, Wiesbaden 1996, hier S. 250.

7 Vgl. Lars Riedl/Klaus Cachay: Bosman-Urteil und Nachwuchsförderung. Auswirkungen der Veränderung von Ausländerklauseln und Transferregelungen auf die Sportspiele, Schorndorf 2002, hier S. 56 ff.



Im Jahr 1963 wurde in (West-) Deutschland die Fußball-Bundesliga eingeführt. Über 300.000 Zuschauer sahen die acht Partien des Eröffnungsspieltags am 24. August 1963. Der damals bereits professionell geführte 1. FC Köln gewann überlegen die erste Spielzeit und feierte am 10. Mai 1964 auf dem Neumarkt in Köln den Gewinn der Meisterschale.

Foto: Picture Alliance/dpa/Fotograf: Heinz Ducklau

Stoppregel, keinen Grund, sportliche Leistungen zu begrenzen, denn es würde „sportlich“ ja gar keinen Sinn ergeben z.B. die zulässige Höchstleistung beim 100-Meter-Lauf auf 10,23 Sekunden zu begrenzen. Insofern sind die vielfältigen im Fußball zu beobachtenden Professionalisierungsprozesse als Versuche zu verstehen, Möglichkeiten der Leistungssteigerung zu schaffen. Spieler werden zu Vollprofis, um sich ausschließlich auf Training und Wettkampf konzentrieren zu können. Mit der Verpflichtung hauptberuflicher und zunehmend auch gut ausgebildeter Trainer versucht man die Trainingsqualität sowie das taktische Verhalten der Spieler im Wettkampf zu verbessern. Der Einsatz von medizinischen Betreuungstäben ermöglicht die professionell gesteuerte Optimierung der Athletenkörper. Und ehrenamtliche Funktionäre werden durch ein professionelles Management ergänzt bzw. ersetzt. Die Vereine werden von einer gemeinnützigen Vereinigung in so genannte Fußballunternehmen⁸ umgewandelt, um die internen Abstimmungsprozesse wie auch die Beziehungen

zu Medien und Wirtschaft mit dem Ziel zu verbessern, die für das Erreichen weiterer sportlicher Erfolge notwendigen finanziellen Ressourcen zu gewinnen.

Auch die beobachtbaren Globalisierungsprozesse im Fußball lassen sich auf dessen Systemlogik zurückführen. Das Konkurrenzprinzip impliziert die Leistungsvergleiche von der lokalen über die nationale Ebene letztlich auf die ganze Welt auszudehnen, um so den Besten der Besten, also den Weltmeister, zu ermitteln. In dieser Hinsicht ist der Spitzensport nahezu zwangsweise grenzüberschreitend bzw. grenzenlos. So waren internationale Vergleiche bereits im 19. Jahrhundert fester Bestandteil des modernen Fußballs. Ebenso war Fußball auch im Programm der ersten Olympischen Spiele der Neuzeit (1896) vorgesehen und die erste Weltmeisterschaft fand bekanntlich 1930 in Uruguay statt.⁹ Und wenn auch die Europameisterschaft lange um ihre Bedeutung kämpfen

8 Vgl. Erik Lehmann/Jürgen Weigand: Sportlich Profis - wirtschaftlich Amateure? Fußballvereine als Wirtschaftsunternehmen, in: Fußball als Kulturphänomen: Kunst - Kultur - Kommerz, hg. v. Markwart Herzog, Stuttgart 2002, S. 93–110.

9 Vgl. Karl Lennartz: Legenden und Mythen. Die Geschichte der Fußball-Turniere bei den Olympischen Spielen von 1896 bis 1912, in: Fußball in Geschichte und Gesellschaft, hg. v. Michael Krüger/Bernd Schulze: Tagung der dvs-Sektionen Sportgeschichte und Sportsoziologie vom 29.9.-1.10.2009 in Münster, Hamburg 2006, S. 33–46.

musste, hat sie sich mittlerweile zu einem transnationalen Großereignis entwickelt.¹⁰

Globalisierung zeigt sich aber auch auf der Ebene der Spielerrekrutierung. Hier kam es zu einem enormen Schub in Folge des so genannten ‚Bosman-Urteils‘ des Europäischen Gerichtshofs im Jahre 1995. Denn damit wurden die bis dahin geltenden Ausländerbeschränkungen der Verbände, weil sie nicht mit dem europäischen Arbeitsrecht zu vereinbaren waren, für nichtig erklärt. Die Vereine, allerdings nicht die Verbände, können seitdem nahezu unbegrenzt ausländische Spieler weltweit verpflichten und bereits nach wenigen Spielzeiten stieg ihr Anteil in der Bundesliga auf rund 50 Prozent.¹¹

Analog zu den Mannschaftskadern globalisiert sich auch das Publikum. Damit ist nicht nur gemeint, dass Welt- und Europameisterschaft in der ganzen Welt ihr Publikum finden, sondern Dank der Massenmedien und Social Media ist man heutzutage auch bei der Wahl seines Lieblingsvereins nicht mehr auf den lokalen Fußballclub beschränkt.¹² Und vor allem die größeren Vereine agieren längst wie transnationale Konzerne und versuchen zunehmend nicht nur national, sondern weltweit Zuschauer und Fans zu finden.¹³

Festzuhalten ist: Die im Fußball zu beobachtenden Strukturdaten der Professionalisierung und Globalisierung resultieren aus der systeminternen Handlungslogik des Sports. Sie führen aber dazu, dass der Fußball einen steigenden Bedarf an Ressourcen aus anderen

gesellschaftlichen Teilsystemen hat. Auf diese Beziehungen soll im Weiteren eingegangen werden.

Die Umweltsysteme des Fußballs

In der soziologischen Forschung besteht Uneinigkeit darüber, ob der Sport, wie andere gesellschaftliche Teilsysteme (z.B. Politik, Wirtschaft, Rechtssystem oder Gesundheitssystem) eine eigene und unverzichtbare Funktion für die Gesellschaft erfüllt. Deshalb wird im Folgenden nicht versucht, die Bedeutung des Fußballs und seiner Großereignisse kompakt für die Gesellschaft zu bestimmen, sondern der Beitrag des Sports wird differenziert für einzelne relevante gesellschaftliche Teilsysteme herausgearbeitet. Dazu wird das so genannte „magische Dreieck“¹⁴ von Spitzensport, Wirtschaft und Medien in den Blick genommen und durch Überlegungen zum Teilsystem Politik erweitert. Denn die Politik zeigt ein großes Interesse insbesondere an den Nationalmannschaften sowie den Europa- und Weltmeisterschaften, vor allem, wenn sie im eigenen Land stattfinden.

Medien

Fußball hat als Thema der medialen Berichterstattung einen besonders hohen Stellenwert. Dieser resultiert vor allem daraus, dass der Fußball Ereignisse erzeugt, die für die Medien im Sinne ihrer Systemlogik als attraktiv und berichtenswert erscheinen. D.h., Medien spiegeln nicht „objektiv“ die Realität wider, sondern sie konstruieren diese aktiv auf der Basis ihrer eigenen systemischen Handlungslogik und Relevanzkriterien. Sie berichten vor allem über Ereignisse, die so genannte Nachrichtenwerte aufweisen, wie z.B. Aktualität, Außergewöhnliches/Sensationelles, Konflikte, lokaler/nationaler Bezug oder Eliteorientierung.¹⁵ Und genau dies bedient der Fußball. Er produziert ständig neue Spiele, so dass er gewissermaßen den Status der Daueraktualität aufweist. Der Wettstreit um sportliche Erfolge ist ein geregeltes Konfliktsystem, das auf Grund seines offenen

10 Siehe hierzu den Beitrag von Jürgen Mittag: Die Euro 2024 in Deutschland als Megaevent und Politikum: Erwartungen – Erfahrungen – Einordnungen, in: Einsichten und Perspektiven 02/2024, S. 38–48.

11 Vgl. Carmen Borggreve/Klaus Cachay: 14 Jahre nach „Bosman“. Zur Rekrutierungspraxis in den Bundesligen und den Folgen für die Nationalmannschaften, Leistungssport 39/2009, S. 12–19.

12 Vgl. Lars Riedl: Vom Spiel zum Spektakel. Der gesellschaftliche Erfolg des Fußballs, in: Bundesliga – Spielfeld der Gesellschaft, Bundeszentrale für politische Bildung 2014, <http://www.bpb.de/gesellschaft/sport/161882/vom-spiel-zum-spektakel> [Stand: 18.11.2024].

13 Vgl. Richard Giulianotti/Roland Robertson: Die Globalisierung des Fußballs: „Glokalisierung“, transnationale Konzerne und demokratische Regulierung, in: Fußballwelten. Zum Verhältnis von Sport, Politik, Ökonomie und Gesellschaft, hg. v. Peter Lösche/Undine Ruge/Klaus Stolz, Opladen 2001, S. 219–251.

14 Vgl. Holger Preuß: Sponsoring im Spitzensport, in: Handbuch Sportmanagement, hg. v. Christoph Breuer/Ansgar Thiel, Schorndorf 2005, S. 282–299.

15 Vgl. Niklas Luhmann: Die Realität der Massenmedien, Opladen 1996.



Medienarbeitsplätze beim Eröffnungsspiel Deutschland – Schottland am 14. Juni 2024 in München. Das Spiel verfolgten weltweit über 200 Millionen Menschen. Insgesamt waren knapp 20.000 Medienschaffende offiziell bei der EURO akkreditiert.
Foto: Picture Alliance/M.i.S./
Fotograf: Bernd Feil

Ausgangs nicht nur Spannung, sondern beim Publikum auch einen Bedarf an weiteren Informationen erzeugt. Darüber hinaus passt sich der Fußball hervorragend in die Produktionsbedingungen der Medien ein. Im Gegensatz zu vielen anderen tagesaktuellen Ereignissen, wie z.B. politische Skandale, Kriege oder Naturkatastrophen, sind die Berichte über den Fußball dank des Wettkampfkalenders im Voraus sehr gut planbar. Und auch im Vergleich zu anderen Sportarten ist ein Fußballspiel zeitlich (z.B. im Gegensatz zu Tennis) und räumlich (z.B. im Gegensatz zum Marathonlauf) eng begrenzt, so dass er sich in die Programmschemata einfügen und sich hervorragend mittels medialer Techniken und journalistischer Routinen inszenieren lässt.¹⁶

Darüber hinaus ist der hohe Stellenwert des Fußballs als Programminhalt auch auf die Veränderungen der Medienlandschaft zurückzuführen. Ab den frühen 1990er Jahren bekam der öffentlich-rechtliche Rundfunk zunehmend Konkurrenz durch privatwirtschaftliche TV-Sender (Free-TV, Pay-TV und nunmehr auch Streamingdienste). In dem sich zunehmend verschärfenden Wettbewerb um Einschaltquoten und Abonnements hat sich Fußball zu einem ganz wichtigen und strategischen Element im Kampf um die Aufmerksamkeit und Gunst der Zuschauer entwickelt. In der Folge stiegen nicht nur die Übertragungszeiten, sondern Fußball wurde vom Sportjournalismus im engeren Sinne ausgehend zum Thema für

ganz unterschiedliche mediale Genres (wie z.B. Boulevard, Human Interest), die weit über den eigentlichen sportlichen Kontext hinausreichen.

Die zunehmende Verdichtung des Verhältnisses von Fußball und Medien, das sich auch als Medialisierung des Fußballs beschreiben lässt, wird nicht nur von den Medien forciert, sondern der Fußball entwickelt seinerseits Strukturen, mit denen er diese Beziehung intensiviert. Wettkämpfe werden erweitert oder neu erfunden, um den Medien mehr Spiele anbieten zu können, Anstoßzeiten werden fernsehgerecht festgelegt, in den Vereinen und Verbänden gibt es mittlerweile Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit und PR. Interessant ist die noch recht neue Entwicklung, dass Vereine und Spieler zunehmend selbst Content produzieren, z.B. in Form von Dokus des Typus „*Inside of ...*“ und durch Aktivitäten auf Social Media, und damit das journalistische System umgehen.

So war auch die Europameisterschaft 2024 für ein paar Wochen ein dominantes Medienthema. Und dies gilt nicht nur für die deutsche Öffentlichkeit, sondern für alle 24 teilnehmenden Nationen. Es sind neben dem Publikum vor allem die Medien, die das physische Geschehen auf dem Rasen in einen Gegenstand der Kommunikation transformieren.¹⁷ Diese kommunikative Rekonstruktion von Fußballspielen ermöglicht es, dass Fußball zum Thema geselliger Konversation und damit auch zum Bestandteil gesellschaftlicher Kommunikation und öffentlicher Diskussionen wird. Dadurch werden maßgeblich die Images, Semantiken (Bedeutungen), Historisierungen, Helden und Mythen erzeugt und stabilisiert, durch die der Fußball mit einer über das eigentliche sportliche Geschehen hinausgehenden Sinnhaftigkeit ausgestattet wird und so seine enorme gesellschaftliche Bedeutung erlangt.

Wirtschaft

Die Kommerzialisierung des Fußballs ist das Schlagwort, mit dem landläufig die immer intensiver werdenden Austauschbeziehungen mit dem Wirtschaftssystem benannt werden. Doch was steckt hinter diesen Prozessen? Es würde zu

16 Vgl. Thomas Horky: Die Inszenierung des Sports in der Massenkommunikation. Theoretische Grundlagen und Analyse von Medienberichterstattung, Jesteburg 2001.

17 Vgl. Matias Martínez: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Erzähltheoretische Bemerkungen zur Fußballberichterstattung, in: Warum Fußball? Kulturwissenschaftliche Beschreibungen eines Sports, hg. v. Matias Martínez, Bielefeld 2002, S. 71–85.



kurz greifen, hierfür lediglich ein ökonomisches Gewinnstreben von Vereinen und Wirtschaftsunternehmen verantwortlich zu machen und zu postulieren, dass der Fußball sich von seinem Ursprung entferne und nur noch den Regeln des Wirtschaftssystems folge. Vielmehr sind das sportliche Leistungsprinzip, die damit verbundenen Professionalisierungsprozesse und die Konkurrenz um die besten Spieler und Trainer etc. als wesentliche Ursache zu nennen, denn dadurch steigt der Bedarf der Vereine an finanziellen Ressourcen enorm an. Um in diesem Wettstreit um Personal bestehen und die Rahmenbedingungen der sportlichen Leistungserbringung optimieren zu können, gilt es, sich und die eigenen Produkte bestmöglich zu vermarkten. Entsprechend ist es zur Erweiterung der auf Fußball bezogenen Produktpalette gekommen, um neue Finanzierungsquellen zu erschließen. Waren beispielsweise ursprünglich die Eintrittskarten die Haupteinnahmequelle der Bundesligavereine, machte in der Saison 2022/23 das Ticketing (inklusive der Businesslogen und dem Catering) nur noch 12,1 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Die größten Einnahmen wurden durch die mediale Verwertung erzielt (34,2 %), gefolgt von den Werberechten (25,7 %), Transfererlösen (13,8 %), Merchandising (5,2 %) und sonstigen Einnahmequellen (9,4 %).¹⁸

Die Kommerzialisierungsprozesse führen aber nicht dazu, dass die grundlegende Logik des Sports durch die Logik des Wirtschaftssystems ersetzt

wird. Es gewinnt immer noch die Mannschaft, die die meisten Tore schießt. Wer sich Siege durch Manipulationen erkaufte, gilt weiterhin als Betrüger. Insofern stimmt die Aussage „Geld schießt keine Tore“ immer noch. Allerdings lassen sich mit entsprechenden finanziellen Mitteln die Bedingungen der Möglichkeit von sportlichen Erfolgen schaffen und die Wahrscheinlichkeit von Siegen steigern.

Unbestritten zeigen sich die vielfältigen Folgen der Kommerzialisierung an vielen Strukturveränderungen im Fußball, wie z.B. steigenden Eintrittspreisen, VIP-Logen, Streckung der Spieltage mit für das Fernsehen optimierten Anstoßzeiten, Erweiterung bestehender und Schaffung neuer Wettbewerbe, umfangreiche Präsentationsmöglichkeiten für Sponsoren, Umwandlung der Vereine in Kapitalgesellschaften, Gründung des Ligaverbandes (Die Liga - der Fußballverband e.V.) sowie der Deutschen Fußball Liga GmbH (DFL). Die zunehmende Kommerzialisierung birgt aber auch Risiken, denn es besteht die Gefahr, dass sich die Fankultur ändert und möglicherweise der Typ des traditionellen, hoch loyalen und im Stadion für Stimmung sorgenden Fans sich zunehmend entfremdet und durch stärker konsum- und unterhaltungsorientierte Zuschauer verdrängt wird.

Betrachtet man Fußballgroßereignisse, wie z.B. die Europameisterschaft 2024, aus einer ökonomischen Perspektive, so wird schnell klar, dass in ihrem Kontext enorme Umsätze generiert und Gewinne gemacht werden. Gerne werden Impulse für Einzelhandel, Tourismus und weitere Branchen ebenso wie langfristige Investitionen als wirtschaftlich positive Aspekte angeführt und in verschiedenen Studien und Gutachten wird

Am 1. Mai 2024 trat die deutsche „Nacktionalmannschaft“ vor über 1000 Zuschauern gegen die „Pott-originale All Stars“ im Westfaliastadion in Herne an. Die Aktion verstehe sich als „Kunst und Protestspiel gegen Uefa, DFB und die übermäßige Kommerzialisierung des Fußballs“, teilte der Initiator und Künstler Gerrit Starczewski der Deutsche Presseagentur mit. Das erste Spiel dieser Art fand bereits 2015 statt. Neben der Vermarktung im Profifussball gehe es auch darum, vermeintliche Schönheitsideale infrage zu stellen.

Foto: Picture Alliance/osnapix/Hirnschal

¹⁸ Vgl. Deutsche Fußball Liga (DFL): DFL Deutsche Fußball Liga – Wirtschaftsreport 2024. Eigenverlag.

der ökonomische Impact aufgezeigt.¹⁹ Aber eine detaillierte Aufteilung der Gewinne und Kosten nach Akteuren sowie auch die Einberechnung ausbleibender Gewinne (z.B. durch gewöhnliche Touristen, die gerade wegen der EM nicht nach Deutschland kommen) fehlen zumeist. Insofern findet sich in der Regel keine verlässliche ökonomische Antwort auf die Frage „*Who benefits?*“

Politik

Auch die Politik erachtet Fußball für wichtig. Dies wird u.a. an §4 des Rundfunkstaatsvertrags deutlich. Dieser besagt, dass sportliche „Großereignisse von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung“ nur dann im Pay-TV gezeigt werden dürfen, wenn der Rechteinhaber dafür sorgt, dass das Ereignis auch in zumindest einem frei empfangbaren und allgemein zugänglichen Fernsehprogramm in Deutschland zeitgleich oder geringfügig zeitversetzt ausgestrahlt werden kann. Und als „schützenswert“ gelten mit Ausnahme der Olympischen Spiele nur Ereignisse der Sportart Fußball: alle Spiele der deutschen Nationalmannschaft, Eröffnungs-, Halbfinal- und Finalsspiele bei Welt- und Europameisterschaften, Halbfinal- und Finalsspiele des DFB-Vereinspokals sowie Endspiele in den europäischen Vereinswettbewerben im Falle deutscher Beteiligung.

Doch welchen Nutzen verbindet die Politik mit dem Spitzensport und damit auch mit dem Fußball? Im Wesentlichen sind es drei Punkte:²⁰

- » Erstens erhofft sie sich auf diese Weise für den Breitensport Vorbilder und Werte vermitteln sowie Nachwuchs gewinnen zu können. Das Publikum begeisternde Europa- und Weltmeisterschaften können Kinder motivieren, sich für eine Sportart zu interessieren und Mitglied in Sportvereinen zu werden.

- » Zweitens dient eine erfolgreiche Nationalmannschaft wie auch die Ausrichtung von Turnieren der internationalen Repräsentation des Landes. Exemplarisch sei an dieser Stelle nur auf den Gewinn der WM 1954 sowie die Austragung der WM 2006 in Deutschland verwiesen. In beiden Fällen wurde das Bild Deutschlands im In- und vor allem Ausland maßgeblich verändert.
- » Drittens bringen Erfolge bei internationalen Turnieren einen gewissen *Feel-Good*-Effekt mit sich, bieten also die Möglichkeit der Ablenkung von anderen gesellschaftlichen Problemen. Allerdings lässt sich zeigen, dass diese Wirkungen nur von kurzer Dauer sind.²¹ Darüber hinaus bieten Europa- und Weltmeisterschaften Anlässe für Gefühle von nationaler Gemeinschaft, nationalem Stolz und nationaler Identität. Es ist gewissermaßen die Konfliktlogik des Sports, die einen dazu bringt, für die eine oder die andere Seite Partei zu ergreifen und sich mit dieser zu identifizieren. Identifikation basiert immer auf der Unterscheidung von „wir“ und „die Anderen“ entlang eines oder mehrerer Kriterien. Und aller Globalisierung zum Trotz scheint Nationalität auch im Sport, insbesondere bei Wettkämpfen der Nationalmannschaften, immer noch ein wichtiges Momentum bei der Erzeugung von kollektiven Identitäten und darauf basierenden Vorstellungen von Gemeinschaft zu sein.²² Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass sportliche Großereignisse weniger einen manifesten Nationalismus dauerhaft hervorrufen, als dass sie eher einen vergleichsweise harmlosen Sportpatriotismus befördern, der zumeist auch von kurzfristiger Dauer ist und nach dem Ereignis schnell wieder auf sein Ursprungsniveau zurückkehrt.²³ Dennoch spielte auch bei der Europameisterschaft das Thema Nationalismus mehrfach eine Rolle. Zu denken ist hier z.B. an die viel diskutierte

19 Vgl. Nielsen Sports: *Host Country Impact. Holistic assessment of the impact of the UEFA EURO 2024 on its Host Country*, Eigenverlag 2024.

20 Vgl. Jan Haut: Gesellschaftliche Funktionen des olympischen Leistungssports, in: *Leistungssport als Konkurrenz der Nationen: Sozioökonomische Bedingungen und Effekte*, hg. v. dems., Saarbrücken 2024, S. 45–67.

21 Vgl. Michael Mutz: *Life Satisfaction and the UEFA EURO 2016: Findings from a Nation-Wide Longitudinal Study in Germany*. *Applied research in quality of life*, 14²2019, S. 375–391.

22 Vgl. Lars Riedl: Spitzensport und Publikum. Überlegungen zu einer Theorie der Publikumsbindung, Schorndorf 2006, hier S. 169.

23 Vgl. Michael Mutz: *Football-related patriotism in Germany and the 2016 UEFA EURO*. *German journal of exercise and sport research*, 48²2018, S. 287–292.

Umfrage des WDR, die zu Tage brachte, dass sich 20 Prozent der Befragten eine „weißere“ deutsche Nationalmannschaft wünschten. Hinzu kamen einige Vorfälle, bei denen nationalistische Gesten und Parolen im Mittelpunkt standen, wie z.B. das Zeigen des so genannten „Wolfsgrußes“ durch den türkischen Nationalspieler Merih Demiral nach seinem zweiten Treffer im Spiel gegen Österreich, das offene Zurschaustellen des verfassungswidrigen Hitlergrußes von deutschen und ungarischen Fans sowie serbenfeindliche Äußerungen albanischer und kroatischer Fans.²⁴ Auch wenn der Fußball derartige Einstellungen wohl kaum ursächlich hervorrufen kann, ist es unbestreitbar, dass seine Großereignisse ihnen außerordentliche Präsentationsflächen bietet.

Die politische Unterstützung des Fußballs ist aber nicht für umsonst zu haben. Vielmehr versucht die Politik, sich für bestimmte gesellschaftspolitische Themen einzusetzen. Im Falle der Europameisterschaft 2024 standen vor allem die Themen Inklusion, Diversität und Nachhaltigkeit im Vordergrund.²⁵ Aus seiner sportlichen Handlungslogik heraus würde der Fußball diese Themen nicht aufgreifen, liefern sie doch keinen direkten Beitrag zur Steigerung der eigenen Leistung. Aber die Organisation von Großereignissen gerät zunehmend unter Druck und wird legitimierungsbedürftig, weshalb solche sportexternen Aspekte aufgegriffen und thematisiert werden. Inwieweit es lediglich bei Symbolpolitik bleibt oder es aber tatsächlich zu dauerhaften strukturellen Veränderungen und Anpassungen an die gesellschaftspolitischen Erwartungen kommt, muss im Einzelfall analysiert werden.



24 Vgl. deutschlandfunk Nova vom 04.07.2024. United oder divided by Football? Nationalismus bei der EM. <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/nationalismus-bei-der-em-united-oder-divided-by-football> [Stand: 03.09.2024].

25 Siehe hierzu das Interview mit Philipp Lahm und Celina Šašić zur EM 2024 „Was wir brauchen, ist Zivilcourage“, in: Einsichten und Perspektiven 01/2024, S. 36–45.

„Wir sind wieder wer“ - wurde zum viel zitierten Ausdruck nach dem überraschenden WM-Sieg der deutschen Fußballnationalmannschaft am 4. Juli 1954 in der Schweiz. Bei der Rückkehr wurden die Spieler und der Trainerstab triumphal gefeiert. Am 6. Juli wurden sie durch die jubelnde Menge zum Rathaus in München gebracht. Stadtverwaltung und viele Betriebe hatten ihren Angestellten freigegeben, Zehntausende warteten in der Innenstadt auf den Empfang der Weltmeister durch Oberbürgermeister Wimmer. Foto: Picture Alliance/SZ Photo/Fotograf: Alfred Strobel

Die deutschen U17-Junioren wurden am 2. Juni 2023 Fußball-Europameister in Budapest durch ein 5:4 im Elfmeterschießen gegen Frankreich. Neben dem Platz - oder vielmehr im Internet - gab es leider auch unschöne Begleitumstände. Unter einzelnen Postings auf Social-Media-Kanälen kam es zu einer starken Häufung rassistischer Kommentare, was die Debatte über Rassismus im Fußball befeuerte.

Foto: Picture Alliance/DPPI media/Fotograf: Vinny Orlando



Die vorangestellten Ausführungen zeigen, dass die intensiven Beziehungen des Fußballs zu Medien, Wirtschaft und Politik jeweils auf dem Zusammenspiel der entsprechenden teilsystemischen Handlungslogiken basieren und somit gewissermaßen *win-win*-Situationen entstehen. Der Katalysator dieser Austauschbeziehungen ist das Fußballpublikum. Denn Medien, Wirtschaft und Politik sind in erster Linie nicht am Sport selbst, sondern primär am Publikum des Fußballs interessiert. Dieses wollen sie zu ihrem eigenen Publikum machen, also als Mediennutzer, als Käufer ihrer Produkte und als Bürger und Wähler gewinnen. Insofern benötigt der Fußball ein möglichst großes Publikum, denn nur dann fließen die Gelder der Wirtschaft und der Massenmedien. Und Gleiches gilt auch hinsichtlich der Unterstützung aus der Politik, denn diese ist letztlich an den Wählerstimmen der Bürger interessiert. Insofern gilt: Je größer das Publikum ist, desto besser funktioniert der Leistungsaustausch zwischen dem Fußball und diesen drei gesellschaftlichen Teilsystemen.

Fazit

Die Ausführungen haben gezeigt, dass die gesellschaftliche Bedeutung des Fußball sich nicht auf einen Faktor reduzieren lässt, sondern es ist vielmehr ein komplexes Geflecht aus Prozessen, Strukturen und deren wechselseitige Beeinflussung, die diese Bedeutung hervorbringen.

Das heißt auch, dass diese Bedeutung nicht für immer festgeschrieben ist. Entscheidend wird sein, ob der Fußball sein Publikum weiterhin binden kann. Drei aktuelle Beobachtungen sollen dies exemplarisch verdeutlichen.

1. Dies ist zunächst der Kampf um Aufmerksamkeit. Mit der Ausweitung bestehender und Einführung neuer Wettbewerbe und deren massenhafter Übertragung in den Medien ist es zu einem enormen Angebot an ständig beobachtbaren Fußballspielen gekommen. Hinzu kommen weitere Sportgroßereignisse, die ihrerseits ein Publikum suchen. So folgten

beispielsweise auf die Europameisterschaft 2024 unmittelbar die Tour de France sowie die Olympischen Spiele in Paris. Insofern ist zu fragen, inwieweit es gelingt, weiterhin die bislang große Aufmerksamkeit des Fußballpublikums für Europameisterschaften aufrecht zu halten.

2. Mit der Inflation der Wettkämpfe geht möglicherweise auch ein Verlust an Bedeutung und Spannung einher. Das einzelne Ereignis läuft Gefahr, belanglos zu werden, indem es seinen Nimbus des Außergewöhnlichen, Überraschenden, Mitreißenden verliert. Es bleibt kaum Zeit zur Vorfreude wie zum Schwelgen in Erinnerungen. Zu schnell ist die Abfolge der Wettbewerbe und Großereignisse. Für das interessierte Publikum könnte sich eine solche Überraschungsarmut auch auf der Ebene der Spieler einstellen, denn durch die massive Berichterstattung über die großen nationalen Ligen in Europa und die europäischen Vereinswettbewerbe sind die meisten Spieler bereits so bekannt, dass man bei Welt- und Europameisterschaften gar keine Talente, Stars oder Turnier prägende Persönlichkeiten entdecken kann. Zumindest für die Europameisterschaft 2024 ist festzustellen, dass sie relativ gesichtslos geblieben ist. Und so manch einer hatte bereits nach wenigen Wochen Schwierigkeiten, sich daran zu erinnern, wer eigentlich Europameister geworden war. Das Turnier war insgesamt wie ein professionell organisiertes Fußballfest, weitgehend reibungslos funktionierendes Event, das aber ohne große individuelle Note blieb.

3. Schließlich ist nach der Identifikation des Publikums zu fragen, denn diese ist ein wichtiger Faktor für die Bindung der Zuschauer. Durch die zunehmende Kommerzialisierung haben sich neue Zuschauertypen entwickelt. Neben den traditionellen Fans, die sich loyal an ihren lokalen Verein binden und diesen intensiv unterstützen, stehen nun Zuschauertypen, die eher konsum- und unterhaltungsorientiert sind und sich weltweit ihren Lieblingsklub suchen.²⁶ Mit Blick auf die Nationalmannschaft ist festzustellen, dass es hier keine so ausgeprägte Fankultur wie in den Vereinen gibt.²⁷ Allen Globalisierungsprozessen zum Trotz scheint Nationalität in der heutigen Zeit immer noch ein wichtiges Kriterium zur Bildung kollektiver Identitäten zu sein. Aber dies muss nicht für alle Zeiten gelten. Es ist durchaus denkbar, dass mittelfristig für viele Zuschauer die Identifikation mit Vereinen attraktiver erscheint. Denn seinen Lieblingsverein kann man sich aussuchen, hier ist man nicht an gemeinsame lokale Herkunft oder Nationalität gebunden, sondern kann auch die Gründe, weshalb man sich identifiziert und bindet frei wählen. Und dank der globalen medialen Berichterstattung und Social Media kann man seinen Verein intensiv verfolgen. Insofern ist es nicht auszuschließen, dass der aktuell hohe gesellschaftliche Stellenwert der Europameisterschaft und weiteren Wettbewerben für Nationalmannschaften wieder sinken kann. Denn dieser wird, maßgeblich durch das Publikum und dessen Interessen bestimmt. ▲

26 Vgl. Richard Giulianotti: *Supporters, Followers, Fans and Flaneurs. A Taxonomy of Spectator Identities in Football*. *Journal of Sport & Social Issues* 2002, S. 25–46.

27 Siehe hierzu auch das Interview mit Philipp Lahm und Celina Šašić zur EM 2024 (wie Anm. 25).

DIE EURO 2024 – EINE ANALYSE: KEIN ZWEITES SOMMERMÄRCHEN, ABER POSITIVE EFFEKTE

von Tim Frohwein und Jana Wiske

Zu einem zweiten „Sommermärchen“ – also der Wiederholung jenes strahlenden WM-Sommers im Jahr 2006 – ist es laut Einschätzung der meisten Beobachter 18 Jahre später nicht gekommen. Zwar heben im Rückblick Funktionäre und Politiker hervor, dass die EM zur Völkerverständigung beigetragen hat, und viele Wirtschaftsverbände betonen die „positiven Impulse“, die von dem Event ausgegangen seien. Die fast transformative Kraft der WM 2006 hat die Europameisterschaft im eigenen Land aber nicht entfaltet.¹



Transparente und Fahnen im deutschen Fanblock in Stuttgart am 8. Juli 2006 bei der Heim-WM („Sommermärchen“) im Spiel um den 3. Platz gegen Portugal.
Foto: Picture Alliance/DSven Simon/Fotograf: Sven Simon

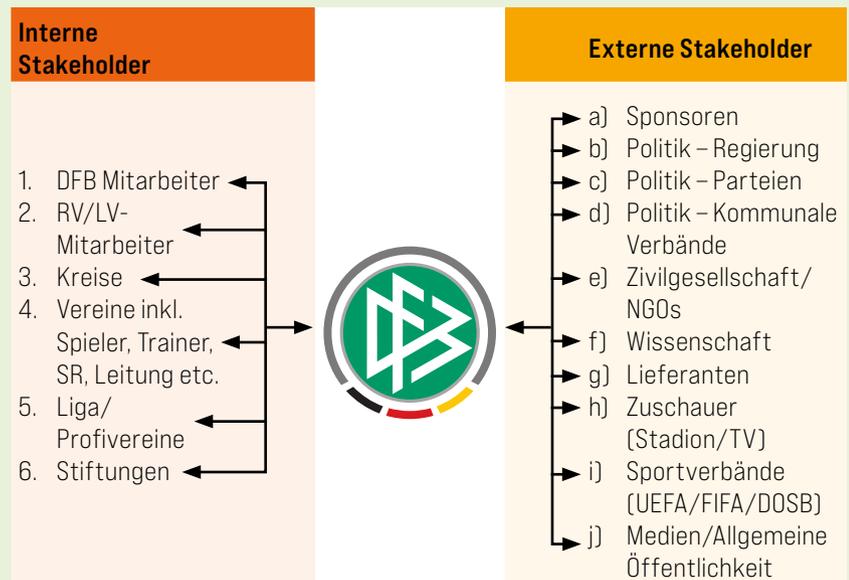
Profitieren konnte allerdings in erster Linie der deutsche Fußball selbst: „Es war unser Wunsch, uns wieder an die Weltspitze zu spielen. Das ist uns in guter Hinsicht gelungen“, bewertete beispielsweise DFB-Sportdirektor Rudi Völler trotz des zu frühen Ausscheidens im Viertelfinale gegen Spanien die EM-Auftritte der deutschen Mannschaft. Die Begeisterung rund um diese Auftritte hat mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zu vielen Neuanmeldungen im vereinsorganisierten Fußball geführt.² Und auch dem in den letzten Jahren arg krisengeschüttelten Deutschen Fußball-Bund (DFB) – Träger der Nationalmannschaft und Dachorganisation des Fußballs in Deutschland – hat die Europameisterschaft gut getan, wie die unabhängige Studie „Wir sind Fußball“ belegt.

Ansatz und Methodik der Studie: Befragung von (prominenten) Stakeholdern

Für die Studie wurden 100 Stakeholder des DFB befragt. Darunter sind Personen und Institutionen zu verstehen, die berechtigt Ansprüche gegenüber einer bestimmten Organisation haben, da diese ihr Handeln beeinflusst (und *vice versa*) oder ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis besteht. Zu wissen, wie die Stakeholder über eine Organisation denken und was sie von ihr erwarten, hat für jede Organisation in vielfacher Weise einen großen Wert: Sie erhält dadurch eine Orientierungshilfe, um sich organisational richtig auszurichten und das eigene Image zu verbessern. Denn positive Reputation entsteht dem Kommunikationswissenschaftler Mark Eisenegger zufolge, „wenn Akteure dauerhaft die Erwartungen wichtiger Bezugsgruppen erfüllen und wenn die Information

der Erwartungskonformität in Prozessen öffentlicher Kommunikation diffundiert“.³

Die Studie „Wir sind Fußball“ orientierte sich bei der Auswahl der Stakeholder an einem Schema, das vom DFB selbst vor einigen Jahren entwickelt wurde.⁴



Dabei wird zwischen internen und externen Stakeholdern des Verbands unterschieden. Zu den internen Stakeholdern zählen beispielsweise Mitarbeitende, Funktionäre auf lokaler oder regionaler Ebene sowie (ehemalige) Spieler und Verantwortliche von Amateur- wie von Profivereinen. Externe Stakeholder sind dagegen Vertreterinnen und Vertreter von Politik, Medien, Zivilgesellschaft, Wirtschaft oder Wissenschaft, die sich in ihrem Beruf mit dem Fußball auseinandersetzen. Für die erwähnten Kategorien wurden anschließend 100 Personen ausfindig gemacht und für die Studie akquiriert, darunter so bekannte Fußballgrößen wie Thomas Hitzlsperger, Almuth Schult oder Deniz

Grafik: eigene Darstellung

1 Vgl. zum Beispiel tagesschau.de v. 14. Juli 2024: War es das erhoffte Sommermärchen 2.0?; <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/fussball-europameisterschaft-106.html> [Stand 2.12.2024].

2 Die offiziellen DFB-Statistiken, die auch die Anzahl der Neuanmeldungen im Jahr 2024 ausweisen, liegen aktuell noch nicht vor. Allerdings gingen in einer Umfrage während der EM 78 Prozent der darin befragten Vereinsvertreter und -vertreterinnen davon aus, „dass im Zuge der EURO mehr Kinder und Jugendliche in die Vereine strömen und Fußball spielen“ (<https://www.dfb.de/news/detail/dfb-team-begeistert-basis-amateure-erwarten-positive-em-effekte-262769> [Stand: 19.11.2024]).

3 Mark Eisenegger: Identität, Image und Reputation, in: Günter Bentele/Romy Fröhlich/Peter Szyszka (Hg.): Handbuch der Public Relations. Wissenschaftliche Grundlagen und berufliches Handeln, Wiesbaden 2015, S. 431–460, hier S. 450.

4 Vgl. Stefanie Schulte: Der DFB geht neue Wege: Systematische Stakeholder-Dialoge über gesellschaftliche Verantwortung, in: Stakeholder-Dialoge im Sport. Dokumentation des 22. Symposiums zur nachhaltigen Entwicklung des Sports 2015, S. 27–31, hier S. 29.

Der DFB ging bei der Nominierung des EM-Kaders neue Wege. Über verschiedene Kanäle wurde die Berufung einzelner Nationalspieler noch vor der Pressekonferenz am Donnerstag bestätigt. Chris Führichs Teilnahme wurde beispielsweise am 14. Mai 2024 auf Tüten einer Bäckerei im Schwarzwald verkündet.

Foto: Picture Alliance/dpa/
Fotograf:

Christoph Schmidt



Aytekin, Medienschaffende wie ZDF-Kommentatorin Claudia Neumann oder 11 FREUNDE-Chefredakteur Philipp Köster oder Politikvertreter wie MdB Mahmut Özdemir, der auch Kapitän des FC Bundestag ist. Diese Personen haben im Sommer 2023 und im Sommer 2024, unmittelbar nach der EM, einen Online-Fragebogen ausgefüllt, in dem sie sich zu verschiedenen Themen rund um den DFB positionieren und Erwartungen äußern mussten.⁵ Die Stakeholder werden 2025 zum dritten und letzten Mal befragt, um wahrgenommene Entwicklungen und Meinungsänderungen im Zeitverlauf noch besser abzubilden.

Ergebnisse der Studie: DFB-Image stark verbessert, aber bekannte Probleme bleiben

Bei der Betrachtung der Ergebnisse fällt zunächst auf, dass der DFB, wie eingangs erwähnt, von

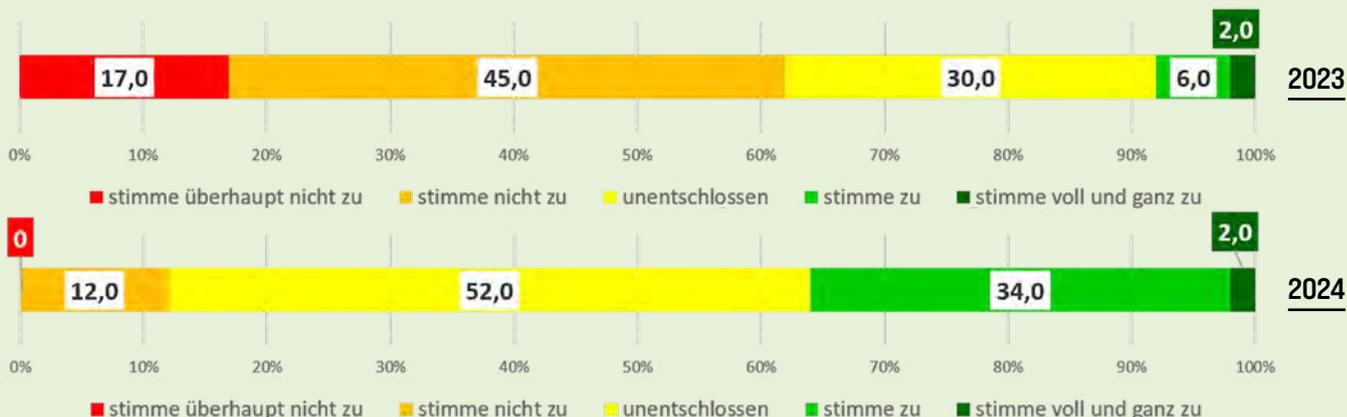
5 Die Studiendurchführung und Aufbereitung der Daten erfolgte durch das unabhängige Marktforschungsinstitut mindline, Nürnberg. Weder das Marktforschungsinstitut noch das Forschungsteam konnten auf Grund der gewählten Methodik nachvollziehen oder zuordnen, wer wie geantwortet hat.

einem „EURO“-Effekt profitiert: Wurde das Image des DFB auf einer Skala von 1 (= sehr schlecht) bis 5 (= sehr gut) im Jahr 2023 von den 100 Stakeholdern im Durchschnitt noch mit 1,9 bewertet, stieg der Wert im Jahr 2024 auf 2,5. Für die Befragten steht der Verband nach der EM außerdem deutlich stärker für „sportlichen Erfolg“ oder „Fannähe“ als im Vorjahr, was einerseits mit dem teilweise begeisterten Spielstil der deutschen Mannschaft um die Jungstars Jamal Musiala und Florian Wirtz zusammenhängen dürfte, andererseits wohl auf aufwändige Kommunikationskampagnen wie bei der Bekanntgabe der Kader-Nominierten durch bekannte Influencer via Social Media – aber eben auch durch viele Menschen aus den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten unseres Landes.

Andere Themen bleiben dagegen auch nach der Europameisterschaft Baustellen. Nur sieben Prozent der Befragten stimmen beispielsweise zu, dass der DFB aktuell für Transparenz steht (2023: zwei Prozent); fast zwei Drittel der Befragten – und damit fast so viele wie im Vorjahr – lehnen die Aussage ab, dass der DFB für solides Wirtschaften steht.

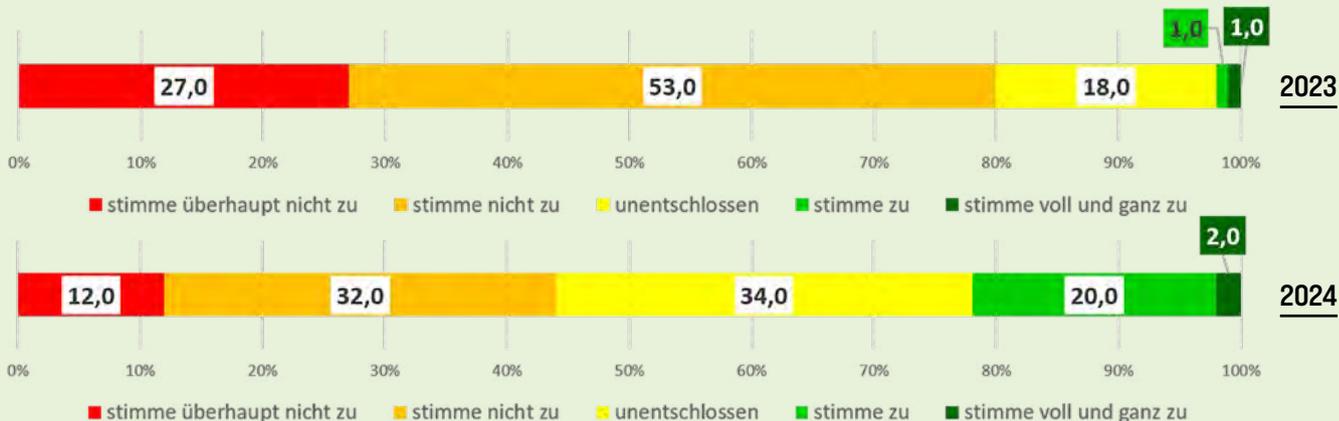
Besonders zu denken geben muss den Verantwortlichen, dass die befragten Stakeholder den DFB in diesem Jahr sogar noch stärker als „Interessenvertretung des Leistungsfußballs“

Der DFB steht aktuell für sportlichen Erfolg

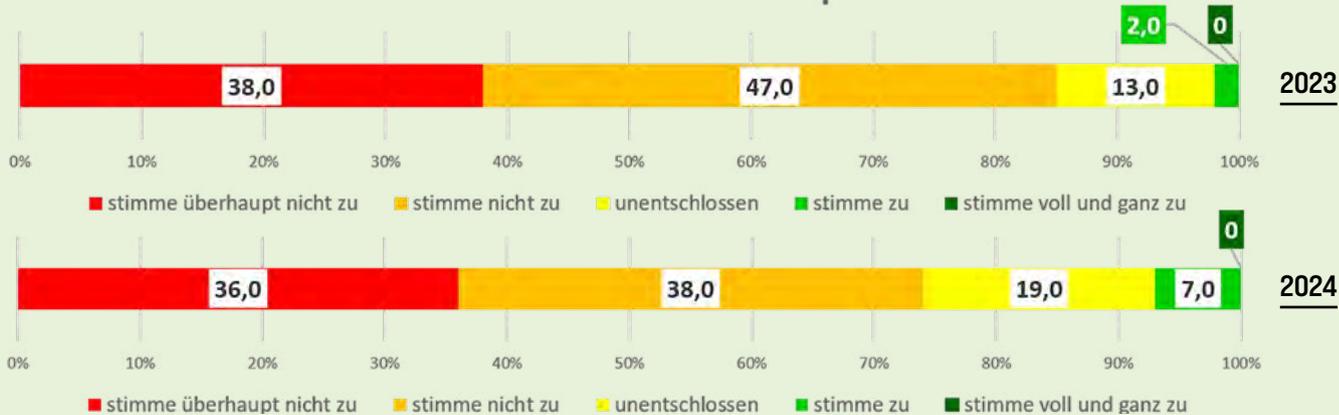


alle Grafiken:
Tim Frohwein/Jana Wiske

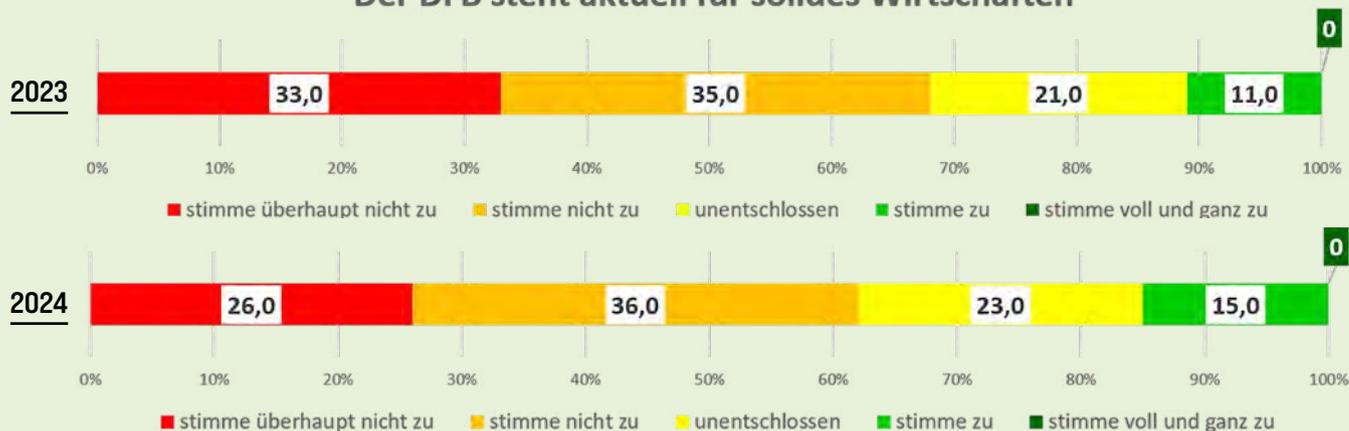
Der DFB steht aktuell für Fannähe



Der DFB steht aktuell für Transparenz



Der DFB steht aktuell für solides Wirtschaften



Der DFB steht aktuell für die Interessenvertretung des Leistungsfußballs



wahrnehmen (67 Prozent stimmen hier zu, 2023: 55 Prozent). Für einen Verband, der mit groß angelegten Kampagnen wie „Unsere Amateure. Echte Profis.“ den Weg in die Öffentlichkeit sucht, ist das kein gutes Zeugnis. Passend dazu wünschen sich die befragten Stakeholder auch, dass der DFB in Zukunft einen stärkeren Fokus auf den Amateurfußball setzt.⁶

Fazit der Studie: den Schwung der EM mitnehmen

Die Heim-EM hat laut der Studie und der Wahrnehmung vieler Beobachter in Fußballdeutschland eine Aufbruchstimmung erzeugt. Davon profitiert

auch der DFB. Der Verband befindet sich nach einer Phase, in der er viel in der Kritik stand und Studien ihm schlechte Imagewerte attestierten,⁷ aktuell wieder im Aufwind. Im Zuge der wahrscheinlichen Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaft 2034 an Saudi-Arabien, über die noch im Dezember 2024 unter Beteiligung des DFB entschieden werden soll, könnte er wieder stärker unter Druck geraten. Insofern ist dem Verband zu wünschen, dass er die richtigen Entscheidungen trifft und diese konsequent und adäquat kommunikativ begleitet – vor allem mit Blick auf die Erwartungen seiner Stakeholder. Dann lässt sich der Schwung der EM nutzen – damit der Verband seiner sozialen und lobbyistischen Funktion im Zusammenhang mit Themen wie Integration oder Gesundheit wieder besser gerecht werden kann. 🌱

6 Eine ausführliche Ergebnispräsentation findet sich unter: https://www.hs-ansbach.de/fileadmin/Redaktion/Praesentation_Wir_sind_Fussball_2024_Final.pdf [Stand: 03.12.2024].

7 Vgl. Tim Frohwein/Harald Lange/André Siebe/Jana Wiske: Deutsche Fußball-Basis 2022, siehe: <https://go.uniwue.de/studie-dfb2022> [Stand: 20.11.2024].

WEM GEHÖRT DIETRICH BONHOEFFER?

von Udo Hahn

Kaum ein evangelischer Theologe des 20. Jahrhunderts hat so tief in Kirche und Gesellschaft hineingewirkt wie Dietrich Bonhoeffer. Welche Bedeutung hat er heute? Eine Einordnung anlässlich zweier Gedenktage.

Die Vereinnahmung Bonhoeffers durch Extremisten

Es ist nicht einfach nur eine Kontroverse, wie sie in der Wissenschaft üblich ist. Im konkreten Fall geht es um eine politische Vereinnahmung, die Werk und Haltung eines Menschen ins Gegenteil verkehren: des evangelischen Theologen und Widerstandskämpfers gegen das NS-Regime Dietrich Bonhoeffer (1906-1945). Ein solcher Vorgang war während der Corona-Pandemie von Querdenkern und Anhängern von Verschwörungsmäthen zu beobachten, als diese ihre Proteste etwa mit der zur Weißen Rose gehörenden Widerstandskämpferin Sophie Scholl (1921-1943) zu legitimieren versuchten. Rechtsextreme Kräfte in Deutschland betreiben dieses perfide Spiel schon lange, indem sie zum Beispiel den Widerstand des 20. Juli für ihre Zwecke missbrauchen.

Im Oktober 2024 wandten sich deutsche und amerikanische Theologinnen und Theologen in einem offenen Brief gegen eine Vereinnahmung Dietrich Bonhoeffers anlässlich der Präsidentschaftswahl in den USA. Ihr zentraler Vorwurf: Bonhoeffer wird zum Idol gewaltbereiter Unterstützer von Donald Trump gemacht.

Die Liste der Erstunterzeichner umfasst die renommiertesten Bonhoeffer-Kenner: u.a. Lori Brandt Hale, Präsidentin der Internationalen Bonhoeffer-Gesellschaft, englischsprachige Sektion; Florian Höhne, Präsident der Internationalen Bonhoeffer-Gesellschaft, deutschsprachige Sektion; Victoria J. Barnett, Herausgeberin der



Dietrich Bonhoeffer (1906-1945), deutscher Theologe, undatierte Aufnahme aus dem Jahr 1932
Foto: Picture Alliance/SZ-Photo



Rechtsaktivist Metaxas mit einem Foto Bonhoeffers bei proisraelischer Demonstration in New York im April 2024
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Zach D Roberts

englischen Ausgabe von Bonhoeffers Werken; Wolfgang Huber, Herausgeber der deutschen Ausgabe von Bonhoeffers Werken; Heinrich Bedford-Strohm, Gründer der Dietrich-Bonhoeffer-Forschungsstelle für öffentliche Theologie an der Universität Bamberg.¹

In dem offenen Brief wird beklagt, dass „historisch falsche Gleichsetzungen zwischen unserer Gegenwart und dem totalitären Nazi-Regime behauptet“² würden. Diese gefährliche Widerstandsrhetorik, die sich auf den Theologen beruft, findet vor allem in Kreisen statt, die sich dem christlichen Nationalismus verschrieben haben. Diese Gruppen, die nicht nur in den USA anzutreffen sind, nutzen Symbole und Sprache des christlichen Glaubens, um in letzter Konsequenz den möglichen Einsatz von Gewalt gegen ihre Gegner zu rechtfertigen.

„Auch heute setzen christliche Nationalisten in den USA ihre politischen Gegner mit

Nazi-Verbrechern gleich und stellen ihre eigenen militanten Aktionen auf eine Stufe mit dem Widerstand gegen die nationalsozialistische Schreckensherrschaft“,³ heißt es in dem offenen Brief.

Weiter: „Dietrich Bonhoeffer setzte sich für Gerechtigkeit und Nächstenliebe ein, insbesondere im Dienste der Schwächsten. Er erkannte die Gefahren des christlichen Nationalismus und sprach sich bereits 1930 gegen ihn aus. In einer Predigt in New York warnte er: Christen sollten niemals vergessen, dass sie nicht nur in ihrem eigenen Volk, sondern in jedem Volk Brüder und Schwestern haben. Wenn das Volk Gottes vereint sei, so verkündete Bonhoeffer, könnte kein Nationalismus, kein Hass auf Ethnien oder Klassen seine Pläne verwirklichen, und dann hätte die Welt für immer und ewig Frieden.“⁴

Die Kritik richtet sich vor allem an den amerikanischen Autor Eric Metaxas, Verfasser der populären, aber fehlerhaften Biografie „Bonhoeffer: Pastor, Martyr, Prophet, Spy“ (deutscher

1 Der offene Brief wurde unter dem Titel „So war Bonhoeffer nicht!“ in der Zeit vom 17. Oktober 2024, Nr. 44, S. 64, veröffentlicht.

2 Ebd.

3 Ebd.

4 Ebd.

Titel: „Bonhoeffer: Pastor, Agent, Märtyrer und Prophet“). Die SCM-Verlagsgruppe (Witten/Holzgerlingen) hat sich jetzt von Metaxas distanziert und sein Bonhoeffer-Buch aus dem Programm genommen. Wie der Pressesprecher der Stiftung Christliche Medien und SCM Verlagsgruppe, Jürgen Asshoff, auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mitteilte,⁵ ist die Zusammenarbeit mit Metaxas ausgelaufen: „Vor dem Hintergrund seiner jüngsten Positionierungen, die stärker politisch als fachlich sind, würden wir von einer erneuten Zusammenarbeit absehen, sollte diese uns angeboten werden. Unsere Veröffentlichungsstrategie geht in andere Richtungen als das, wofür Eric Metaxas sich derzeit engagiert.“⁶

Metaxas war im Dezember 2020 beim „Jericho-Marsch“ in Washington, der der Stürmung des Kapitols vorausging, aufgetreten. Später verglich er Gewalttäter, die wegen des Angriffs auf das Kapitol verurteilt wurden, mit Dietrich Bonhoeffer, Martin Niemöller und anderen Widerständlern gegen die Diktatur des Nationalsozialismus.

In dem offenen Brief wird auch das „*Project 2025*“ kritisiert, ein Plan der Republikanischen Partei für die im Januar 2025 beginnende zweite Amtszeit Donald Trumps. Sie liest sich wie „eine Blaupause für die Umwandlung der USA in einen autoritären Staat. Dieses Dokument, das von vielen einflussreichen konservativen Institutionen mitgetragen wird, zitiert Dietrich Bonhoeffer schon im Vorwort [...], um den Schutz von Flüchtlingen und die Sorge um die Umwelt zu diskreditieren.“⁷

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner kommen zu dem Schluss: „Jeder Versuch, Dietrich Bonhoeffer und seinen Widerstand gegen Hitler als Legitimation für heutige politische Gewalt heranzuziehen, ist entschieden zurückzuweisen. Dietrich Bonhoeffer selbst bietet die beste Verteidigung gegen den Missbrauch seines Lebens und seiner Arbeit. Er fragte nicht: Wie weit wirst du gehen? Er fragte nicht: Ist dies ein Bonhoeffer-Moment? Sein Leben war bestimmt von der Frage: Wer ist Christus für uns heute? Bonhoeffer lehrt uns, dass Christus im Leiden des Nächsten zu finden ist, ob auf der anderen Straßenseite oder jenseits der Landesgrenze. So hat er Christen und Nichtchristen in aller Welt inspiriert, sich für eine solidarische und menschliche

Gesellschaft einzusetzen. Bonhoeffer bestand darauf, dass wir einen ‚Blick von unten‘ einnehmen, dass wir ‚die großen Ereignisse der Weltgeschichte aus der Perspektive der Ausgestoßenen, der Verdächtigen, der Geschundenen, der Machtlosen, der Unterdrückten und Geschmähten, kurz aus der Perspektive der Leidenden‘ sehen. Diese Perspektive bleibt wichtig, um den falschen und verharmlosenden Gleichsetzungen heutiger Probleme mit dem Naziterror und den Schrecken des Holocausts zu widerstehen.“⁸

Im Oktober 2024 wandten sich Nachkommen Bonhoeffers entsetzt und mit ähnlicher Stoßrichtung gegen den Missbrauch seines Vermächtnisses an die Öffentlichkeit. „Mit Entsetzen verfolgen wir, wie das Vermächtnis von Dietrich Bonhoeffer zunehmend von rechtsextremen Antidemokraten, Fremdenfeinden und religiösen Hetzern verfälscht und missbraucht wird“, heißt es in einem offenen Brief, der den Zeitungen der Funke Mediengruppe (18.10.2024) vorliegt. Unterzeichnet haben den Appell demnach 86 der insgesamt 100 erwachsenen Nachkommen des Theologen. Die Familie beruft sich auf ihre eigene Überlieferung, wonach Bonhoeffer „ein friedliebender, freiheitlich gesinnter Menschenfreund“ gewesen sei. „Niemals hätte er sich in der Nähe rechtsextremer, gewalttätiger Bewegungen gesehen, die heute versuchen, ihn zu vereinnahmen. Im Gegenteil, er hätte genau diese Haltungen kritisiert.“⁹

Konkret werfen die Unterzeichner Eric Metaxas vor, in seiner bereits 2010 erschienenen Biografie den Blick auf Bonhoeffer verklärt zu haben. Der im November erschienene und von den Angel Studios produzierte Spielfilm, der auf der Biographie Metaxas beruhe, verdrehe die Geschichte. Die Bonhoeffer-Nachkommen monieren in diesem Zusammenhang, dass Zitate des Theologen „aus dem Zusammenhang gerissen, zu frommen Sprüchen und Widerstandspathos degradiert“ worden seien. Damit würden sich von christlich-nationalistische Trump-Anhängern in den USA „bis zum deutschen Rechtsextremisten Höcke auch viele schmücken, deren Absichten Bonhoeffers Denken und Handeln diametral widersprechen“.¹⁰

Im Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ erläutert Tobias Korenke, ein Großneffe

5 idea-Meldung, 29.10.2024

6 Ebd.

7 Offener Brief (wie Anm. 1)

8 Ebd.

9 Ebd.

10 Ebd.

Bonhoeffers, die Beweggründe für den Familienprotest: „Uns alle stört die rechte Aneignung des Widerstandsmotivs. Wir wollen klarmachen, dass Dietrich Bonhoeffer gegen den Geist der Enge, der Unfreiheit und der Ausgrenzung opponierte. Er sah auch den amerikanischen Rassismus als Problem seiner Zeit.“¹¹ Als „infam“ und eine „völlige Geschichtsverdrehung“¹² bezeichnete Korenke die Darstellung Bonhoeffers mit einer Pistole auf einem Werbeplakat für den neuesten Film. Seinem Großonkel seien religiöser Eifer, blinder Gehorsam, Nationalismus und Militarismus fremd¹³ gewesen. Deshalb ärgere er sich so sehr, wenn sein Name heute von Extremisten vereinnahmt werde.

Wer war Dietrich Bonhoeffer?

2025 ist es achtzig Jahre her, dass sein Leben durch den Tod am Galgen in den frühen Morgenstunden des 9. April 1945 im Konzentrationslager Flossenbürg endete. Vier Wochen später endete in Deutschland der Zweite Weltkrieg. Was bis zuletzt funktionierte, war die Tötungsmaschinerie der Diktatur des Nationalsozialismus. Einer bestimmten Zahl von Inhaftierten, die als „persönliche Gefangene des Führers“ – so hieß das damals – eingestuft waren, galt ein spezifisches Interesse. Sie sollten selbst dann noch sterben, wenn Deutschland längst in Trümmern lag. So kam es dann auch.

Die Henkersknechte Adolf Hitlers bereiteten am 9. April 1945 alles genauestens vor für einen qualvollen Tod am Galgen. Hingerichtet wurden neben Dietrich Bonhoeffer auch General Hans Oster, Admiral Wilhelm Canaris, der Offizier Ludwig Gehre und der Heeresrichter Karl Sack. Sechs Stunden dauerte die Hinrichtung, denn die bis zur Ohnmacht Strangulierten wurden ein ums andere Mal wiederbelebt, um so ihren Todeskampf noch zu verlängern. Mehr Grausamkeit und Menschenverachtung sind kaum vorstellbar.

Dietrich Bonhoeffer hat die Diktatur Hitlers nicht überlebt – aber seine Texte, die insgesamt siebzehn Bände füllen. Bis heute finden

Interessierte inspirierende Gedanken in seinen Predigten und Vorträgen, in den wissenschaftlichen Abhandlungen, in seinen Tagebüchern und Gedichten. Bonhoeffer hat Worte gefunden, die auch heute noch berühren.

Dietrich Bonhoeffer hat in seinem Tagebuch, das er im Gefängnis führte, folgenden Eintrag hinterlassen: „Ich glaube, dass Gott aus allem, auch aus dem Bösesten, Gutes entstehen lassen kann und will. Dafür braucht er Menschen, die sich alle Dinge zum Besten dienen lassen. Ich glaube, dass Gott uns in jeder Notlage so viel eher Widerstandskraft geben will, wie wir brauchen. Aber er gibt sie nicht im Voraus, damit wir uns nicht auf uns selbst, sondern allein auf ihn verlassen. In solchem Glauben müsste alle Angst vor der Zukunft überwunden sein. Ich glaube, dass auch unsere Fehler und Irrtümer nicht vergeblich sind, und dass es Gott nicht schwerer ist mit ihnen fertig zu werden, als mit unseren vermeintlichen Guttaten. Ich glaube, dass Gott kein zeitloses Fatum/Schicksal ist, sondern dass er auf aufrichtige Gebete und verantwortliche Taten wartet und antwortet.“¹⁴

Dietrich Bonhoeffer wird am 4. Februar 1906 in Breslau als sechstes von acht Kindern geboren. Sein Vater ist der Arzt und Neurologe Prof. Dr. Karl Bonhoeffer, seine Mutter Paula von Hase.

Dietrich Bonhoeffer mit Schülern im Frühjahr 1932
Foto: Picture Alliance/ Ullstein-Bild



11 Evelyn Finger: Großonkel mit Pistole. Und was sagt die Familie von Dietrich Bonhoeffer dazu? Ein Gespräch mit Tobias Korenke; Die Zeit, Nr. 44, 27.10.2024, S. 64.

12 Ebd.

13 Ebd.

14 Dietrich Bonhoeffer: Widerstand und Ergebung, DBW Band 8, Seite 30 f.

Mit 17 Jahren macht er das Abitur und studiert in Tübingen, Rom und Berlin Theologie. Vier Jahre später wird er promoviert. 1928 absolviert er das Erste Theologische Examen und wird Vikar in der deutschen Gemeinde in Barcelona. 1930 legt er das Zweite Theologische Examen ab und habilitiert sich in Berlin im Fach Systematische Theologie. Da er zur Ordination noch zu jung ist und noch nicht Pfarrer

werden kann, geht er für ein Studienjahr nach New York. 1931 kehrt er nach Berlin zurück und wird vom Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen zum Jugendsekretär für Europa gewählt.

Zwei Jahre später übernimmt er ein Auslands-pfarramt in London. 1935 wird er Studiendirektor des Predigerseminars der Bekennenden Kirche – das war die Oppositionsbewegung der evangelischen Kirche, die sich gegen die Gleichschaltung der Theologie mit der Ideologie des Nationalsozialismus wehrte. Das Predigerseminar wird 1937 geschlossen, besteht jedoch bis 1940 illegal weiter. 1939 reist Bonhoeffer nach London und in die USA – und kehrt im Juli wieder nach Deutschland zurück.

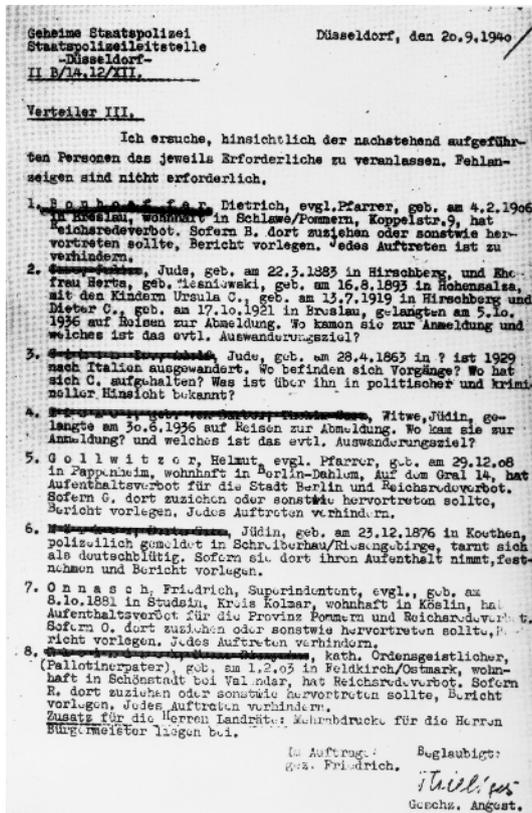
Nach dem Entzug der Lehrerlaubnis für Hochschulen bereits im Jahre 1936 erhält er 1940 endgültig Rede- und Schreibverbot. Über seinen Schwager Hans von Dohnanyi schließt er sich dem politisch-militärischen Widerstand um Admiral Wilhelm Canaris an, der ihn im Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht beschäftigt. Als Vertrauensperson knüpft Bonhoeffer mit Hilfe seiner ökumenischen Kontakte Verbindungen zwischen den westlichen Regierungen und dem deutschen Widerstand.

Am 7. Januar 1943 verlobt er sich mit Maria von Wedemeyer, am 5. April wird er unter der Beschuldigung der Wehrkraftzersetzung verhaftet. Erst nach dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 gelingt es der Gestapo, Bonhoeffer eine Widerstandstätigkeit nachzuweisen. Am Abend des 3. April 1945 wird er zusammen mit anderen Häftlingen aus Berlin weggebracht. Kurz darauf gibt Hitler den Mordbefehl für die Beteiligten des 20. Juli. Am 8. April wird Bonhoeffer ins KZ Flossenbürg verlegt und noch in der Nacht werden die Gefangenen von einem Standgericht zum Tode verurteilt. Das Urteil wird schon einen Tag später vollzogen. Dietrich Bonhoeffer wurde nur 39 Jahre alt.

Mehr als fünfzig Jahre dauert es, bis am 6. August 1996 das Landgericht Berlin das Todesurteil aufhebt und den Theologen rehabilitiert. Bonhoeffer wird zu diesem Zeitpunkt längst als ökumenischer Märtyrer verehrt. Weltweit sind nicht nur Kirchen, sondern auch Schulen, Krankenhäuser, Straßen und Plätze nach ihm benannt.

Das letzte erhaltene Dokument von Dietrich Bonhoeffer ist zugleich sein bekanntestes und populärstes: das Lied „Von guten Mächten wunderbar geborgen“. Mehr als siebzig Komponisten weltweit haben es inzwischen vertont. Es findet sich im evangelischen und selbstverständlich auch im

Akte der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizei-leitstelle Düsseldorf vom 20. September 1940: Gegen Bonhoeffer, Helmut Gollwitzer u. Friedrich Onnasch wird „Reichs-redeverbot“ beantragt. Foto: Picture Alliance/ akg-images



Brief des Oberreichskriegs-anwalts vom 20. April 1943: Der Antrag auf Sprecherlaubnis wird abgelehnt. Foto: Picture Alliance/ akg-images





Denkmal von Dietrich Bonhoeffer im Kocherquartier, Schwäbisch Hall, Baden-Württemberg
 Foto: Picture Alliance/
 Fotograf: Andreas Scholz

katholischen Gesangbuch. Der Text bildet den Abschluss eines Briefes an seine Verlobte Maria von Wedemeyer. Zur Erinnerung: Die Verlobung findet Anfang Januar 1943 statt. Im April wird er bereits verhaftet. Und er bleibt in Haft bis zu seinem Tod. Dass er seine Verlobte nicht mehr sehen kann, das tut seiner Zuneigung und Liebe keinen Abbruch.

Wenige Tage vor dem Weihnachtsfest, am 19. Dezember 1944, schreibt Bonhoeffer seinen letzten Brief. Die guten Mächte, die er beschwört, dieser flehentliche Hilferuf, ist zu einem Gebet geworden, das schon vielen Menschen Trost spendete inmitten der Ungewissheiten des Lebens.

„Von guten Mächten“¹⁵ gehört zu einem Zyklus von zehn Gedichten bzw. gedichtähnlichen



LIEDTEXT

Von guten Mächten treu und still umgeben,
 behütet und getröstet wunderbar,
 so will ich diese Tage mit euch leben
 und mit euch gehen in ein neues Jahr.

Noch will das alte unsre Herzen quälen,
 noch drückt uns böser Tage schwere Last.
 Ach Herr, gib unsern aufgeschreckten Seelen
 das Heil, für das du uns geschaffen hast.

Und reichst du uns den schweren Kelch, den bitteren
 des Leids, gefüllt bis an den höchsten Rand,
 so nehmen wir ihn dankbar ohne Zittern
 aus deiner guten und geliebten Hand.

Doch willst du uns noch einmal Freude schenken
 an dieser Welt und ihrer Sonne Glanz,
 dann wolln wir des Vergangenen gedenken,
 und dann gehört dir unser Leben ganz.

Lass warm und hell die Kerzen heute flammen,
 die du in unsre Dunkelheit gebracht,
 führ, wenn es sein kann, wieder uns zusammen.
 Wir wissen es, dein Licht scheint in der Nacht.

Wenn sich die Stille nun tief um uns breitet,
 so lass uns hören jenen vollen Klang
 der Welt, die unsichtbar sich um uns weitet,
 all deiner Kinder hohen Lobgesang.

Von guten Mächten wunderbar geborgen,
 erwarten wir getrost, was kommen mag.
 Gott ist bei uns am Abend und am Morgen
 und ganz gewiss an jedem neuen Tag.

15 Dietrich Bonhoeffer: Widerstand und Ergebung, DBW Band 8, Seite 60 f.

Meditationen, die allesamt im Gefängnis entstanden sind. Und zwar zwischen Juni und Dezember 1944. Sein Freund und Kollege Eberhard Bethge, der Herausgeber der Werke Bonhoeffers, ist sicher, dass dieser früher keine Gedichte geschrieben habe. Als Prediger und Theologieprofessor musste er sein theologisches Denken im universitären und gesellschaftlichen Diskurs behaupten. Die Dichtkunst zielt ja nicht auf den Diskurs, auf den Austausch von Argumenten, gar auf den Streit um der Sache willen. Die Poesie verdichtet Gedanken zu Worten in einer völlig neuen Sprachmelodie. Die Konzentration des Textvolumens führt bei Bonhoeffer auch zu einem äußerst sparsamen Gebrauch von theologischen Begriffen. Das Wort „Gott“ kommt in den sieben Strophen des Liedes ein einziges Mal vor. „Glaube“ als Begriff sucht man vergeblich in seinem bekanntesten Gedicht – obwohl es von der ersten bis zur letzten Strophe um nichts anderes als Glauben geht.

Wieso es dazu kam, dass Bonhoeffer Gedichte schrieb, darüber gibt es keine Hinweise. Weder

von ihm selbst noch aus der Erforschung seines Werkes. In jedem Fall ist es für ihn ein neuer Versuch, von Gott zu sprechen. Es trifft damit einen ganz neuen Ton. Seine Übersetzungsbemühungen sind nicht vergebens. Verständlich von Gott reden, das war schon immer nötig, wenn der Glaube nicht nur bloßes Gedankenspiel sein soll, sondern zur Lebenshilfe werden soll. Verständlich von Gott reden, das ist der Maßstab, an dem sich Theologinnen und Theologen auch heute messen lassen müssen.

Ob jemand an Gott glaubt oder nicht, Bonhoeffers Lied leiht Menschen Worte für das, was sie in ihrem Innersten erhoffen: Kraft und Trost und Zuversicht zu finden inmitten der Irrungen und Wirrungen des eigenen Lebens, aber auch in den gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen.

Bonhoeffer schreibt diese Verse im Kerker. Am 8. Oktober 1944 wird er in das Kellergefängnis des Reichssicherheitshauptamtes in die Berliner Prinz-Albrecht-Straße verlegt. Das heute als



Der frühere Hamburger Bürgermeister und Neffe von Dietrich Bonhoeffer, Klaus von Dohnanyi, gedenkt am Samstag, dem 4. Februar 2006, an der Humboldt-Universität in Berlin mit einer Kranzniederlegung des 100. Geburtstages des Theologen und NS-Widerstandskämpfers.
Foto: Picture Alliance/
Fotograf: Peer Grimm



HINWEIS

Unter dem Titel „Wem gehört Bonhoeffer?“ veranstaltet die Evangelische Akademie Tutzingin der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg eine Tagung am 7./8. April 2025 in Kooperation mit der Internationalen Bonhoeffer-Gesellschaft und der Stiftung Bayerische Gedenkstätten



LESESTOFF



Die 101 wichtigsten Fragen - Antisemitismus

Zu bestellen unter:
<https://www.bestellen.bayern.de/shoplink/05811212.htm>



Band 2: Gesellschaft, Staat und Verbrechen

Zu bestellen unter:
<https://www.bestellen.bayern.de/shoplink/05811182.htm>



„Topographie des Terrors“ bekannte Gelände war der zentrale Ort, an dem unzählige Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes geplant und gesteuert wurden.

Die „guten Mächte“ sind die Klammer, die das Lied zusammenhalten und den Bogen von der ersten bis zur siebten Strophe spannen: „treu und still umgeben“ sie ihn – so, als wären sie ganz selbstverständlich da. Ein Wort kommt – wie die guten Mächte – zweimal in dem Lied vor, in der ersten und in der letzten Strophe: „wunderbar“. Nichts könnte seine Gefühlswelt treffender beschreiben, als dass er sich behütet, getröstet, geborgen fühlt – eben wunderbar. Kein Jammern, kein Hadern, kein Klagen. Obwohl er bösen Mächten wehrlos ausgesetzt ist. Und diese haben Namen: Adolf Hitler, Nationalsozialismus, Diktatur.

Und dann der viel zitierte Schlussvers: „Gott ist bei uns am Abend und am Morgen, und ganz gewiss an jedem neuen Tag.“ Gott ist da – das ist die Quintessenz der Theologie Dietrich Bonhoeffers. Dabei fasst er alles zusammen – was er im eigenen Studium gelernt hat, was er anderen zu vermitteln versuchte, wenn er seine wissenschaftlichen Tiefenbohrungen vornahm. Auf einen Nenner gebracht, lässt sich mehr und anderes nicht sagen.

Dietrich Bonhoeffer hat wie kaum ein Theologe seiner Zeit eine Geistesgegenwart entwickelt, die den Pulsschlag des Zeitgeschehens spürte. Er vermochte Antworten zu formulieren, die Menschen auch heute ansprechen. In alledem ist er fromm und politisch zugleich, wie es sich in der nur mündlich überlieferten Aussage aus dem Jahre 1938 andeutet: „Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen.“ Und wenn es sein muss, gilt es, auch zum Äußersten bereit zu sein, „nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen“. Oder: „Mag sein, dass der Jüngste Tag morgen anbricht, dann wollen wir gern die Arbeit für eine bessere Zukunft aus der Hand legen, vorher aber nicht.“¹⁶ 🌱

16 Dietrich Bonhoeffer: Widerstand und Ergebung, DBW Band 8, Seite 36.

〔 POLITISCHE ANFÄNGE IN BAYERN NACH 1945 〕

FÖDERALISMUS, FÜHRUNGSPERSONAL UND NS-VERGANGENHEIT IN DER BAYERISCHEN STAATSKANZLEI NACH DEM NATIONALSOZIALISMUS

von Rick Tazelaar



Entwurzelter Löwe vom Siegestor in München, 1945
Foto: Picture Alliance/SZ Photo

Erstaunlich rasch entwickelte sich die Bayerische Staatskanzlei nach dem Zweiten Weltkrieg zur Schaltzentrale des bayerischen Föderalismus.¹ Sie wurde im Sommer 1945 als „Spitze des bayerischen Verwaltungs- und Regierungsapparats“ zur Unterstützung des Ministerpräsidenten und der Staatsregierung neu konzipiert. Die Nationalsozialisten hatten zwar bereits 1933 eine Staatskanzlei anstelle des Bayerischen Ministeriums des Äußern installiert. Dennoch büßten die Behörde und das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten durch die nationalsozialistische Zentralisierungspolitik bis zum Kriegsende erheblich Bedeutung ein. Nach dem Krieg musste die Staatskanzlei großenteils neu aufgebaut werden. Von ihr aus wurden nach dem Krieg die Beziehungen mit den jeweiligen Vertretern der amerikanischen Militärregierung geführt. Daneben koordinierte sie während der Besatzungszeit den Kontakt Bayerns zu den Ländern in der amerikanischen Zone, ebenso wie die Vertretungen in den jeweiligen länder- und zonenübergreifenden Gremien. Hier wurde bis 1949 die föderalistische Strategie für die bayerische Interessensdurchsetzung beim Aufbau des deutschen Staats und nach der Gründung der Bundesrepublik die Strategie Bayerns gegenüber dem Bund festgelegt. Welche Akteure prägten die Staatskanzlei nach dem Zweiten Weltkrieg? Welche politischen Zielsetzungen verfolgten sie? Und welche Rolle spielte die NS-Vergangenheit in der Personalpolitik der Staatskanzlei?

Männer mit Erfahrung: die Gründervater der Bayerischen Staatskanzlei

Der Wiederaufbau der Bayerischen Staatskanzlei in der Nachkriegszeit wurde stark von den historischen Erfahrungen, ideologischen Überzeugungen und politischen Zukunftsvorstellungen der bayerischen Ministerpräsidenten Fritz Schäffer, Wilhelm Hoegner und Hans Ehard geprägt. Ausschlaggebend war darüber hinaus die Rolle des ersten Leiters der Staatskanzlei, Anton Pfeiffer, der sich als Architekt der neuen Behörde profilierte. Dabei

¹ Der vorliegende Artikel basiert auf Kapitel 2 und 3 der Dissertation des Autors. Diese ist 2023 unter dem Titel „Hüter des Freistaats. Das Führungspersonal der Bayerischen Staatskanzlei zwischen Nationalsozialismus und Nachkriegsdemokratie“ bei De Gruyter Oldenbourg erschienen.



wurde er im Hintergrund von seinem langjährigen Weggefährten aus der ehemaligen Bayerischen Volkspartei (BVP), Karl Schwend, unterstützt. Es handelte sich hier um Männer, die um 1890 geboren waren, vom politischen Klima des späten Kaiserreichs geprägt worden waren und für die die Konstituierung der Weimarer Republik eine entscheidende Zäsur für ihren Eintritt in die Politik darstellte.

Außerdem hatten alle während der Weimarer Republik Ämter innerhalb der bayerischen Politik oder Ministerialverwaltung bekleidet. So zog Schäffer 1920 für die BVP in den Bayerischen Landtag ein, dem er bis 1933 angehörte, und übernahm 1929 den Parteivorsitz. Pfeiffer erhielt bereits 1918 die Leitung des Generalsekretariats der BVP und wurde 1928 in den Bayerischen Landtag gewählt. Seit 1920 wurde er intensiv von Schwend als Schriftleiter der Bayerischen Volkspartei-Correspondenz (BVC) unterstützt. Ehard übernahm zwar kein politisches Amt, trat aber 1919 der BVP bei und diente im Sinne seiner Partei als Beamter im bayerischen Justizministerium dem bayerischen Staat. Wilhelm Hoegner war 1919 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) beigetreten und repräsentierte seine Partei zwischen 1924 und 1932 im Bayerischen Landtag und parallel zwischen 1930 und 1933 im Reichstag in Berlin.

Sitz der Bayerischen Staatskanzlei in der Prinzregentenstraße 7, 1945-1993
Foto: SZ Photo/
Fotograf: Alfred Haase

Prägende
Akteure der
bayerischen
Nachkriegszeit:
Die ehemaligen
Minister-
präsidenten
Ehard (1. v. l.),
Hoegner (2. v.
r.) und Schäffer
(1. v. r.) mit dem
amtierenden
Minister-
präsidenten
Goppel (2. v. l.).
Aufnahme aus
dem Jahr 1965
*Foto: SZ-Photo/
Fotograph: Fritz
Neuwirth*



Dennoch hatten sie vor 1945 keineswegs die gleichen Erfahrungen gemacht. Pfeiffer und Schwend hatten dem rechten Flügel der BVP um Schäffer angehört, der stets durch autoritäre, antiparlamentarische Züge geprägt war. Die BVP verstand sich während der Weimarer Republik als eine katholische „Weltanschauungspartei“ und als Synonym für den bayerischen Staat. Außerdem lehnte sie die Revolution von 1918/19 entschlossen ab und sah Bayern als „Ordnungsmodell“, das eine „antisozialistische, antirepublikanische und katholische“ Alternative zur Weimarer Reichsverfassung darstellte.² Darüber hinaus kennzeichnete den rechten Flügel um Schäffer seine Ablehnung der parlamentarischen Demokratie, die als potenzielle Bedrohung für die Stabilität und Regierbarkeit des bayerischen Staats wahrgenommen wurde. Er forderte eine Revision der Bayerischen Verfassung von 1919, die Stärkung der exekutiven Staatsmacht in der Form eines Staatspräsidenten, der

den bayerischen Staat sowohl nach innen als auch nach außen verkörpern sollte, sowie eine föderalistische Reichsreform, zur Stärkung der politischen Kompetenzen der Länder auf Kosten des Reichs. Obwohl insbesondere die Forderung nach einer grundlegenden Revision der Weimarer Verfassung ab 1925/26 in den Hintergrund geriet, hielt der Schäffer-Flügel bis zum Ende der Weimarer Republik an seinem Programm fest.

Während der 1920er Jahre warnten Schäffer, Pfeiffer und Schwend stets öffentlich vor der Gefahr der Hitler-Bewegung. Sie änderten ihre politische Strategie, als sie 1932 einen Koalitionskurs gegenüber der NSDAP verfolgten, um sie sowohl in Bayern als auch auf Reichsebene in eine Regierung einzubinden und „zur Legalität“ zu bringen.³ Außerdem unterstützten Schäffer und Pfeiffer noch im März 1933 vertrauliche Koalitionsverhandlungen zwischen der BVP und der NSDAP, um die Eigenständigkeit der eigenen Partei nach der Machtübernahme Hitlers sicherzustellen. Alle Versuche scheiterten. Auf Grund dieser Annäherungsversuche wurden Schäffer und Pfeiffer

2 Zit. nach Martina Steber: „(...) dass der Partei nicht nur äußere, sondern auch innere Gefahren drohen“. Die Bayerische Volkspartei im Jahr 1933, in: Andreas Wirsching (Hg.): Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft, Göttingen 2009, S. 70–91, hier S. 80.

3 Zit. nach Otto Altendorfer: Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei, 1888–1945, München 1993, S. 518.

nach dem Zweiten Weltkrieg durch ihre politischen Gegner mit dem Vorwurf konfrontiert, sie hätten als BVP-Politiker die Machtübernahme Hitlers ermöglicht und aktiv mittragen wollen. Gleichzeitig wurden beide aber 1933 für kurze Zeit von der SA in „Schutzhaft“ genommen, erlitten während der NS-Zeit weitere berufliche Nachteile und lebten zurückgezogen.

Auch Schwend hatte während der NS-Zeit Nachteile hinzunehmen. Er entkam zwar 1933 der Verhaftungswelle der SA und floh ins Gebirge. Daraufhin war er aber arbeitslos, was ihn in materielle Schwierigkeiten brachte, bis er 1935 als Leiter der Verlagsabteilung in der Münchner Annoncen-Expedition Karl Gabler eine Einstellung fand. Anschließend wechselte er 1937 als Werkschutzleiter ins Oberpfaffenhofener Dornier-Werk, bevor er zum Gesamtwerkschutzleiter der Münchener-Dornier befördert wurde und ab 1941 sogar als Personalchef fungierte. Dies war für ein ehemaliges BVP-Mitglied ein eher ungewöhnlicher Schritt, denn die Dornier-Werke waren im Rüstungsbereich des NS-Staats aktiv. Als einziger der Gründerväter der Staatskanzlei trat Schwend 1940 der NSDAP bei.⁴ Das war ein äußerliches Bekenntnis zum Nationalsozialismus, um im NS-Staat nicht negativ aufzufallen und seine Stelle bei Dornier zu behalten. Dafür zahlte Schwend aber nach dem Krieg einen Preis. Trotz vieler entlastender Erklärungen über sein Handeln während der NS-Zeit zog sich sein Spruchkammerverfahren in die Länge und er konnte erst 1947 offiziell in der Staatskanzlei eingestellt werden.

Hans Ehard setzte im „Dritten Reich“ seine Beamtenlaufbahn fort und wusste sich als juristischer Experte innerhalb des Justizwesens zu behaupten. So wurde er ab 1934 stellvertretender Vorsitzender des vom NS-Regime stark ideologisch begründeten Erbhofgerichts für den Oberlandesgerichtsbezirk München und 1937 dessen Vorsitzender. Daneben war er 1934 Mitglied, ab 1936 stellvertretender Vorsitzender des Justizprüfungsamts beim Oberlandesgericht und wurde 1939, auf eigene Initiative, Treuhänder der Bayerischen Vereinsbank sowie ab 1942 Vorsitzender des Deutschen Ärztesgerichtshofs in München. Obwohl keine Hinweise existieren, dass Ehard aus nationalsozialistischer Überzeugung handelte und er zu keinem Zeitpunkt der NSDAP beitrug, unterstützte er

4 BArch, R 9361-IX Kartei/40870844.

als Fachmann die Zielsetzungen des NS-Regimes. Dabei muss aber gesehen werden, dass er in manchen Fällen seine Handlungsspielräume zugunsten eines Angeklagten benutzte.⁵ Auch Ehard wurde in den Nachkriegsjahren von seinen politischen Gegnern, darunter der CSU-Flügel um den Parteivorsitzenden Josef Müller, mehrmals öffentlich mit seinem Handeln während der NS-Zeit konfrontiert.⁶ Dies stellte aber keine ernsthafte Bedrohung für seine Position als Ministerpräsident dar.

Während der ehemalige rechte BVP-Flügel nach dem Krieg mit einem doppelten „Weimar-Komplex“ kämpfte, der sich sowohl gegen die Revolution von 1918/19 als auch gegen die Machtübernahme Hitlers richtete, stellte für den SPD-Politiker Hoegner das Scheitern der Weimarer Republik, das bei ihm eine tiefe Erschütterung ausgelöst hatte, den wichtigsten politischen Bezugspunkt dar. Ein wesentlicher Teil seiner politischen Tätigkeit hatte während der Weimarer Republik im Kampf gegen den Nationalsozialismus bestanden. Weil ihm nach der Machtübernahme Haft und Konzentrationslager drohten, floh Hoegner 1933 nach Österreich und von dort aus 1934 in die Schweiz, wo er bis zum Kriegsende verblieb. Sein Verbleib dort stand im Zeichen von zwei Fragen: der nach den Ursachen für den Zusammenbruch der ersten deutschen Demokratie und der nach den Konsequenzen für die politische Neuordnung von Bayern, Deutschland und der SPD.⁷ Während der Weimarer Republik war Hoegner

5 Vgl. dazu Karl-Ulrich Gelberg: Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946–1954, Düsseldorf 1992, S. 31.

6 Nach der Gründung der CSU 1945 entstand ein interner Kampf zwischen dem katholisch-konservativen Flügel um Fritz Schäffer und Alois Hundhammer, der die Partei in der Tradition der BVP sah, und dem Flügel um Josef Müller, der die Eigendynamik der Partei gegenüber dem Staat betonte. Obwohl Ehard als „Mann der Mitte“ wahrgenommen wurde, gehörte er dem Flügel um Schäffer und Hundhammer an. Vgl. Alf Mintzel: Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972, Opladen 1975, S. 240.

7 In einem Aufsatz von 1945, den Hoegner noch unter einem Pseudonym veröffentlichte, brachte er diese beiden Fragen zusammen. Vgl. Rudolf Ritter [Wilhelm Hoegner]: Lehren der Weimarer Republik, in: Schweizer Monatshefte: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur 25 (1945), H. 1, S. 14–34. Vgl. auch Gerhard A. Ritter: Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland. Beiträge zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1996, S. 296 f.

ein Anhänger des dezentralisierten Einheitsstaats gewesen und hatte sich gegen den bayerischen Föderalismus und Separatismus der BVP sowie den damit verbundenen monarchistischen und reaktionären Tendenzen ausgesprochen. In seiner Exilzeit bekannte er sich jedoch zu einem lebendigen Föderalismus als Schutzfaktor gegen die gefährliche Machtkonzentration eines Einheitsstaats. Dieser Wandel in seinem Denken schlug sich in umfangreichen Arbeiten zur verfassungspolitischen Zukunft Deutschlands nieder. Somit verfügte der Jurist Hoegner, als er im Juni 1945 nach Deutschland zurückkehrte, über eine beeindruckende Menge an staatsrechtlichen Planungsdokumenten für die dringendsten Probleme nach dem Krieg. Diese hatte er teilweise zusammen mit dem geflüchteten Staatsrechtswissenschaftler Hans Nawiasky verfasst. Im Schweizer Exil legte Hoegner die Grundlage für die zukünftige Verfassung des bayerischen Staats.

Defensiver und offensiver Föderalismus

Obwohl die bayerischen Ministerpräsidenten Schäffer, Hoegner und Ehard bis 1945 unterschiedliche politische Erfahrungen gemacht hatten, waren sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg darüber einig, dass der politische Zentralismus der Weimarer Republik die Hauptursache für die Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 war. Um Bayern in der Zukunft vor dem „preußischem“ Zentralismus zu schützen, wie aus ihren Reden in den ersten Nachkriegsjahren hervor geht, sollte der bayerische Staat so schnell wie möglich wieder aufgebaut und sowohl nach innen als auch nach außen konsolidiert werden.⁸ Dadurch sollte sich Bayern einen Vorteil bei der Gründung eines deutschen Nationalstaats verschaffen und dabei eine Führungsrolle spielen. Die Frage nach der Stellung des bayerischen Staats innerhalb eines deutschen Staatswesens

dominierte ab 1946 die bayerische Politik der Nachkriegsjahre. Obwohl diese nicht auf einer von Anfang an festgelegten Strategie basierte, ist in der Rückschau eine klare, kontinuierliche Entwicklung sichtbar. Was unter Ministerpräsident Schäffer mit dem Wiederaufbau der bayerischen Ministerialverwaltung und der Übernahme von ehemaligen Reichskompetenzen anging, wurde unter Hoegner mit einer defensiven und unter Ehard mit einer offensiven föderalistischen Politik fortgesetzt. Die Schaltzentrale dieser föderalistischen Politik wurde die Bayerische Staatskanzlei. Diese musste allerdings in der Nachkriegszeit grundlegend konstituiert werden. Von hier aus legten die jeweiligen bayerischen Ministerpräsidenten ab 1945 in intensiver Zusammenarbeit mit dem Leiter der Staatskanzlei, Anton Pfeiffer, die innenpolitische und insbesondere „außenpolitische“ Strategie ihrer Politik fest. Bei letzterer handelte es sich zwischen 1945 und 1949 zunächst um das Verhältnis zur amerikanischen Militärregierung, dann um das zu den anderen Ländern der US-Zone und schließlich um die Länder der anderen Besatzungszonen.

Staatlicher Wiederaufbau unter Fritz Schäffer

Am 28. Mai 1945 wurde Fritz Schäffer von der amerikanischen Militärregierung in der Holbeinstraße in München zum ersten Bayerischen Ministerpräsidenten nach dem Zweiten Weltkrieg ernannt. Über seine Machtposition unter der Militärregierung brauchte er sich jedoch keine Illusionen zu machen. Nach seinem Ernennungsschreiben war er lediglich der gegenüber der Militärregierung weisungsgebundene Chef der „Zivilverwaltung in Bayern“ und nicht der Regierungschef im eigentlichen Sinne. Die oberste Regierungsgewalt lag bei der Militärregierung.⁹ Der Ministerpräsident trug auf allen Ebenen allein die Regierungsverantwortung gegenüber der Militärregierung und konnte zu jedem Zeitpunkt entlassen werden. Innerhalb des Ministerrats nahm der Ministerpräsident jedoch im Vergleich zur Bamberger Verfassung eine hervorgehobene Position ein. Er war, wie Pfeiffer anmerkte, nicht länger *primus inter pares*, sondern *spiritus rector*.¹⁰ Er

8 Vgl. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Fritz Schäffer über Radio München, 14. Juni 1945, in: Quellen zur politischen Geschichte Bayerns in der Nachkriegszeit, Band. 1 (1944–1957), bearb. von Karl-Ulrich Gelberg, hg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2002, S. 190; Wilhelm Hoegner: Föderalismus, Unitarismus oder Separatismus?, in: Süddeutsche Zeitung, 13. November 1945, S. 1; Hans Ehard, Freiheit und Föderalismus, München 1947, S. 20 f.

9 BArch, N1168/14, Vorläufige Ernennungsurkunde, 28. Mai 1945, Bl. 31.

10 BayHStA, NL Anton Pfeiffer 55, „Erwägungen zur Frage Kanzlei des Bayerischen Ministerpräsidenten“, 11. Juni 1945, S. 2.

entschied über die Richtlinien der Politik, was konkret bedeutete, dass er die „für alle vollziehenden Stellen maßgebenden Grundsätze der inneren und äusseren Staatspolitik bestimmte und deren Durchführung überwachte“¹¹.

Von Anfang an stand die Politik von Schäffers Regierung im Zeichen des Wiederaufbaus der bayerischen Staatlichkeit. Dennoch verfügte der Ministerpräsident in dieser Phase nicht über ein politisches Gesamtkonzept. Vielmehr war Schäffers Politik während der chaotischen Umstände der direkten Nachkriegszeit darauf ausgerichtet, kurzfristig die organisatorischen und personellen Voraussetzungen innerhalb der Ministerialverwaltung zu schaffen, sodass eine langfristige föderalistische Politik durch die bayerische Regierung ausgeübt werden konnte. Die Grundlagen bayerischer Staatlichkeit – für Schäffer insbesondere verkörpert durch die bayerische Regierung und Ministerialverwaltung – musste nun erst konsolidiert werden, bevor über die bayerische Eigenstaatlichkeit – die Frage nach der Position des bayerischen Staats im deutsch-nationalen Zusammenhang – gesprochen werden konnte. Die Schwerpunkte von Schäffers Regierungstätigkeit lagen im Kontakt mit der Militärregierung, bei der Entnazifizierung und der Restrukturierung der Ministerialverwaltung sowie bei der Aufstellung des bayerischen Staatshaushalts. Aufgrund von Spannungen zwischen Schäffer und einigen Vertretern der Militärregierung, die insbesondere das Resultat von Schäffers Entnazifizierungs- und Einstellungspolitik waren, wurde er bereits nach vier Monaten entlassen. Dennoch prägten Schäffers Entscheidungen die Organisation und das Führungspersonal weit über seine kurze Amtszeit hinaus. Mit ihm kehrte die ideologische Grundhaltung des ehemaligen rechten Flügels der BVP nach dem Krieg in die Staatskanzlei zurück: eine Mischung aus katholischen, föderalistischen, etatistischen und autoritären, illiberalen und antiparlamentarischen Vorstellungen. Diese Elemente prägten das Personal, Selbstverständnis, Handeln und die Organisationskultur der Behörde zumindest bis in die 1960er Jahre.

11 BayHStA, StK 11610, Geschäftsordnung für die vorläufige Regierung des Landes Bayern, 26. Juli 1945, S. 1.

Wilhelm Hoegners Anspruch auf „Unumschränkte Staatshoheit“

Schäffers Nachfolger wurde am 28. September 1945 Wilhelm Hoegner. Er konnte sofort von der „Proklamation Nr. 2“ des Oberbefehlshabers der amerikanischen Streitkräfte in Europa vom 19. September 1945 profitieren. Darin übertrugen die Amerikaner den „Staaten“ innerhalb ihrer Besatzungszone die volle gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt. Dies allerdings unter dem Vorbehalt der „übergeordneten Machtbefugnis der Militärregierung“.¹² Zum 1. Januar 1946 übernahm Hoegner die Verantwortung für die Regierungsgeschäfte in Bayern. Es war bereits die Rede von einer „selbständigen Staatsregierung“;¹³ dies bedeutete insbesondere eine Stärkung seiner Position, denn die Kommunikation mit der Militärregierung sollte nun zentralisiert über sein Amt laufen und unterstand damit seiner Aufsicht und Kontrolle. Die Minister und Ministerien waren dem Ministerpräsidenten untergeordnet, der wiederum dem Direktor des Office of Military Government for Bavaria (OMGB). Durch diese neue Regierungspraxis konnte Hoegner zugunsten seines Aktionsradius einheitlicher als sein Vorgänger Schäffer gegenüber der Militärregierung auftreten. Dies verstärkte darüber hinaus die Rolle der Staatskanzlei, denn der Berichtsverkehr wurde von hier aus verarbeitet und koordiniert.

Das Hauptziel von Hoegners Regierung war es, die bayerische Staatlichkeit so weit wie möglich zu konsolidieren, sodass der bayerische Staat eine Führungsrolle bei den Verhandlungen über den Wiederaufbau des deutschen Staats spielen konnte. Dabei bekannte Hoegner sich öffentlich zu einem föderalistischen Nationalstaat. Zusammen mit Pfeiffer setzte er sich für die Anerkennung des bayerischen Staats durch das OMGB ein. Dabei knüpften sie beim „Staatsbegriff“ aus der Proklamation Nr. 2 an. Bereits am 20. Oktober legte er im Ministerrat ein „Gesetz über die vorläufige Staatsgewalt in Bayern“ vor und erklärte den Kabinettsmitgliedern: „Nachdem Bayern wieder

12 Proklamation Nr. 2 des Oberbefehlshabers der Amerikanischen Streitkräfte in Europa, 19. September 1945, in: Gelberg, Quellen Band 1, S. 41.

13 Schreiben der Militärregierung für Bayern an den Bayerischen Ministerpräsidenten: *Action to Strengthen German Civil Administration*, 26. September 1945, in: Ebd., S. 42–46, hier S. 42.

ein Staat geworden und als solcher anerkannt sei, besteh[t] die Notwendigkeit, die Grundzüge einer staatlichen Ordnung in einer Art Verfassung oder besser in einer vorläufigen Verfassung wieder festzulegen.“¹⁴ Artikel 2 des Gesetzes versprach Bayern die „unumschränkte Staatshoheit“ und Artikel 8 erteilte dem Ministerpräsidenten die Zuständigkeiten für die Innen- und Außenpolitik. Für Hoegner stellte die Proklamation der Amerikaner ein Moment der Staatsgründung dar. Dabei bezog er sich auf die sogenannte Diskontinuitätstheorie des österreichischen Staatsrechtlers Hans Kelsen. Diese ging davon aus, dass das Deutsche Reich aufgrund der militärischen Niederlage, der bedingungslosen Kapitulation und Besetzung durch die Siegermächte aufgehört hatte zu existieren.¹⁵ Somit habe Bayern demnach seine Staatlichkeit und Souveränität wiedergewonnen und wurde lediglich von der Militärregierung eingegrenzt. Anton Pfeiffer brachte diese defensive Strategie, die er mit Hoegner teilte, treffend auf den Punkt: „Bayern hätte alle Rechte eines souveränen Staates, wenn keine Besetzung da wäre. Jedes neue Gebilde, das über Bayern entstehe, habe nur so viel Souveränität, als Bayern von seiner Souveränität abgebe.“¹⁶

Das OMGB lehnte Hoegners Gesetz über die vorläufige Staatsgewalt dennoch im Februar 1946 ab. Insbesondere Hoegners Anspruch auf „unumschränkte Staatshoheit“ und Außenpolitik stießen bei der Militärregierung auf Widerstand. Außerdem erlaubte das OMGB keine Präjudizierung von bayerischer Seite beim Wiederaufbau des Reichs. Dies hielt Hoegner und Pfeiffer dennoch nicht davon ab, den Anspruch von unumschränkter Staatshoheit als Grundlage des politischen



Handelns der Regierung zu nutzen. Von ihrem Beharren auf der bayerischen Staatlichkeit ging eine aktivierende Wirkung für das bayerische Selbstverständnis und für den Selbstbehauptungswillen in der Nachkriegszeit aus.¹⁷

Auch im Rahmen der bayerischen Verfassunggebung scheiterten Hoegners Bemühungen, das Reich von der Souveränität der Länder aus nezugestalten und Bayern dabei in eine Führungsposition zu manövrieren.¹⁸ Obwohl Hoegner im Februar 1946 zunächst skeptisch auf die Aufforderung zur Verfassunggebung reagierte, wurde er sich schnell des Potentials dieses Momentes bewusst: Die verfassungsrechtliche Absicherung der bayerischen Eigenstaatlichkeit schien greifbar. Auch im Rahmen der Verfassunggebung bestand die Militärregierung aber darauf, dass die Bayerische Verfassung die zukünftige Struktur des Nationalstaats nicht präjudizieren dürfe. Die Zugehörigkeit Bayerns zu einem zukünftigen Bundesstaat durfte an keinerlei Bedingungen geknüpft werden. Dies zwang den Vorbereitenden Verfassungsausschuss, der ab März 1946 auf der Grundlage von Hoegners Entwürfen aus seiner Exilzeit an einem Verfassungsentwurf arbeitete, paradoxerweise zu einem Verfassungsentwurf eines souveränen

Der Bayerische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner, SPD, mit Anton Pfeiffer, Gründungsmitglied der CSU in Bayern, 1946
Foto: SZ-Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

14 Protokoll Nr. 2: Ministerratssitzung, Samstag, 20. Oktober 1945, in: Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1962, Das Kabinett Hoegner I. 28. September 1945 bis 21. Dezember 1946, bearb. v. Karl-Ulrich Gelberg, München 1995, S. 4–17, hier S. 4. Für den Text des Gesetzes: IfZ, ED 120 127, „Gesetz über die vorläufige Staatsgewalt in Bayern“, 22. Oktober 1945, Bl. 2–4.

15 Vgl. Hans Kelsen: The International Legal Status of Germany to be established immediately upon Termination of the War, in: American Journal of International Law 38 (1944), H. 4, S. 689–694.

16 Protokoll Nr. 2: Ministerratssitzung, Samstag, 20. Oktober 1945, in: Protokolle Kabinett Hoegner I, S. 4–17, hier S. 5.

17 Vgl. Peter Jakob Kock: Bayerns Weg in die Bundesrepublik, Stuttgart 1983, S. 105.

18 Der Begriff „Reich“ wurde in der Nachkriegszeit oft als Synonym für den zukünftigen deutschen Staat verwendet.

Das frisch gewählte bayerische Kabinett Ehard, 21. Dezember 1946. V.l.n.r.: Landwirtschaftsminister Joseph Baumgartner, Arbeitsminister Albert Roßhaupter, Kultusminister Alois Hundhammer, bayerische Ministerpräsident Hans Ehard, Innenminister Josef Seifried, Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident Wilhelm Hoegner sowie Sonderminister Alfred Loritz



Foto: SZ-Photo/
Süddeutsche
Zeitung Photo

bayerischen Staats – was durchaus im Sinne seiner Mitglieder war. Gleichzeitig blieb unklar, welche Grenzen diesem in der Zukunft durch eine Reichsverfassung gesetzt werden würde, was wiederum eine undefinierte Beschränkung der bayerischen Selbstbestimmung hätte bedeuten können. Außerdem wurde Hoegners Plan zur Einführung des Amtes eines Staatspräsidenten, das auch von Pfeiffer unterstützt wurde, von der gewählten Verfassungsgebenden Landesversammlung abgelehnt. Gerade der Staatspräsident hätte nach Hoegners Sichtweise als Verkörperung des bayerischen Staats in der Außenpolitik eine wichtige Rolle beim Aufbau des deutschen Nationalstaats spielen können.¹⁹ Obwohl Hoegners föderalistische Strategie gegenüber der Militärregierung lediglich zum Teil aufging, schuf er mit seinem Beitrag zur Bayerischen Verfassung die Grundlage für den bayerischen Staat in der Nachkriegszeit als parlamentarisch-demokratische Republik und sicherte die bayerische Staatlichkeit nach innen ab. Die Frage nach der Position Bayerns innerhalb des deutschen Staatswesens blieb dennoch offen und wurde Mittelpunkt von Hoegners Amtsnachfolger Hans Ehard.

Hans Ehards Föderalismusoffensive

Ehard wurde am 21. Dezember 1946 der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident in Bayern nach dem Krieg. Durch die Bayerische Verfassung wurde das Amt nun grundlegend neu definiert. Ehard hatte als Ministerpräsident über die Richtlinien der Politik zu entscheiden, führte die Geschäfte der Staatsregierung und hatte den Vorsitz im Ministerrat inne. Außerdem ernannte und entließ er im Einvernehmen mit dem Bayerischen Landtag Minister und Staatssekretäre und wies den Ministern die Geschäftsbereiche zu. Darüber hinaus vertrat der Ministerpräsident Bayern nach außen. Einerseits ging es dabei um die formelle Repräsentationsfunktion des Ministerpräsidenten als Staatsherr, die sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes von Bedeutung war. Andererseits hatte diese Funktion eine sachpolitische Seite als Führung der bayerischen „Außenpolitik“. Bis 1949 handelte es sich dabei um das Verhältnis zu den Besatzungsbehörden, zu den übrigen deutschen Ländern sowie zu den zonalen und bizonalen Behörden. Ab 1949 kam die Vertretung Bayerns beim Bund und gegenüber dem Ausland hinzu, insofern das Grundgesetz dazu Handlungsspielräume ließ.

Für Hans Ehard stand nach seinem Antritt als Ministerpräsident fest, dass der zukünftige deutsche Staat ein föderalistischer Bundesstaat sein sollte. Der Föderalismus wurde für Ehard zum Synonym der Demokratie. Dabei sollten die

19 Vgl. Barbara Fait: Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner. Amerikanische Kontrolle bei der Verfassungsgebung in Bayern 1946, Düsseldorf 1998, S. 300 f., 306.

Vollmachten von den jeweiligen Staaten, die Ehard bewusst nicht als „Länder“ bezeichnete, auf den Bund übertragen werden – nicht umgekehrt. Der Bundesstaat sollte von den Staaten aus aufgebaut werden. Ehard konnte in diesem Sinne die föderalistische Politik seines Vorgängers fortsetzen. Dennoch entschied sich der neue Ministerpräsident angesichts der sich verändernden politischen Lage für eine offensivere Variante, die von föderalistischen Maximalforderungen ausging. Ehard führte ab 1947 eine „Föderalismusoffensive“, die so viel bayerische Eigenständigkeit wie möglich im Verhandlungsprozess über die Gründung der Bundesrepublik sicherstellen sollte.²⁰ Bei der Legitimation spielte Karl Schwend von Anfang an eine wichtige Rolle. Er entwickelte sich zum Vordenker der Staatskanzlei und formulierte die historisch begründeten föderalistischen Grundpositionen des Ministerpräsidenten.

Die Staatskanzlei entwickelte sich unter Ehard weiter als Schaltzentrale und als der Motor des bayerischen Föderalismus. Von hier aus wurde Ehard's Politik im Länderrat der US-Zone und später in der Bizone konzipiert, unterstützt und umgesetzt. Darüber hinaus spielte Anton Pfeiffer eine große Rolle bei der Gründung des „Büros für Friedensfragen“ sowie bei den Sitzungen des „Ellwanger Kreises“²¹ und dessen Verfassungskommission. Außerdem gelang es, im August 1948 der Verfassungskonvent zur Vorbereitung des Grundgesetzes nach Bayern zu holen – auf die Insel von Herrenchiemsee. Diese Initiative ging von Ehard aus, um den bayerischen Einfluss auf die Gestaltung der zukünftigen Verfassung zu intensivieren. Anton Pfeiffer leitete diese Expertenversammlung, und es war nahezu das gesamte Personal der Staatskanzlei an der Organisation beteiligt. Von der Staatskanzlei aus

wurden bis 1949 fast alle Gremien mobilisiert und Möglichkeiten genutzt, um die bayerischen föderalistischen Maximalforderungen voranzutreiben und zu organisieren und zugleich institutionelle Entwicklungen abzuwehren, die präjudizierend auf einen zentralistischen Einheitsstaat hinauslaufen konnten.

Entnazifizierung, Personalpolitik und Rekrutierungsnetzwerke

Der staatliche Wiederaufbau und die föderalistische Politik der bayerischen Ministerpräsidenten sowie die Entnazifizierung prägten in vielerlei Hinsicht die Personalpolitik in der Staatskanzlei. Die formale NS-Belastung einer Person war bis Februar 1947 das entscheidende Kriterium für eine Einstellung in den bayerischen Staatsdienst. Mit Zustimmung von bayerischer Seite konnte diese unter dem Druck der Amerikaner durchgeführte Politik allerdings nicht rechnen. Bereits Fritz Schäffer versuchte im Sommer 1945 viele bayerischen Ministerialbeamte vor der Entlassung zu bewahren, indem er sie als „nicht-aktive Nazis“ oder „nominelle Parteimitglieder“ darstellte und in Kontrast zur kleinen Gruppe der „aktive[n] Nazis“ setzte, die sofort aus dem Dienst entfernt werden sollte.²² Diese Politik, die aus Schäffers Sicht für den staatlichen Wiederaufbau notwendig war, kollidierte jedoch zunehmend mit den sich verschärfenden Entnazifizierungsmaßnahmen der amerikanischen Militärregierung. Richtete sich ihre Politik zunächst gegen alle Personen, die bereits vor dem 1. April 1933 Mitglied der NSDAP geworden waren, so führte sie bis Mitte August eine rigorose Entnazifizierung in der Staatskanzlei durch und entließ alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder – unabhängig vom Zeitpunkt des Beitritts.

Nachdem Schäffer wegen seiner konservativen Personalpolitik und dilatorischen Durchführung der Entnazifizierung entlassen worden war, sah Hoegner sich gezwungen, gegenüber der Militärregierung ein Zeichen zu setzen und seine Bereitschaft zur Entnazifizierung zu unterstreichen. Er und Pfeiffer sahen sonst die Gefahr, dass die Militärregierung den staatlichen Wiederaufbau von bayerischer Seite eingrenzen oder sogar blockieren

20 Zit. nach Kock (wie Anm. 17), S. 339.

21 Der Kreis wurde am 1. März 1947 gegründet und bestand aus einem losen Zusammenschluss von Politikern der CSU und CDU in den südlichen Besatzungszonen in Deutschland. Am Anfang befasste sich die Gruppe insbesondere mit programmatischen und christlichen Grundsätzen für die neugegründeten Unionsparteien und die Konsolidierung ihrer Politik. Außerdem diente sie 1947 und 1948 als Forum für Verfassungsfragen. Vgl. Günter Buchstab: Ellwanger Kreis, publiziert am 19.04.2011; in: Historisches Lexikon Bayerns, https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Ellwanger_Kreis [Stand: 25.11.2024].

22 BayHStA, NL Anton Pfeiffer 55, Memorandum Fritz Schäffer „*Removal of Nazis*“ für die Militärregierung, 1. August 1945.

München, Dienstag, 25. Juni 1946

An das bayerische Volk!

Wir unterzeichnete Vorsitzende der fünf politischen Landesparteien und die bayerische Staatsregierung erlassen hiermit folgenden Aufruf:

Die Befreiung unseres Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus ist eine wesentliche Voraussetzung für den Wiederaufbau eines demokratischen Bayerns. Das Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus dient als Mittel für die Ausschaltung des Nazismus aus unserem öffentlichen und politischen Leben. Diejenigen, die nicht aktiv an der Naziherrschaft beteiligt waren, haben von diesem Gesetze nichts zu befürchten. Jeder einzelne weiß, ob er zu dieser Gruppe gehört oder nicht.

Die bayerische Staatsregierung und die unterzeichneten Vertreter der politischen Parteien in Bayern erklären hiermit, daß sie entschlossen und bedingungslos hinter diesem Gesetze stehen und alles tun werden, um seine rasche und reibungslose Durchführung zu sichern. Sie glauben, daß dies im wohlverstandenen Interesse ganz Bayerns liegt.

Sie rufen daher alle Volkskreise auf, an der Durchführung dieses Gesetzes mitzuarbeiten, insbesondere durch Benennung geeigneter Vorsitzender, An-

kläger und Beisitzer für die Spruchkammern. Damit das Gesetz unparteiisch und gerecht angewendet werden kann, fordern sie alle Staatsbürger auf, diesen Spruchkammern jede mögliche Unterstützung zu gewähren.

Die bayerische Staatsregierung und die unterzeichneten Parteivorsitzenden verbürgen sich dafür, daß niemand, der an der Durchführung dieses Gesetzes beteiligt ist, oder ihm seine Unterstützung gewährt, etwas zu fürchten hat.

Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft hat durch ihre Freveltaten Deutschland und die Welt in den fürchterlichsten aller Kriege gestürzt. Die Ausrottung der Nazi-Irrlehren und des Nazieinflusses ist nunmehr eine der wichtigsten Aufgaben und Ziele des Besatzungsheeres. Wenn das bayerische Volk diese seine sittliche Pflicht nicht erfüllt und seine eigene politische Reinigung nicht fertigbringt, läuft es Gefahr, das Recht auf Selbstverwaltung zu verlieren.

Wir rufen daher alle Staatsbürger ohne Unterschied der Partei und des Bekenntnisses auf, sich hinter dieses Gesetz zu stellen, damit Bayern mit Hoffnung und Vertrauen in die Zukunft blicken kann.

München, 21. Juni 1946.

Die bayerische Staatsregierung:

Der Bayerische Ministerpräsident: Dr. Wilhelm Högner
Staatsminister für Arbeit: Albert Roßhaupter
Staatsminister des Innern: Josef Seifried
Staatsminister für Unterricht und Kultus: Dr. Franz Fendt
Staatsminister der Finanzen: Dr. Fritz Terhalle
Staatsminister für Wirtschaft: Dr. Ludwig Erhard
Staatsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Dr. Josef Baumgartner
Staatsminister für Verkehrsangelegenheiten: Michael Helmerich
Staatsminister für Sonderaufgaben: Heinrich Schmitt
Staatssekretär Dr. Anton Pfeiffer (Bayerische Staatskanzlei)

Staatssekretär Ludwig Ptoker (Innenministerium)
Staatssekretär Dr. Hans Ehard (Justizministerium)
Staatssekretär Dr. Meinzolt (Kultusministerium)
Staatssekretär Heinrich Krehle (Arbeitsministerium)
Staatssekretär Josef Waldhäuser (Verkehrsministerium)
Christlich-soziale Union: Dr. Josef Müller
Sozialdemokratische Partei: Dr. Wilhelm Högner
Kommunistische Partei: Georg Fischer
Wirtschaftliche Aufbauvereinigung: Dr. Alfred Loritz
Freie Demokratische Partei: Dr. Thomas Dehler.

würde. Ohne innere Überzeugung verkündete Hoegner somit am 9. November 1945 innerhalb der bayerischen Ministerialverwaltung seine sogenannte „Lex Hoegner“: „In keinem Ministerium darf ein Beamter oder Vertragsangestellter tätig sein, der zu irgendeinem Zeitpunkt Mitglied der NSDAP, SA, SS oder des SD gewesen ist oder in einer anderen der NSDAP angeschlossenen Organisation ein Amt bekleidet hat oder sonst als Anhänger oder Förderer des Nationalsozialismus bekannt war.“²³ Obwohl Hoegner im Ministerrat vielmehr für eine Individualisierung der Entnazifizierung plädierte, forcierte er mit diesen allgemeinen formalen Belastungskriterien die Entnazifizierung in Bayern und stellte die Militärregierung zufrieden.

Die Lex Hoegner prägte die Einstellungspraxis in den bayerischen Ministerien bis Februar 1947. Zu diesem Zeitpunkt erklärte Ministerpräsident Ehard im Ministerrat, dass sie überholt sei und bald neue Richtlinien folgen würden. Bereits nach dem Unterschreiben des Befreiungsgesetzes am 5. März 1946, womit die Entnazifizierung größtenteils in deutsche Hände übergegangen war und

ein Spruchkammersystem eingeführt wurde, hatte Hoegners Regierung auf Hochtouren Gesetzgebung zur Wiedereinstellung von entnazifizierten Beamten vorbereitet. Im März 1947 wurde die Verordnung Nr. 113 von der Militärregierung genehmigt. Danach konnten Beamte, die von den Spruchkammern in die Kategorien „Minderbelastete“, „Mitläufer“ oder „Entlastete“ eingereiht oder „vom Gesetz nicht betroffen“ waren, unter bestimmten Bedingungen in die Verwaltung zurückkehren.²⁴ Für „Hauptschuldige“ und „Belastete“ blieb dagegen die Tür verschlossen. Die Verordnung Nr. 113 hatte auch Konsequenzen für die formale Belastung in der Staatskanzlei. Bis Februar 1947 arbeitete in der gesamten Staatskanzlei lediglich eine Person, die Mitglied in der NSDAP gewesen war.²⁵ Im

Aufruf der Staatsregierung an das bayerische Volk, das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus zu akzeptieren und zu unterstützen, um so den Wiederaufbau eines demokratischen Bayerns zu ermöglichen.

Foto: SZ-Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

24 Vgl. Nr. 10 Ministerratssitzung, 15. Februar 1947, in: Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1962. Das Kabinett Ehard I, bearb. v. Karl-Ulrich Gelberg, München 2000, S. 170–205, hier S. 186.

25 Dem Angestellten Max Schwenke war es gelungen, seine Mitgliedschaft vor seinen Vorgesetzten zu verschweigen. Auf den Personallisten der Staatskanzlei wurde er konsequent als „nicht-Mitglied“ aufgeführt. Zu seiner Mitgliedschaft: BArch, R 9361-IX Kartei/40881352.

23 BayHStA, StK 13904, Anordnung Ministerpräsident Wilhelm Hoegner, 9. November 1945.

August 1948 waren jedoch schon 18,5 Prozent des Führungspersonals ehemalige Mitglieder der NSDAP, im Mai 1950 lag die Zahl bei 27,3 Prozent.²⁶ Freilich stellte die Staatskanzlei nicht nur ehemalige NSDAP-Mitglieder in ihrem Führungsbereich ein. Unter den insgesamt 14 Personen, die zwischen 1947 und 1950 ihren Weg in die Staatskanzlei fanden, waren sieben „Ehemalige“, sodass deren Anteil unter den Neueingestellten bei 50 Prozent lag. Diese wurden zunächst auf Wunsch von Ehard für untergeordnete Positionen verwendet.²⁷ Schwend war 1948 der erste in der Staatskanzlei, der als ehemaliges NSDAP-Mitglied zum Abteilungsleiter ernannt wurde.

Die Konzipierung der Personalpolitik in der Staatskanzlei lag in den ersten Nachkriegsjahren insbesondere in den Händen von Anton Pfeiffer. Bereits in einem Brief an Karl Schwend vom 16. Juni 1945 legte Pfeiffer das Prinzip seiner Personalanwerbung dar, das sich bis zur Gründung der Bundesrepublik 1949 hielt. Für Pfeiffer stand fest, dass die Arbeit der Staatskanzlei nicht nur von juristischer, sondern auch von außenpolitischer Art sein würde. Die Voraussetzungen für das Personal im letzteren Bereich, so schrieb Pfeiffer an Schwend, „werden nicht so sehr in der Laufbahn eines gut qualifizierten Juristen der höheren Verwaltungsstufe erworben werden können, sondern [...] wahrscheinlich mehr im politischen Leben oder in diplomatischer Verwendung zu erwerben sein“²⁸. Der Pragmatiker Pfeiffer verstand, dass er den Kampf um die bayerische Staatlichkeit mit lediglich juristisch ausgebildeten Beamten nicht gewinnen würde. So setzte sich das heterogene Führungspersonal unter Pfeiffers Leitung aus Verwaltungsbeamten und Mitarbeitern des ehemaligen Auswärtigen Dienstes sowie Journalisten, Historikern und Politikwissenschaftlern zusammen.²⁹

Zugleich fällt auf, dass die Behörde auf der Führungsebene überwiegend mit gebürtigen

Bayern aufgebaut wurde, die katholisch geprägt waren. Eine bayerische Herkunft wurde als Garantie für die Vertrautheit eines Betroffenen mit der Mentalität und dem Arbeitsniveau der bayerischen Ministerialverwaltung gleichgesetzt. Was Pfeiffer unter „bayerischen“ Beamten verstand, legte er 1949 im Rahmen der Diskussion über ein Ministerium für die Verbindung mit dem Bundesrat dar: „Darunter würde ich einen Mann verstehen, der aus Bayern stamme, dort herangewachsen sei und dort seine Ausbildung einschl. [einer] gewissen Verwaltungspraxis empfangen habe.“³⁰ Bei den Führungspersonen, die nicht aus Bayern kamen, fällt auf, dass sie einen Teil ihres rechtswissenschaftlichen Studiums an der Universität in München verbracht hatten, sodass sie zumindest über diesen Weg mit der bayerischen Mentalität vertraut waren und sich anpassen konnten.

Während für den Dienstbereich der Staatskanzlei ausreichend unbelastete Personen verfügbar waren, entstand unter der Lex Hoegner die schwierige Aufgabe, Schlüsselpositionen des höheren Diensts (Abteilungs- und Referatsleiter) mit erfahrenen, unbelasteten Beamten zu besetzen. Trotz der personellen Knappheit in der Nachkriegszeit zeigte sich Pfeiffer wählerisch in seinen Personalentscheidungen. Niemand wurde eingestellt, nur weil er politisch unbelastet war. Pfeiffer konnte nach dem Krieg auf seine umfangreichen Netzwerke zurückgreifen, um zielgerichtet Spitzenpersonal anzuwerben. Dabei standen zwischen 1945 und 1949 drei Netzwerke im Vordergrund. Das erste wichtige Personalreservoir der Staatskanzlei waren die ehemalige BVP und die 1945 neu gegründete Christlich-Soziale Union (CSU). So hatten sowohl der Kulturreferent Kurt Pfister, der Leiter des Haushaltreferates Ludwig Tiefenbacher als auch der Leiter der Landesdienststelle des Länderrats und der Bizonenverwaltung, Johannes von Elmenau, vor 1933 der BVP angehört.

Eine sehr wichtige zweite Netzwerkverbindung stellte das alte Auswärtige Amt (AA) aus der Zeit vor 1945 dar. Pfeiffers zentrale Verbindungsperson war sein Bruder, der Diplomat Peter Pfeiffer, mit dem er einen intensiven Briefkontakt pflegte. Peter Pfeiffer war zwischen 1934 und 1938 als Gesandtschaftsrat in Paris und ab 1941 als Generalkonsul in Algerien tätig gewesen. 1940 trat er der

26 Vgl. Tazelaar (wie Anm. 1), S. 227.

27 Vgl. Nr. 10 Ministerratssitzung (wie Anm. 24), S. 186.

28 BayHStA, NL Anton Pfeiffer 386, Anton Pfeiffer an Karl Schwend, 16. Juli 1945.

29 Unter dem Führungspersonal befand sich unter Pfeiffers Leitung lediglich eine Frau: die Anwältin und ehemalige wissenschaftliche Hilfsarbeiterin des Auswärtigen Amtes Margarete Bitter. In der Staatskanzlei beschäftigte sie sich von 1946 bis 1949 insbesondere mit der Kriegsgefangenenfrage. Zu ihrer Person vgl. Tazelaar (wie Anm. 1), S. 333–338.

30 BayHStA, StK 13079, Vormerkung 24. September 1949.

NSDAP bei.³¹ In Algerien wurde er 1942 von den Amerikanern festgenommen und anschließend in einem Gefangenenlager in Virginia (USA) interniert, bevor er im März 1944 im Rahmen eines umfangreichen Diplomatenaustausches nach Europa zurückkehrte. Insbesondere durch seinen Bruder konnte Anton Pfeiffer bereits während der Weimarer Republik und der NS-Zeit Kontakte zu Diplomaten und weiteren Mitarbeitern des AA knüpfen, auf die er nach 1945 zurückgriff. Außerdem konnte er sich bei der Personalanwerbung für die Staatskanzlei auf seinen Bruder berufen oder dessen persönliche Einschätzung einholen. Mit Hans Herwarth von Bittenfeld, Philipp Freiherr von Brand, Margarethe Bitter, Hans Schwarzmann, Rudolf Holzhausen, Hans-Christian Halter, Gebhard Seelos und Wilhelm Kopf arbeiteten bis 1949 nicht weniger als acht Personen aus dem ehemaligen AA auf der Führungsebene der Staatskanzlei. Die Mehrheit dieser Gruppe wechselte 1949 oder 1950 an die Bundesbehörden in Bonn.

Drittens waren die bayerisch-katholischen Studentenverbindungen, denen viele Beamte während ihrer Studienzeit im Kaiserreich oder der Weimarer Republik beigetreten waren, ein wichtiges

Netzwerk für die Nachkriegszeit. Pfeiffer selbst war vor dem Ersten Weltkrieg Mitglied in der katholischen Studentenverbindung Ottonia im Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine gewesen. Eine Mitgliedschaft stellte für Pfeiffer eine Garantie dar, dass eine Person zur bayerisch-konservativ-katholisch-föderalistischen Mentalität in der Staatskanzlei passen würde.

Die Wahrnehmung von NS-Belastung: vier Fallbeispiele

Neben den formalen Richtlinien, wie die Lex Hogener oder die Verordnung Nr. 113, spielte die Wahrnehmung von NS-Belastung durch die Zeitgenossen eine große Rolle bei der Einstellungspraxis in der Staatskanzlei. Diese Wahrnehmung war in der Nachkriegszeit oft selektiv oder einseitig, änderte sich im Laufe der Zeit und wurde den staatlichen Interessen Bayerns untergeordnet. So unterstützte Pfeiffer im Sommer 1945 mit eigenen Denkschriften die Bemühungen von Schäffer, um die „Parteigenossen“ als „Karteigenossen“ darzustellen, die lediglich unter „materiellem“ und



Peter Pfeiffer (1.v.l.), Bruder des langjährigen Leiters der Bayerischen Staatskanzlei, in seiner Funktion als Vertreter des Goethe-Instituts mit Ministerpräsident Alfons Goppel (m.)
Foto: SZ-Photo/
Fotograf: Georg Aczel

31 PAAA, P14 54 980, Personalbogen Peter Pfeiffer, 1. Juni 1950.

„geistigem“ Druck der NSDAP beigetreten waren. Schuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus war stattdessen vielmehr eine kleine nationalsozialistische Elite, jedoch nicht die Masse der Verwaltungsbeamten. Pfeiffer und die Ministerpräsidenten nahmen die formale NS-Belastung der Karteigenossen nicht als Belastung wahr, was ihre Integration in die Staatskanzlei ab März 1947 wesentlich erleichterte. Im Laufe der Zeit verlor die Frage nach einer Mitgliedschaft in der NSDAP an Bedeutung. Darüber hinaus ließen sie sich stark von ihrem persönlichen Eindruck vom Charakter und Fachwissen eines Beamten führen. Dabei stand ihnen das Leitbild des bayerischen Berufsbeamten als Staatsdienender und apolitischer Fachexperte vor Augen. Außerdem waren sie weniger an der Frage interessiert, wofür ein Beamter sein Expertenwissen vor 1945 eingesetzt hatte, sondern vielmehr, wie sie dies nach 1945 einsetzen konnten. Dabei heiligte die föderalistische Zielsetzung, das geht aus vier Beispielen hervor, die von der NS-Zeit belasteten Mittel.

So wurde der Finanzbeamte Fritz Baer im Januar 1946 aktiv von Pfeiffer beim Finanzamt München-Land abgeworben, obwohl er dort gerade erst seinen Schreibtisch bezogen hatte. Baer war bereits 1945 der CSU beigetreten und außerdem vor 1933 Mitglied der katholischen Studentenverbindung Ottonia München gewesen. Er arbeitete in der Staatskanzlei als erfahrener Spitzenjurist des höheren Diensts und war wegen seiner Fachkenntnisse im Finanzbereich „heiß begehrt“. Außerdem war er zu keinem Zeitpunkt der NSDAP beigetreten, dafür allerdings einigen NS-Organisationen und Verbänden, sodass er nach den Kriterien der Lex Hoegner als unbelastet galt. Doch was bei Baers Einstellung nahezu komplett in den Hintergrund geriet oder als Fachexpertise und Arbeiterfahrung für den staatlichen Wiederaufbau wahrgenommen wurde, war die Tatsache, dass er während der NS-Zeit in Berlin und München in der Überwachungsabteilung der jeweiligen Devisenstellen gearbeitet hatte. Gerade diese Devisenstellen hatten im „Dritten Reich“ eine zentrale Rolle bei der wirtschaftlichen Verdrängung und fiskalischen Ausplünderung der Juden vor ihrer Deportation und Ermordung gespielt.

Auch Baer hatte sich als „williger Funktionsträger“ gezeigt und versuchte sich als Fachmann im Sinne der Zielsetzung des NS-Regimes zu profilieren und die antisemitischen Wirtschaftsmaßnahmen voranzutreiben. Exemplarisch dafür sind Baers Abhandlungen zum Thema Devisenrecht und



Devisenprüfung, die er 1939 und 1940 aus eigener Initiative veröffentlichte.³² Dabei ging er explizit auf die Bedeutung von Sicherheitsanordnungen für die Kapitalflucht bei jüdischen Auswanderern ein.³³ Der Fall Baer beweist, dass Beamten nicht notwendigerweise der NSDAP, SS oder SA beigetreten sein mussten, um im Sinne des NS-Regimes zu handeln. Dennoch wurden diese Handlungen nach dem Krieg durch die Zeitgenossen nicht als

Hans-Heinrich Herwarth von Bittenfeld in seiner späteren Funktion als Protokollchef des Auswärtigen Amtes. Er assistiert am 26. Mai 1952 Bundeskanzler Adenauer bei der Unterzeichnung des „Deutschlandvertrags“ mit den drei Besatzungsmächten.
Foto: SZ-Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

32 Vgl. Fritz Baer: Der Devisenprüfungsbericht und seine Auswertung, in: Devisenprüfung und Devisenprüfungsbericht bei Industrie- und Handelsfirmen, hg. v. Fritz Baer/Otto Werner, Berlin 1939, S. 36–62; Fritz Baer/Otto Werner, Devisenrecht und Devisenprüfung. Unter besonderer Berücksichtigung der Industrie- und Handelsfirmen, Berlin 1940.

33 Vgl. Baer (wie Anm. 29), S. 62.

NS-Belastung ausgelegt. Baer entwickelte sich ab 1946 zum wichtigsten Beamten der Staatskanzlei, der die Personalpolitik und Organisationskultur in der Behörde wesentlich mitprägte und der von 1957 bis 1960 sowie von 1962 bis 1967 deren Leiter war.

Auch der Fall des Diplomaten Hans-Heinrich Herwarth von Bittenfeld – bei vielen einfach bekannt als „Johnny“ – ist ein Beispiel dafür, wie alte Netzwerke am Kriegsende reaktiviert wurden und was in den Augen der Zeitgenossen als NS-Belastung galt. Der nationalkonservative, antikommunistisch eingestellte Diplomat und Russlandexperte kann zwischen 1945 und 1949 als eine der facettenreichsten Persönlichkeiten in der Staatskanzlei gelten. Er verfügte bereits in den 1930er Jahren über ein sehr umfangreiches Netzwerk und zeigte sich unter den wechselnden politischen Konstellationen als ein diplomatischer Überlebenskünstler, der immer über Kontakte zu den richtigen Personen verfügte und darauf bedacht war, seine Laufbahn weiter voranzutreiben. Weil er zu keinem Zeitpunkt der NSDAP beigetreten war, zu den Unterstützern des 20. Juli 1944 gehörte und außerdem eine jüdische Großmutter hatte, galt Herwarth 1945 als unbelastet.³⁴ Was der Diplomat aber nicht erwähnte, war die Tatsache, dass er trotz seiner „nicht-arischen“ Abstammung noch im November 1939 zum Gesandtschaftsrat ernannt wurde.³⁵ Außerdem wurde er während seiner Zeit in der Wehrmacht mehrmals befördert und von Hitler selbst noch im November 1944 von den anti-jüdischen Maßnahmen ausgenommen.³⁶ Zugleich geriet nach dem Krieg in den Hintergrund, dass der Antikommunist von Herwarth zumindest 1944 bei der Partisanenbekämpfung mit Freiwilligeneinheiten an der Ostfront involviert war.³⁷ Bei dieser Art von Bekämpfung kam es zur Massenerschießungen von tausenden zivilen Geiseln, zur Plünderung von Dörfern und weiteren Verbrechen.

34 Vgl. Hans von Herwarth: Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931 bis 1945, Frankfurt am Main 1982, S. 105–110.

35 Vgl. Hans-Jürgen Döscher: Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität, Berlin 1995, S. 117.

36 Vgl. ebd., S. 117 ff.

37 Vgl. Christopher Simpson: Der amerikanische Bumerang. NS-Kriegsverbrecher im Sold der USA, New York 1988, S. 33–42, 92, 113.

Seine außenpolitischen Fähigkeiten und Erfahrungen aus der Zeit vor 1945 wurden in der Nachkriegszeit als wichtige Ressource für den Aufbau der bayerischen Staatlichkeit gedeutet und waren für Pfeiffer und die bayerischen Ministerpräsidenten Gold wert. Außerdem teilten sie seine antikommunistischen Auffassungen. Zugleich konnte von Herwarth von der Unterstützung vom Leiter des *Office of Strategic Services* in Österreich, dem US-Diplomat Charles Thayer, profitieren. Obwohl von Herwarth ihn über seine Rolle bei der Partisanenbekämpfung informierte, ersparte Thayer ihm die amerikanischen Kriegsgefangenenlager und entließ ihn aus der amerikanischen Haft. Dies öffnete die Tür für von Herwarths Einstellung in die Staatskanzlei, ohne ein ordentliches Entnazifizierungsverfahren durchlaufen zu haben. Für Thayer waren von Herwarths einzigartige Information über die Sowjetunion und die russische Front im Kampf gegen den Kommunismus relevanter als seine Beteiligung an der Partisanenbekämpfung.

Nach seiner Einstellung in die Staatskanzlei im November 1945 stieg von Herwarth rasch auf. Zunächst übernahm er die Leitung des Referats für die Besatzungsangelegenheiten, sodass er der Verbindungsmann sowohl zur amerikanischen Militärregierung als auch zu den interzonalen und internationalen Gremien und Organisationen wurde. Bereits 1946 wurde er als Regierungsdirektor in das Beamtenverhältnis übernommen und leitete 1947 unter Hans Ehard die Gruppe für „zwischenstaatliche Angelegenheiten“. In dieser Funktion trug von Herwarth wesentlich zur Ausführung der bayerischen Außenpolitik bei und pflegte Kontakte mit wichtigen Vertretern, bis er im September 1949 an das Bundeskanzleramt abgeordnet wurde.

Aus zwei weiteren Beispielen geht hervor, wie eine NS-Belastung in der Nachkriegszeit in der hitzigen bayerischen Parteipolitik gegen die Staatskanzlei eingesetzt wurde, um ihre politische Glaubwürdigkeit zu untergraben und ihr Personal zielgerichtet auszuschalten. So griff die Bayernpartei im Juli und August 1948 den Ministerialbeamten Friedrich Glum an, der als Referent für Verfassungsfragen zuständig war. Außerdem galt er als eine bedeutende Verbindungsperson für den Aufbau des deutschen Bundesstaats und spielte eine wichtige Rolle bei der bayerischen Interessensdurchsetzung. Die Bayernpartei versuchte sich als eine radikalföderalistische Partei auf Kosten der CSU zu profilieren und veröffentlichte dazu den Inhalt eines Artikels von Glum in

der Berliner Börsenzeitung vom 4. Oktober 1933.³⁸ Darin hatte Glum Hitler einen „geniale[n] Staatsmann“ genannt, der mit der Reichsreform den „bayerischen Länderpartikularismus“ beenden würde, sodass es nur noch ein einheitliches Reich der deutschen Nation gebe.³⁹ Diese Publikation wurde für Glum fatal. Die Tatsache, dass er sich lobend über Hitlers Angriff gegen die bayerische Staatlichkeit und den Föderalismus geäußert hatte, wurde durch Pfeiffer und Ehard als sehr kritisch wahrgenommen. Dabei ging es für die Staatskanzlei weniger um Glums Haltung zur nationalsozialistischen Ideologie, sondern um die Frage, ob er Zentralist oder Föderalist war. Obwohl Glum sich in der Nachkriegszeit als Föderalist profiliert hatte und sogar der CSU beigetreten war, gefährdeten die Enthüllungen die öffentliche Glaubwürdigkeit



Friedrich Glum
um 1930 als
Generaldirektor
der Kaiser-
Wilhelm-Gesell-
schaft in Berlin
*Foto: Ullstein
Bild*

der Staatskanzlei als föderalistische Schaltzentrale. Glum wurde aus diesem Grund beurlaubt und kehrte nicht mehr in die Staatskanzlei zurück.

Wenige Monate später wurde die Staatskanzlei erneut politisch attackiert. Dieses Mal griff Alfred Loritz, der ehemalige bayerische Entnazifizierungsminister und Vorsitzende der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV), während einer öffentlichen Rede den persönlichen Referenten von Pfeiffer, Hans Schwarzmann, an. Ähnlich wie die Bayernpartei, versuchte die WAV, eine klassische Protestpartei, sich mit Kritik gegen die CSU und die Staatsregierung in Bayern zu profilieren. Loritz warf Schwarzmann vor, ein „Schwager der Familie Ribbentrop“ gewesen zu sein.⁴⁰ Im Gegensatz zum Fall von Friedrich Glum verteidigten Ehard und Pfeiffer ihren Ministerialbeamten öffentlich. So wies Ehard während einer Kundgebung der CSU daraufhin, dass Schwarzmann im Auswärtigen Amt lediglich eine untergeordnete Stellung bekleidet hatte, die nichts mit der nationalsozialistischen Politik zu tun gehabt habe. Außerdem sei Schwarzmann zu keinem Zeitpunkt im „Büro Ribbentrop“ aktiv gewesen und kein Schwager des ehemaligen Reichsministers des Auswärtigen Joachim von Ribbentrop.⁴¹ Ehard zeigte sich über den Angriff von Loritz verwundert. Denn gerade er hatte als Sonderminister für die Entnazifizierung die Tore zur „Mitläuferfabrik“ geöffnet.⁴² Auch Schwarzmann war 1947 von der Spruchkammer als Mitläufer eingestuft worden.

Zu Recht wies Ehard auf die einseitige Anklage von Loritz hin. Dennoch zeigt der Fall Schwarzmann, dass auch die Staatskanzlei eine selektive Wahrnehmung von NS-Belastung hatte, denn im Gegensatz zu Ehards Aussage war Schwarzmann sehr wohl bei der Umsetzung der nationalsozialistischen Politik involviert gewesen. So hatte er zwischen August 1940 und November 1941 als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter für „Frankreichfragen“ im Büro von Ribbentrops gearbeitet.⁴³ Als Frankreichexperte leitete er die Berichte aus Paris an den Minister oder die zuständigen Referenten weiter und nahm die Telefonate an. In

38 Vgl. „Föderalist oder Zentralist? Peinliche Enthüllungen um die bayerische Staatskanzlei“, *Süddeutsche Zeitung*, 7. August 1948, S. 2.

39 Eine Kopie des Artikels befindet sich in Glums Personalakte aus der Staatskanzlei: BayHStA, StK 13398.

40 Vgl. „Loritz kritisiert“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 26. April 1949, S. 2.

41 Vgl. ebd.

42 Vgl. dazu Lutz Niethammer: *Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns*, Berlin 1982.

43 Siehe dazu: PAAA, P1 14184, P1 14185.

diesen Berichten ging es um die Besatzungspolitik in Frankreich, die Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung sowie die Planung der Judenverfolgung. Dadurch erlangte Schwarzmann Insiderinformationen über die Besatzungspolitik und die Repressalien gegen die jüdische Bevölkerung.⁴⁴ Auch wenn Schwarzmann nicht in der Position war, diese mit eigenen Initiativen weiter voranzutreiben, trug er zumindest zu deren Umsetzung bei. Doch durch seine untergeordnete Rolle wurden diese Handlungen von Ehard und Pfeiffer nicht als NS-Belastung wahrgenommen. Dies galt auch für Schwarzmanns Beitritt in die NSDAP zum 1. Mai 1933.⁴⁵ Pfeiffer war 1947 der wichtigste Befürworter für Schwarzmanns Einstellung in die Staatskanzlei und ließ sich nur von seinem persönlichen Eindruck von Schwarzmanns Charakter leiten.⁴⁶ Außerdem verfügte Schwarzmann über relevante außenpolitische Erfahrungen für den staatlichen Wiederaufbau Bayerns. Die Frage nach NS-Belastung wurde durch die Ministerpräsidenten und das Führungspersonal der Staatskanzlei der Föderalismusoffensive untergeordnet.

Fazit

Die Politik und Organisation der Staatskanzlei wurde nach dem Zweiten Weltkrieg stark geprägt durch die Erfahrungen, ideologischen Überzeugungen und Zukunftsvorstellungen ihrer Gründerväter. Obwohl diese bis 1945 unterschiedliche politische Erfahrungen gemacht hatten, waren sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg darüber einig, dass der politische Zentralismus der Weimarer Republik die Hauptursache für die Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 war. Um Bayern in der Zukunft vor dem „preußischen“ Zentralismus zu schützen, sollte der bayerische Staat so schnell wie

möglich rekonstituiert und sowohl nach innen als auch nach außen konsolidiert werden. Was unter Ministerpräsident Schäffer mit dem Wiederaufbau der bayerischen Ministerialverwaltung und der Übernahme von ehemaligen Reichskompetenzen anfang, wurde unter Hoegner mit einer defensiven und unter Ehard einer offensiven föderalistischen Politik fortgesetzt. Dabei wurden auch die Personalpolitik und der Umgang mit NS-Belastung auf die föderalistische Zielsetzung zugespitzt. Obwohl Ehard schließlich 1949 wegen mangelnder Garantien für einen stabilen Föderalismus mit dem Grundgesetz unzufrieden war, hatte die Staatskanzlei bis dahin keine Mühen unterlassen, um auf die Gründung der Bundesrepublik Einfluss zu nehmen. Keine Behörde in Bayern oder Deutschland konnte oder sollte an den Interessen der Bayerischen Staatskanzlei vorbeiarbeiten. ▀



LITERATURHINWEIS

Tremel: Geschichte des modernen Bayern

https://www.blz.bayern.de/die-geschichte-des-modernen-bayern_p_42.html



44 Dafür exemplarisch: Nr. 442: Botschafter Abetz an das Auswärtige Amt (für Dr. Schwarzmann), 3. Dezember 1940, in: Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, hg. v. Hans Rothfels, Serie D: 1937–1945, Bd. XI.1, Die Kriegsjahre, Vierter Band, Zweiter Halbband, 13. November 1940 bis 31. Januar 1941 (Bonn 1966), S. 647 f.

45 BArch, R 9361-VIII Kartei/22421447.

46 StAM, SpKA 1736, Schwarzmann, Hans, Eidesstattliche Erklärung Anton Pfeiffer für Hans Schwarzmann, 11. Januar 1947.

MEETING IN NO MAN'S LAND

DIE BLZ AM REMEMBRANCE DAY IN LONDON

von Christina Gibbs

„Lest we forget!“ (Auf dass wir niemals vergessen mögen!) ist um den 11. November herum überall in London und im ganzen Vereinigten Königreich zu lesen. Die Zeile aus einem Gedicht des britischen Schriftstellers Rudyard Kipling erinnert heute ebenso wie die omnipräsenten roten Mohnblumen an den Beitrag der britischen und aus dem Commonwealth stammenden Soldatinnen und Soldaten und Zivilisten, die in den beiden Weltkriegen und in späteren militärischen Konflikten Dienst taten.



Erinnerungskultur in London zum Remembrance Day im Öffentlichen Raum
Alle Fotos (soweit nicht anders angegeben): Christina Gibbs, BLZ

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs etablierte sich der Tag der Unterzeichnung des Waffenstillstands („*Armistice Day*“) am 11. November 1918 als „*Remembrance Day*“ (Tag der Erinnerung), an dem durch das Tragen der roten Mohnblumen (*poppies*) zunächst vor allem der vielen in Flandern und in anderen Teilen Europas und der Welt gestorbenen britischen Soldaten im Ersten Weltkrieg gedacht wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg und im Laufe der darauffolgenden Jahrzehnte wurde das Gedenken entsprechend ausgeweitet.

Der in Großbritannien von der Königsfamilie und der Regierung sowie von der Bevölkerung feierlich begangene *Remembrance Day* ist für viele Menschen auch privat von großer Bedeutung, da fast jede Familie in Großbritannien und im (ehemaligen) Commonwealth persönlich von Verlusten von Angehörigen betroffen war und ist. Am Volkstrauertag, ebenfalls im November begangen, wird auch in Deutschland der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft in Vergangenheit und Gegenwart gedacht, wohl historisch bedingt etwas getragener und weniger sichtbar als in Großbritannien.

Das Projekt „Meeting in No Man’s Land“

Als sich 2014-2018 die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg zum hundertsten Mal jährte, entstand ein britisch-deutsches Projekt, bei dem sich zu meist schon etwas betagtere Nachkommen von Soldaten des Ersten Weltkriegs aus Großbritannien und Deutschland mehrfach in beiden Ländern begegneten und sich einander ihre Erinnerungen an ihre Großväter – und zum Teil auch Großmütter – und deren Erlebnisse im Ersten Weltkrieg erzählten. Das Projekt bekam den sprechenden Namen „*Meeting in No Man’s Land*“, da man sich bewusst „zwischen den Fronten“ im Niemandsland treffen und keine historischen Analysen machen, sondern der persönlichen Erinnerung Raum geben wollte. Dieser Name spielte auch darauf an, dass deutsche und britische Soldaten an Weihnachten die Kriegshandlungen für einen kurzen Moment eingestellt und miteinander Zigaretten geraucht hatten, um danach wieder weiter gegeneinander zu kämpfen. Oft gab es Gegenstände oder Feldpostbriefe, die diese Geschichten untermalten oder um die sich die Erzählungen rankten – wie die Kugel, die den Großvater von Rosemary Lever durchbohrt hatte, der als Schotte im Kilt und zu Dudelsackklängen in den Krieg gezogen war, oder das Reise tagebuch der Großmutter von Martin Spafford.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projekts sind bis heute befreundet und halten den Kontakt zueinander.

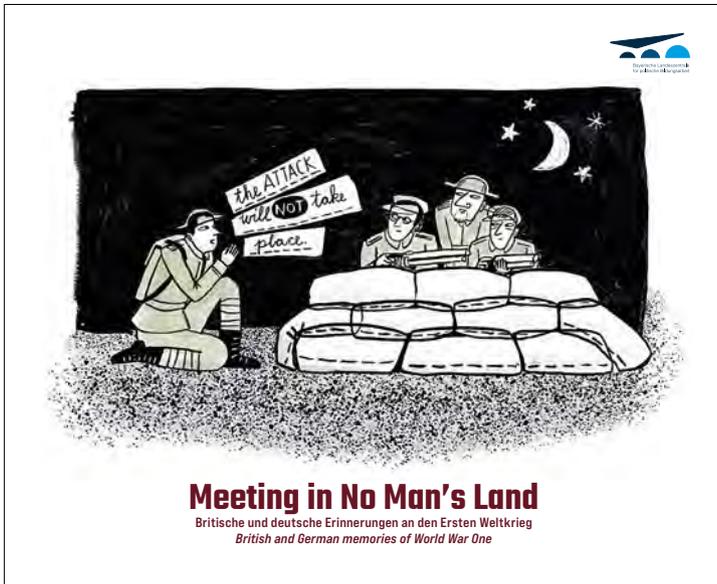


Erinnerungsgegenstände von Rosemary Lever: Ein Kistchen, das ihr Großvater 1914 wie alle Soldaten im Kriegsdienst überreicht bekam, enthielt Zigaretten und Schokolade. Die kleine Karte zeugt davon, dass man zu diesem Zeitpunkt noch von einem schnellen Ende des Krieges ausging: „*With best wishes for a Happy Christmas and a Victorious New Year from the Princess Mary and friends at home*“. Daneben ist das Geschoss zu sehen, das ihren Großvater im Gefecht durchbohrt hatte.

Die Graphic Novel „Meeting in No Man’s Land“ auf London-Reise

Die aus dem Projekt hervorgegangene und von der BLZ 2023 herausgegebene Graphic Novel „*Meeting in No Man’s Land*“ bildet die unterschiedlichen Erinnerungen der britischen und deutschen Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer – von verschiedenen Grafikerinnen und Grafikern liebevoll in Szene gesetzt – ab und verbindet so auf anschauliche und berührende Weise die einstigen Kriegsgegner und bewahrt ihre persönlichen Familiengeschichten.¹

1 Die Graphic Novel kann online bestellt werden unter https://www.blz.bayern.de/meeting-in-no-manaposs-land-britische-und-deutsche-erinnerungen-an-den-ersten-weltkrieg_p_444.html [Stand: 21.11.2024].



Cover der von der BLZ herausgegebenen Graphic Novel „Meeting in No Man's Land“

Auf Einladung der Bayerischen Vertretung in London konnte die Graphic Novel nunlässlich des *Remembrance Days* 2024 in die britische Hauptstadt reisen und dort jungen Menschen aus Deutschland und Großbritannien vorgestellt werden.



Martin Spafford erzählt vor einer neunten Klasse der Deutschen Schule in Richmond anschaulich von seiner Großmutter Nancy, die in ihrem Reisetagebuch Erinnerungen und Einträge von Freunden und Bekannten schon vor dem Krieg, teils auch von deutschen Verwandten, festgehalten hatte. Während des Krieges arbeitete sie als Krankenschwester und viele der von ihr betreuten, verwundeten Soldaten haben ebenfalls kleine Sprüche oder Gemälde in ihrem Buch hinterlassen.

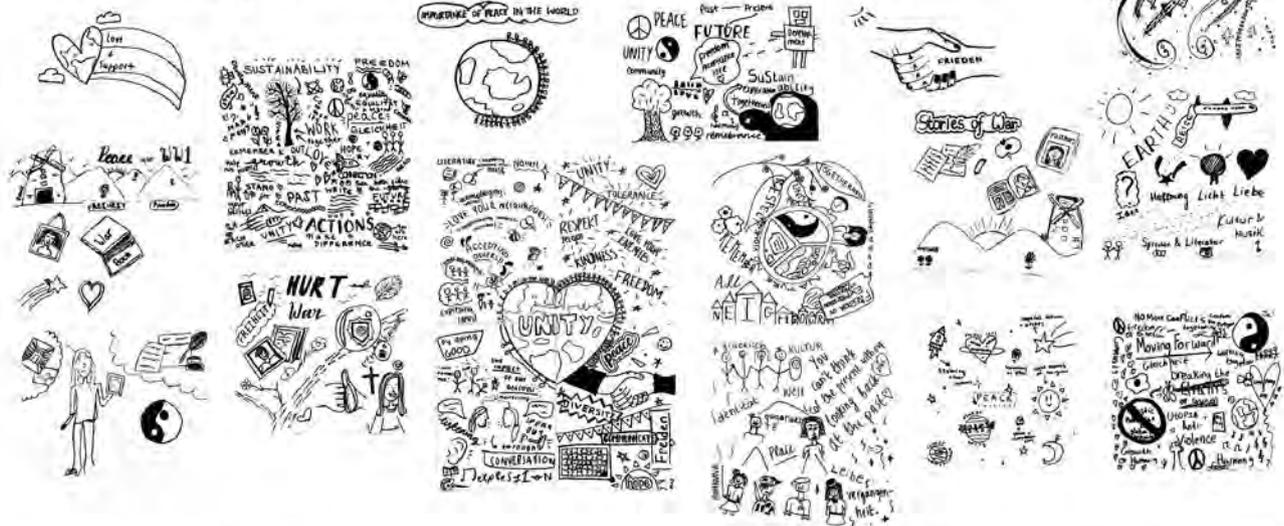
Der Direktor der BLZ, Rupert Gröbl, begrüßt die Schülerinnen und Schüler der siebten Klassen in der Aula der Deutschen Schule in Richmond bei London.

Am 11. November waren deshalb einige Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer aus Großbritannien und Deutschland, die Grafikerin Angelina Heckmann sowie die BLZ und die Bayerische Vertretung zu Gast in der Deutschen Schule in Richmond. Nachdem zuerst eine neunte Klasse im Geschichtsunterricht einzelne Erzählungen aus erster Hand erleben und Fragen dazu stellen konnte, wurde das Projekt allen siebten Klassen in der großen Aula präsentiert. Die Schülerinnen und Schüler waren sichtlich begeistert von der Geschichtsstunde der anderen Art und löcherten die Vortragenden mit zahlreichen Fragen oder erzählten eigene Geschichten, die sie von ihren Großeltern oder Urgroßeltern gehört hatten. Die bereits erwähnte Kugel, die den Großvater von Rosemary Lever durchbohrt hatte (er hatte das überlebt, die Kugel hatte aber auf ihrem Weg durch seinen Körper seinen Blinddarm entfernt), wurde mit großer Faszination durch die Stuhlreihen gegeben und fand dann auch den Weg zu ihrer Besitzerin zurück.

Der Schlussappell, mit den eigenen Eltern und Großeltern über deren Geschichte zu sprechen und sie zu bewahren, stieß sichtbar auf offene Ohren.



What does Peace mean to us now, OVER 100 YEARS AFTER THE END OF WORLD WAR I?



Meeting in No Man's Land 12. Nov 2024

CREATIVE ART WORKSHOP with FEDERICA CUTTI

Am nächsten Tag fand sich die Gruppe in den schönen Räumlichkeiten des Goethe-Instituts in South Kensington ein, wo mit einer Schülerinnen-gruppe einer Mädchenschule aus dem Großraum London eine Panel-Diskussion sowie ein Graphic-Novel-Workshop bestritten wurde.

Die Ergebnisse sprechen für sich und zeigen, wie wichtig es ist, solche intergenerationellen und interkulturellen Gesprächsanlässe zu schaffen. Die an beiden Tagen mal auf Englisch, mal auf Deutsch formulierten Gedanken der Schülerinnen und Schüler dürften grenzübergreifend für jedes Alter, jede Zeit und jeden Raum gelten: *peace, future, Glück, hope, Licht, Liebe, unity, tolerance, Respekt* ...

Bild unten:
Graphic Recording
des Panels zum
Ersten Weltkrieg von
Angelina Heckmann

Bild oben und auf der
nächsten Seite:
Grafisch umgesetzte
Gedanken einer
Workshopgruppe



LITERATURE - ACCEPTING different povs - NATURE
 musik
 acknowledging conflict
 LOVE YOUR NEIGHBOURS!
 Neighbouring countries included!
 ACCEPTING OTHERS!!
 other backgrounds
 EXPRESSING ideas!
 by doing GOOD
 the impact of our actions
 connecting...
 listening
 SPEAK OUT
 through CONVERSATION
 EXPRESSION

UNITY
 TOLERANCE
 RESPEKT
 zeigen
 LOVE YOUR ENEMIES
 KINDNESS
 FREEDOM
 Peace
 DIVERSITY
 COMMUNICATE
 Freiden
 hope

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

Impressum

Herausgegeben von der Bayerischen
Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Englschalkinger Str. 12, 81925 München
Telefon: 089 9541154-00
Fax: 089 9541154-99

landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

Redaktion

Monika Franz, Manfred Fischl, Nadja Renner

Redaktionsassistentz

David Simunović

Titelbildnachweis

Blackout in Kyjiw, 22. November 2024
*Foto: Picture Alliance/ ZUMAPRESS.com/
Fotograf: Andreas Stroh*

Gestaltung

MUMBECK - Agentur für Werbung GmbH,
Wuppertal

Druck

Aumüller Druck GmbH & Co. KG,
München/Regensburg

BLZ auf Social Media



Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.